DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 32. JAHRGANG
195 | September/Oktober 2009 EUR 1,50

Aus dem Inhalt



WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt“ · VKZ H20318

Ping Pong auf dem Arbeitsmarkt

Der gewerbliche Menschenhandel in Krise und Zukunft — FAU ruft zu Aktionswoche gegen Leiharbeit auf

In den letzten sechs Jahren ist die Zahl der Menschen, von Leihfirmen vermietet werden, von 300.000 auf 800.000 (2008) gestiegen. Jetzt, in der Krise, sind LeiharbeiterInnen die ersten, die gefeuert werden: nur rund 500.000 von ihnen sind derzeit noch beschäftigt. Die Prekarisierung der Arbeit und der wachsende Druck auf die Beschäftigten sind gewollt und dauern schon lange an. 1998 waren noch fast drei Viertel der Lohnabhängigen in einem „normalen“ Arbeitsverhältnis beschäftigt, zehn Jahre später nur noch zwei Drittel. Der Anteil des Niedriglohnsektors stieg im gleichen Zeitraum auf 22%, d.h. auf 6,5 Mio. Menschen (siehe dazu „Stillhalten lohnt sich nicht“ auf S. 3). Eine deutsche Besonderheit sind die extrem niedrigen Stundenlöhne von weniger als fünf Euro, die in anderen Ländern wegen eines Mindestlohns unzulässig wären.

Nach der Bundestagswahl dürften die Hemmungen fallen, auch die Stammbelegschaften in großer Zahl zu entlassen. Das künstliche Niedrighalten der Arbeitslosenstatistik, etwa durch massive Ausweitung von Kurzarbeit, ist dann politisch nicht mehr nötig. Falls es den Unternehmen gelingt, die Krise zu überstehen, und wieder Bedarf an Arbeitskräften besteht, werden diese wohl nicht mehr fest angestellt, sondern z.B. als LeiharbeiterInnen angeheuert. Diese Einschätzung teilt auch die IG Metall, die davon ausgeht, dass sich bei einem kommenden Aufschwung die Zahl der LeiharbeiterInnen auf 2,5 Mio. verfünffachen könnte. Damit würde das Lohndumping in der Leihbranche endgültig für alle zu schlechteren Löhnen führen.



Die gesetzlichen Regelungen

Der gewerbliche Menschenhandel durch Leiharbeit ist die Branche, in der die umfassendsten Flächentarife in Deutschland gelten, Tarife, die praktisch alle Branchen betreffen. Für die meisten LeiharbeiterInnen gelten die drei zentralen Niedriglohn-Tarifverträge zwischen DGB und Bundesverband Zeitarbeit (BZA), DGB und Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ) sowie CGZP und Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister (AMP wie auch Mercedarius und BVD).

Im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) ist festgelegt, dass LeiharbeiterInnen „für die Zeit der Überlassung an einen Entleiher die im Betrieb dieses Entleihers für einen vergleichbaren Arbeitnehmer geltenden wesentlichen Arbeitsbedingungen einschließlich des Arbeitsentgelts gewährt werden“ muss. Das bedeutet: „equal pay“ und „equal treatment“, gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen.

Selbstverständlich gibt es eine Hintertür: „Ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen. Im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrages können nicht tarifgebundene Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen die Anwendung der tariflichen Regelungen vereinbaren.“ Das heißt im Klartext, dass LeiharbeiterInnen um ihr Recht auf „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ betrogen werden können, wenn willige „Gewerkschaften“ mit den Menschenhändlern Dumpinglohn-Tarifverträge abschließen.

Aktuelle rechtliche Konflikte

Der Christlichen „Gewerkschaft“ Zeitarbeit und PSA (CGZP) wurde in der ersten Instanz vom Amtsgericht Berlin die „Tariffähigkeit“ abgesprochen, womit alle ihre Tarifverträge rückwirkend ungültig sein könnten und den LeiharbeiterInnen erhebliche Lohnnachzahlung zustehen würden. Für die Mitglieder der Verbände AMP, BVD und Mercedarius, die den CGCP-Tarif anwenden, besteht damit ein erhebliches finanzielles Risiko.

Aber auch bei den Konkurrenzverbänden BZA und iGZ sind interessante Entwicklungen im Gange. Dort sind die Entgelttarifverträg e zwische n der DGB-Tarifgemeinschaft und BZA bzw. iGZ gekündigt, da der BZA nicht über eine minimale Erhöhung der Löhne verhandeln wollte.

Fortsetzung auf Seite 3

Godots Sieg am Hindukusch

Strategiewechsel der internationalen Truppen in Afghanistan. Bundeswehr forciert militärische Handlungen

„Die Lage in Afghanistan“, so Stanley McChrystal, seit dem 15. Juni Oberbefehlshaber der ISAF-Truppen, „ist ernst, doch ein Erfolg ist zu schaffen“. Ein Ausspruch, der fatal an die Durchhalteparole der deutschen OHL gegen Ende des Ersten Weltkrieges erinnert: „Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos“. Der Eindruck liegt nahe, dass sich hier das Eingeständnis vollkommener Ratlosigkeit unfreiwillig offenbart. In seiner Rede im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Afghanistan forderte der NATO-General einen Strategiewechsel und „mehr Entschlossenheit“. Das wirft Fragen auf.

Auf in den Kampf

So hat ein Strategiewechsel längst stattgefunden. Die neue US-Regierung forciert ausdrücklich die militärische Intervention in Afghanistan. Das US-Kontingent wird um 21.000 auf 68.000 Mann aufgestockt, die ISAF-Verbände sollen gegenüber den Taliban spürbar in die Offensive gehen. Dahinter steht nicht zuletzt die Absicht, das fortschreitende Übergreifen islamistischer Kräfte auf die Atommacht Pakistan aufzuhalten.

Teil der neuen strategischen Stoßrichtung ist eine Neuausrichtung des Engagements der weiteren ISAF-Kontingente, einschließlich Deutschlands. Der Eindruck, die Bundesregierung ziere sich hier noch, trügt: Zwar wurde das Bundeswehr-Kontingent bislang nicht erhöht (mit knapp 3.200 Mann ist das Mandat von 4.500 noch nicht ausgeschöpft), doch ist sie längst taktisch in militärische Aktionen eingebunden.

Deutsche Panzer am Hindukusch

Bekannt ist der Einsatz von sechs Tornado-Kampfjets seit 2007, die offiziell zur Aufklärung eingesetzt werden; weniger thematisiert wird jedoch die neue offensive Ausrichtung der Bundeswehr im Norden Afghanistans seit dem Juli letzten Jahres. Die „schnelle Eingreiftruppe“ als Teil der „Quick Reaction Force“ macht schon aufgrund ihrer Ausrüstung und Verbände keinen Hehl daraus, dass sie sich zivilen Aufbauzwecken eher weniger widmet. Dieser Elite-Verband umfasst Kampfeinheiten, die nicht nur mit Radarfahrzeugen und Minenräumkommandos ausgestattet sind, sondern ebenso über Hubschrauber, Schützenpanzer und Kampfflugzeuge verfügen. Kern der QRF in der Nordregion war bis Ende 2008 das Panzergrenadierbataillon 212, verstärkt durch Luftlandeeinheiten und Fallschirmjäger – Einheiten, die

Fortsetzung auf Seite 7

Catwalk

Leiharbeit abschaffen: Kampagne startet.

In zahlreichen Städten wird die FAU gemeinsam mit anderen Gruppen gegen die Zumutungen der Leiharbeit aktiv. Die Kampagne fordert die Abschaffung der Leiharbeit, die Übernahme aller LeiharbeiterInnenin die Entleihbetriebe und die vollständige Nachzahlung der Lohnanteile, um die die LeiharbeiterInnen seit dem Abschluss der Dumpinglohntarifverträge (2004) betrogen wurden. Zum Auftakt findet vom 18.–25. September eine Aktionswoche statt, die auch zur Vorbereitung einer europaweiten Kampagne im Frühjahr 2010 dient. Weitere Informationen unter www.leiharbeit-abschaffen.de

Kündigungsschutz ausweiten

In Gewerkschaftskreisen vertraut man der Zusage aus dem Kanzleramt kaum, den Kündigungsschutz auch nach der Wahl nicht anzutasten. Daher hat das Komitee „Solidarität mit Emmely“ für Anfang Oktober einen bundesweiten Aktionstag zum Thema angekündigt. Bei Interesse wendet euch an: mail@emmely.org

Neustart im Netz

Die Direkte Aktion hat im August das Erscheinungsbild ihrer Website radikal verändert. Die Startseite ist neu konzipiert und wird nun kontinuierlich aktualisiert. Außerdem warten wir mit einer verbesserten Suchfunktion auf. Zukünftig sind also alle Artikel und Termine leichter zu finden unter: www.direkteaktion.org

Kauf dich glücklich!

Die andere „Agenda 2010“: Der anarchosyndikalistische Taschenkalender für das kommende Jahr ist erschienen. Über die reine Zeitplanung hinaus bietet der SyndiKal knackige Texte und Illustrationen. Das Spektrum reicht von der Märzrevolution 1920 über die „Wende“ 1989 bis hin zu Betriebsbesetzungen, Gewerkschaftsaufbau und anarcho-syndikalistischer Jugend heute.



SyndiKal 2010, 192 S., 6,50 Euro, ISBN 978-3-9810846-2-7. Zu beziehen bei www.syndikat-a.de oder im Buchhandel.

FAU-Ticker

+++ In Überlingen am Bodensee gibt es eine Initative für ein FAU-Syndikat Pflege und Soziales. Kontakt: fauub@arcor.de +++ Die japanischen Freeters haben sich mit den Angestellten des Kino Babylon solidarisch erklärt. +++ In Aschaffenburg und Darmstadt gründen sich derzeit neue FAU-Syndikate. Kontakt vorübergehend über die FAU Frankfurt/M +++ FAU-Syndikate sind auch in Südwestsachsen und Dresden im Entstehen. Kontakt über fau-sws@fau.org bzw. faudd@fau.org +++ Die FAU Bad Segeberg protestierte gegen die Praktiken der ARGE vor Ort. +++ Über 50 Personen haben die Veranstaltung der FAU Düsseldorf zu Anarchafeminismus besucht. +++

Manches dauert so seine Zeit…

… und oft braucht es eine Menge Geduld, aber auch eine Menge Arbeit, bis das Warten ein Ende hat. Vielleicht habt ihr, liebe LeserInnen der DA, wieder mal ungeduldig auf unser Blatt gewartet und schon mit den Fingern auf dem Tisch getrommelt. Wir möchten an dieser Stelle „sorry" sagen und um ein wenig Verständnis bitten. Denn schließlich beschränken wir uns nicht darauf, hier eine Zeitung zu machen, sondern haben noch davor unsere gewerkschaftlichen Kämpfe auszufechten. Es muss ja schließlich auch etwas geben, worüber wir berichten können.
Und da gäbe es einiges. Kürzlich erreichte uns die Nachricht, dass sich die Dienstleistunsggewerkschaft ver.di nun in den Tarifkonflikt im Berliner Kino Babylon einschalten will. Nachdem die FAU Berlin einen Tarifvertrag vorgelegt hat, über den die Geschäftsführung nach wie vor nicht verhandeln will, bietet nun ver.di dem Babylon Tarifverhandlungen an – zu einem Zeitpunkt, an dem ein Warnstreik vorbereitet wird. Wir hoffen, die KollegInnen kommen zur Besinnung und unterstützen die Tarifverhandlungen der FAU.
Denn genau wegen eines solchen Verhaltens kritisieren die Gewerkschaften des DGB die christlichen Gewerkschaften. Die Tarifgemeinschaft christlicher Gewerkschaften musste im Frühjahr eine derbe juristische Schlappe hinnehmen, als ihre Tarifverträge vom Berliner Arbeitsgericht für nichtig befunden wurden, weil es sich um Gefälligkeitstarife handeln würde und sie dort (ebenso wie ver.di) keine Basis in der Arbeiterschaft hätten. Es ist mehr als peinlich, wenn die Gewerkschaft, die in der Leiharbeit eine solche Arbeitgeberfreundlichkeit kritisiert und sogar juristisch dagegen vorgeht, hier genau dasselbe Verhalten an den Tag legt. Deutlich zeigt uns das, dass es den Gewerkschaften des DGB nicht um eine wirkliche Vertretung der Arbeitenden geht, sondern um den Alleinvertretungsanspruch. Gelber geht's nicht.
Im Fall der Kampagne gegen Leiharbeit haben wir uns daher bewusst entschieden, auch gegen die Tarifpolitik des DGB vorzugehen, denn bei aller Kritik an den christlichen „Gewerkschaften" sind hier auch die Tarife des DGB ein Witz.



FAU und ASJ am 4.9. auf der libertären und antinationalen Vorabenddemo in Dortmund

Neben den Meldungen aus der Rubrik Arbeitskampf trafen uns in den vergangen Wochen leider auch sehr traurige Nachrichten: Zwei unserer Genossen sind ganz unerwartet und viel zu früh verstorben. Zunächst unser Segeberger Genosse Christian Enders und zuletzt der bekannte Autor Horst Stowasser. Letzterer brachte vielen mit seinem Werk „Leben ohne Chef und Staat" einst das Thema Anarchosyndikalismus nahe. Möge die Erde ihnen leicht sein!

Wir hoffen, die aktuelle DA verkürzt die Wartedauer auf die nächste Ausgabe. Denn die wird spannend, werden wir doch viel zu berichten haben von der Kampagne gegen Leiharbeit, wie es weitergeht im Babylon und vielen anderen Klassenkämpfen. Über wachsendes Interesse können wir uns nicht beklagen – es trat zuletzt u.a. auf der libertären und antinationalen Vorabenddemo in Dortmund zu Tage, auf der 800 bis 1000 Menschen ihre Ablehnung von Staaten, Nationen und Kapital auf die Straße trugen (siehe Bild). Wir freuen uns auch auf eure Interventionen – direkte Aktion ist ja nicht nur zum Lesen da.

In diesem Sinne,
eure Redaktion

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Ammerland ..... Kontakt über Bremen
Aurich ..... Kontakt über Bremen
Bad Segeberg... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96
Bielefeld ..... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o Umweltzentrum, August-Bebel Str. 16-18, 33602 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 1. Dienstag im Monat ab 19.30h in der Bürgerwache Bielefeld, Rolandstr. 16, Siegfriedplatz. Kino: Jeden 1. Donnerstag im Monat im AJZ-Kino. <faubi@fau.org>. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu
Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>
Bremen ..... FAU-IAA Bremen, c/o Naturfreundejugendhaus Buchte, Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>
Flensburg ..... FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>
Hamburg ..... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124
Hannover ..... FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>
Kiel ..... FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>
Lübeck ..... Kontakt über Hamburg
Wismar ..... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, fauhwi@fau.org

REGION WEST

Aachen ..... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net
Bochum ..... Kontakt über FAU Dortmund, <faudo@fau.org>
Bonn ..... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Dortmund ..... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101 (Fax), <faudo@fau.org>
Duisburg ..... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk
Düsseldorf ..... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Krefeld ..... FAU Krefeld, <faukr@fau.org>, Tel.: (02151) 39 42 70
Moers ..... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster ..... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat, 19 Uhr. Präsenzzeit jeden Mi. 12-14 Uhr. Tel. (0251) 52 11 12, Kneipenabend jeden 1. Samstag im Monat, 21 Uhr, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/
Solingen ..... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

REGION OST

Altenburg ..... Kontakt über Leipzig
Berlin ..... FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>
Dresden ..... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Görlitz ..... Kontakt über Leipzig
Gransee ..... Kontakt über Berlin
Halle/Saale ..... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig ..... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Magdeburg ..... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.
Potsdam ..... Kontakt über Berlin
Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich ..... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>
Freiburg ..... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 18Uhr, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg; jeden dritten So. im Monat ab 18Uhr, Fabrik, Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg.
Gießen ..... Kontakt über Lich
Ilmenau ..... Kontakt über Meiningen
Kassel ..... FAU-Gründungsinitiative VAB Kassel, <fauks5@fau.org>, FAU-Bildungsinitiative Kassel, <fauks1@fau.org>, Offene Treffen für beide: Jeden 1. und 3. Montag des Monats ab 19 Uhr im Café DesASTA – Campus HoPla
Lich ..... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Mainz ..... Kontakt über Frankfurt/M.
Marburg ..... Kontakt über Lich
Meiningen ..... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>
Memmingen ..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen
München ..... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str.139 (Rg), 80339 München, (0163)6174227, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden Mittwoch 19h; Initiative Gesundheitssyndikat: <faum14@fau.org>; Jugend-AG: <faum15@fau.org>
Neustadt/W. ..... FAU Neustadt, Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern, <faunw@fau.org>
Nürnberg ..... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faum16@fau.org>
Saarbrücken ..... FAU-Gründungsinitiative Saar, Kontakt über Neustadt
Suhl ..... Kontakt über Meiningen
Tübingen ..... c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen
Wiesbaden ..... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>
AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>
Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Berlin/Zwickau <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), AIT, ASI-MUS CLS, Postanski pretinac 6, 11077 Beograd, SERBIE <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern ..... FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch
Zürich ..... FAUCH, Postfach 25, CH-8037 Zürich, www.fauch.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, c/o Infoladen Wels, Spitalhof 3, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Stillhalten lohnt sich nicht

Arbeiten zum Niedriglohn ist längst Normalität. Worauf warten die Beschäftigten?

Ganz leise, fast unmerklich setzt auch 2009 das Wahlkampfgetöse ein. Wie in jedem großen Wahljahr. Und vielleicht war die Veröffentlichung des IAQ-Reports Anfang Juli der erste Paukenschlag: In jüngster Vergangenheit stieg die Zahl der Geringverdiener um 350.000 an. Das heißt: immer mehr ArbeiterInnen geraten in einen Morast, in dem die Löhne in den letzten zehn Jahren stagnieren oder sogar gesenkt wurden. Selbstverständlich nehmen linke Parteien diesen Hinweis gern auf, um sich zu profilieren. Ob sie daran etwas ändern (können), das steht auf einem anderen Blatt.

Nebelkerzen im Wahlkampf

Die Studie des Instituts Arbeit & Qualifizierung (IAQ) der Universität Duisburg-Essen ist deutlich zurückhaltender: Zwar sprechen sich auch die AutorInnen für einen gesetzlichen Mindestlohn aus, aber nur indirekt. Hauptsächlich wenden sie sich gegen eine These des DIW. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung verbreitete, dass 2007 im Niedriglohnsektor eine „Trendumkehr" stattgefunden habe. Richtig ist, dass dessen Anteil am Gesamtarbeitsmarkt nicht sehr viel größer geworden ist im Vergleich zum Vorjahr. Aber das ist allenfalls für Statistiker ein Strohhalm. Richtig sind nämlich auch die eingangs genannten Sachverhalte: die absolute Zahl der Betroffenen steigt, und die Real-Löhne stagnieren bestenfalls. Inzwischen arbeiten rund 6,5 Mio. Menschen — nur einer von fünf ohne Berufsausbildung — durchschnittlich für weniger als sieben Euro brutto die Stunde, d.h. für einen Armutslohn von weniger als die Hälfte des Durchschnittslohns.

Es ist also klar, wo im Gefolge der „Agenda 2010" die Jobs entstanden sind. Bezeichnenderweise rechnet das Papier aber mit „konservativen" Zahlen und geht somit das Risiko ein, das Ausmaß des Problems eher aufzuhübschen als aufzubauschen. Denn mit Azubis und PraktikantInnen sowie Beschäftigten in Amtsmaßnahmen u.a. wird ein bedeutender Teil des „Marktsegments" ausgeklammert.



Bemerkenswert ist ebenfalls, wie schnurrend die Wahlkampfmaschine nun anläuft und ein Rädchen ins andere greift: Erst erscheint die Studie des IAQ, die letztlich für einen gesetzlichen Mindestlohn plädiert, um dem Lohnverfall einen Riegel vorzuschieben. Das Thema ist platziert. Es folgen Mitte August am selben Tag ver.di und Arbeitsminister Scholz: Die Gewerkschaft hat einen „Dumpinglohn-Melder" online gestellt und der SPD-Mann einen „Mindestlohnrat" berufen. All diese Kämpen für die gerechte Sache haben eines gemein: Sie meiden die notwendige Klarheit, dass ihr Vorhaben „nur" die Armuts-, nicht aber Niedriglöhne generell angreifen würde. Der Dreisatz „Niedriglohn? Armutslohn? Mindestlohn!" müsste um eine Variable gekürzt werden.

Aufschwung ≠ Wohlstand

Noch einmal in al ler Deutlichkeit: Die seit drei Jahren laufende „Arm trotz Arbeit"-Kampagne, die von ver.di und NGG gestartet und dann schnell vom DGB aufgegriffen wurde, geht zu bescheiden ins Rennen. Auch eine evtl. Einführung des Mindestlohns durch einen „linken" Bundestag wird den Niedriglohnsektor nicht austrocknen. Da sollten sich viele der wenigen aktiven GewerkschafterInnen (gleich, welcher Organisation sie angehören) doch fragen, ob sie sich wirklich vor den Karren der ein' oder anderen Partei spannen lassen wollen. Oder ob sie besser in den asymmetrischen sozialen Krieg so einsteigen, wie ihre Gegner bereits kämpfen: auf wirtschaftlichem Gebiet, und zwar um jeden einzelnen Betrieb.

Dass diese Auseinandersetzung nicht aufgeschoben werden darf, verdeutlichen neueste Forschungsergebnisse des DIW: Seit 2003 sanken Reallöhne und -gehälter der abhängig Beschäftigten, aufgefressen von Inflation und Lohnbescheidenheit. Dies änderte sich auch im Aufschwung nicht, der trug allenfalls dazu bei, dass die Kapitaleinkünfte und die Zahl der Arbeitsunfälle anstiegen. Die wirtschaftsfriedliche These „Geht es der Wirtschaft gut, geht es allen gut", die zur Lohnzurückhaltung in Krisenzeiten rät, hat sich damit endgültig erledigt.

André Eisenstein



Fortsetzung von Seite 1 „Ping Pong auf…"

Die DGB-Tarifgemeinschaft führt derzeit keine Tarifverhandlungen und geht davon aus, dass die Tarifverträge beendet seien.

Jetzt läuft ein juristisches Ratespiel, ob diese Tarife „nachwirken" oder seit dem 1. Januar ausgelaufen sind. Die Leiharbeitsverbände BZA und iGZ berufen sich auf die sog. „Nachwirkung" der gekündigten Verträge. Dadurch sollen die Tarifverträge weiter gelten, bis ein neuer abgeschlossen wird, denn ohne Tarifvertrag hätten die LeiharbeiterInnen Anspruch auf „equal pay". Die Verbände verweisen dabei auf eine Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit, in der von einer grenzenlosen Nachwirkung bereits ausgelaufener, gekündigter und mangels Einigung auch beendeter Leiharbeitstarifverträge ausgegangen wird. Dies gelte sogar für Arbeitsverhältnisse, die in der Nachwirkungszeit zustande kommen.

Bisher sah die Rechtssprechung so aus, dass für Arbeitsverhältnisse, die vor der Vertragskündigung bestanden haben, ein Tarifvertrag nachwirkt. Bei solchen jedoch, die nach dem Vertragsende eingegangen wurden, galt bisher der Grundsatz, dass die gekündigten Tarifverträge nicht zur Anwendung kommen und nicht nachwirken. Folglich herrscht bei BZA und iGZ große Sorge. Es könnte passieren, dass die Gerichte feststellen, im speziellen Fall der Leiharbeit (AÜG) sei keine „Nachwirkung" gegeben. Ebenso könnte entschieden werden , dass ein gekündigter Tarifvertrag für nachträglich Eingestellte nicht gilt. Das würde uns dem Ende der Leiharbeit näher bringen.

Flucht in Haus- und Firmentarifverträge?

Um die finanziellen Risiken wegen der gekündigten Entgelttarifverträge zu reduzieren, versuchen einige Leihfirmen, eigene Haus- bzw. Firmentarifverträge mit der IG Metall abzuschließen. Ver.di spielt z.Z. keine größere Rolle mehr, weil ihr in dem Prozess über die Tariffähigkeit der CGZP die satzungsmäßige Tarifzuständigkeit für die Leiharbeitsbranche abgesprochen wurde.

Da die IG Metall weder ausreichend Mitglieder noch genug Einfluss hat, um z.B. durch Streiks wirklich Druck auszuüben, scheint auch sie durch Haus- oder Firmentarifverträge zu versuchen, mehr Einfluss in der Leiharbeitsbranche zu bekommen. Außerdem würde sie durch Haustarifverträge nicht Gefahr laufen, „Dauer-Tarifverträge" zu etablieren, die zu endloser Nachwirkung führen könnten. Allerdings dürften solche Haustarifverträge für die Betroffenen nur wenig besser ausfallen, als der aktuelle Tarifvertrag mit dem iGZ.

Abschaffung der Leiharbeit!

Da auch die Zahl unserer Mitglieder in solchen Arbeitsverhältnissen erheblich gestiegen ist, führt die FAU seit Jahren Auseinandersetzungen mit Leiharbeitsfirmen. Wie die obigen Konflikte auch ausgehen, für uns steht fest, dass die Leiharbeit nicht „fairer" gestaltet werden soll, sondern dass diese Form des Menschenhandels abgeschafft werden muss.

Unsere Aktivitäten — darunter auch der erste Streik gegen eine Leihfirma in Deutschland — haben dazu geführt, dass wir auf der FAU-Website seit Jahren mehrere zehntausend Zugriffe im Monat allein auf Informationen und Tarifverträge zur Leiharbeit feststellen können.

Die FAU arbeitet daran, genügend Mitglieder in einer Leiharbeitsfirma zu organisieren, um dort die DGB- und CGB-Dumpingtarifverträge beispielhaft außer Kraft zu setzen oder eine Gleichbehandlung zu erzwingen. Dies wäre ein wichtiges Signal in einem Bereich, der bisher der Willkür der staatlichen Arbeitslosenverwaltung und der Menschenhändler ausgeliefert ist.

Um den Kampf gegen die Leiharbeit auch öffentlich sichtbar zu machen und um Druck auf die Menschenhändler auszuüben, rufen FAU-Syndikate alle Interessierten zur kreativen Beteiligung an einer bundesweiten „Aktionswoche zur Abschaffung der Leiharbeit" auf — vom 18.–25. September.

kc, FAU VAB Frankfurt

Weitere Informationen zur Aktionswoche gibt es unter www.leiharbeit-abschaffen.de.

Kolumne Durruti



Erinnert sich eigentlich noch jemand an den Job-Floater? Die Hartz-Kommission nannte so ein Kreditprogramm, das Arbeitsplätze schaffen sollte, aber partout nicht wollte. Wobei der Begriff Floater (engl.) laut Lexikon ein erfolgreiches Wertpapier bezeichnet, oder auch einen Köder — und eine Wasserleiche .... Egal, Hauptsache englisch und irgendwie dynamisch floatend. Unter Gerhard Schröder sollte alles anders werden — modern, flexibel, immer in Bewegung. Und so nannte man das, was früher vielleicht Bundesarbeitsvermittlungsmodernisierungsgesetz oder so ähnlich geheißen hätte, Job-AQTIV-Gesetz. Klingt superdynamisch, und ist sogar beinahe unverwechselbar. Bloß dank des Q! Ein echtes Alleinstellungsmerkmal. Das Gesetz bescherte uns im Übrigen die Eingliederungsvereinbarung. Nicht nur sprachlich also ein rot-grüner Meilenstein. Also merke: Etwas denglisch und etwas verfremden, und schon macht es was her. Das hat zugwendend auch die bis dato etwas beamtenträge Bahn AG erkannt. Die Auskunft von damals heißt seitdem ServicePoint, und statt einer einfachen Fahrt mit dem Bus zum Flughafen Münster-Osnabrück bucht man nun ein EinzelTicket für den City-Express nach Münster Airport. Da fliegt einem der urbane Fahrtwind gleich wohlriechend um die Ohren.

Beste KundInnen der Werbeagenturen, die originelle Anglizismen in Serienproduktion aus ihren kreativen Hirnen schrauben, wurden fortan übrigens die Friseursalons: So gibt es beispielsweise, bleiben wir bei Münster, statt Salon Müller, Meier oder Schulze nunmehr CutGo, Cut&Go (2x), Cut'n'Tech, Cut-Studio (2x), Headsmiths, Hair affair, Hair discount, Hair dreams, Hair power und ein paar mehr von der Sorte. Aber es ist Krise, und die trifft auch das in der Not ziemlich verzichtbare Friseur-Handwerk mit voller Wucht. Allzu dynamisches Neusprech weckt in Krisenzeiten zudem beänstigende Konnotationen. Die neue Marktlücke heißt daher Wohlfühlkapitalismus. Das hat man im Hair Business sofort erkannt und setzte fortan auf lustige Wortspiele: Haarsträubend, Haareszeiten, Haargenau, Kopfsalat, Querkopf, und — huiuiui — Die Schnittstelle. Halbwegs zahlungskräftige Krisenüberlebende wollen aber auch mal was fürs Gewissen. So wird fair gehandelte Kleidung (dengl.: fairwear) immer beliebter. Und fair ist sowieso immer gut — wer will sich im Fairsicherungsladen schon über den Tisch gezogen fühlen? Das wissen die FriseurInnen längst. Fairschnitt und Fairhair gibt es entsprechend auch schon mehrfach. Wird also Zeit für die nächste Innovationswelle. Vielleicht lässt sich mit makabrem Humor noch jemand fürs Haareschneiden gewinnen? Wie wärs mit „Um Haaresbreite" oder „Die Schere im Kopf"? Na ja, noch nicht ganz so überzeugend ....

Und an wem geht das Ganze ohnehin völlig vorbei? Richtig, an den Gewerkschaften. Seit ver.di bringt der DGB kein einziges lustiges Wortspiel zu Stande! Nix dynamisch, nicht mal fair. Und können die überhaupt englisch außer „shareholder value"? Vielleicht sind die auch einfach zu humorlos? Zu fairkopft? Natürlich, Klassenkampf ist eine sehr sehr ernste Angelegenheit, aber wenn man sich als Customer Care Agent (dt.: KundenpflegevermittlerIn) bei ver.di in „Fachbereich 13 — Besondere Dienstleistungen" organisieren soll, schafft allein der Name schon ein fairhairendes Maß an Zugehörigkeitsgefühl. Symbolisch ambivalent ist allerdings in diesem Zusammenhang auch das selbstorganisierte münstersche Pendant namens Telefonzelle. An solidarischer Nähe scheint es hier nicht zu mangeln, aber an proletarischer Masse? Wir üben ja noch .... BabyloHn ist schon mal ein Anfang.

Theo Tolstoi

Termine

Berlin
Sa, 12.Sept., 19.00 Uhr
Baiz, Christinenstr. 1
(Ecke Torstr.)
Alternative Schule – was ist möglich?

Düsseldorf
Mi, 09. Sept., 20.00 Uhr
Kulturcafé Solaris,
Kopernikusstr. 53
Schwarz-roter Tresen der FAUD.
Mit Film!

Mi, 14. Okt., 20.00 Uhr
Kulturcafé Solaris,
Kopernikusstr.53
Schwarz-roter Tresen der FAUD.
Mit Film!

Frankfurt a.M.
Fr, 18. Sept., 13.00 Uhr
vor der alten Oper
Stadtrundgang – Leiharbeit abschaffen

Freiburg
Do, 24.Sept., 15.00 Uhr
‚Agentur für Arbeit',
Lehener Str. 77
Stadtrundgang – Leiharbeit abschaffen

Hamburg
Mi, 16. Sept., 19.00 Uhr
Schwarze Katze, Fettstr. 23
The Balls: Alec in Wonderland
Multimediale Rockoper von Jan Fedder u. Michael Schönborn

Hannover
Mo, 7.Sept., 19:00 Uhr
Heiner's Imbiss Grill und Bar, Iltener Str. 6, 31319 Sehnde (B 65)
Private Kliniken, privates Gesundheitswesen – wer profitiert, wer zahlt drauf?
Podiumsdiskussion. Infos: www.fau.org/ortsgruppen/hannover/gs

Do, 17. Sept., 20.30 Uhr
Kino im Sprengel, Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
Babylon's burning.
GenossInnen der FAU Berlin und des Babylon sind zu Gast und berichten über den aktuellen Stand der Auseinandersetzung im Kino Babylon.

Leipzig
Sa, 19. Sept., 20.00 Uhr
Libelle, Kolonnadenstr. 19
Themenabend Leiharbeit mit VoKü

Münster
Di, 22. Sept., 17.00 Uhr
Lambertikirche, Altstadt
Infostand gegen Leiharbeit

Mi, 23.Sept., 20.30 Uhr
Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Infoabend Leiharbeit

Nürnberg
Fr, 25. Sept., 20:00 Uhr
Armer Teufel, Bauerngasse 14
Infoabend Leiharbeit

So, 27. Sept., 11:00 Uhr
Armer Teufel, Bauerngasse 14
Anti-Wahl-Lokal
Zusammensein der Fraktion der Nichtwähler mit Gewinnspiel, bei dem die Stimme noch etwas wert ist.

weitere Termine auf S. 10

Zahlen, bitte!



„Unterschichten-armee"

35% der Bundeswehrsoldaten stammen mittlerweile aus den neuen Ländern (bei 20% Anteil an der Gesamtbevölkerung). Als Gründe dafür gelten die mangelnden Jobperspektiven in Ostdeutschland.



Ost-West-Differenz

Jeder zweite Ostdeutsche sieht enorme Unterschiede beim Lebensniveau von West und Ost. Als „Bundesbürger" fühlen sich gerade mal ein Viertel.



Nüchterne „Ossis"

Noch nicht mal mehr 1% der Ostdeutschen hat Vertrauen in Politikeraussagen. 60% identifizieren sich weder mit der BRD noch der vergangenen DDR.

Wie im falschen Film

Die Betreiber des Kino Babylon halten weiter an ihrer Geldpolitik fest. Jetzt bekundet auch ver.di Interesse am Arbeitskampf

Seit Monaten zieht sich nun schon der von der FAU Berlin geführte Tarifstreit im Kino Babylon Mitte. Doch auch nach mehreren Flugblattverteilungen und einem Boykottaufruf, zeigten sich die Geschäftsführer Tobias Hackel und Timmothy Grossman bislang unnachgiebig. Nun scheint Bewegung in den Konflikt zu kommen. Fragt sich nur, wohin die Reise gehen soll.

Ein Politkrimi allererster Güte

Die Skurrilitäten der politischen Verstrickungen um das Kino Babylon Mitte beginnen bereits mit der Vergabe des Lichtspielhauses. Das Konzept der heutigen Betreiber Tobias Hackel und Timmothy Grossman wurde eigentlich schon in der ersten Auswahlrunde abgelehnt. Doch nach wundersamen Nachbesserungen der Vergabekriterien hier und Änderungen im Bewerberkonzept dort, folgte schließlich die Vergabe an das Duo Grossman/Hackel, welches unter anderem Geschäftsbeziehungen zum damaligen Kultursenator Dr. Thomas Flierl (Die Linke) unterhält. Kaum verwunderlich, dass ließ die Geschäftsleitung im Jahr 2008 satte 30.000 Euro von den ihr zustehenden Geldern ungangestastet. Was auch immer der Grund dafür gewesen sein mag, es zeigt wie im Babylon gewirtschaftet wird. Diese Summe hätte Lohnerhöhungen sowie Feiertags- und Nachtzuschläge bereits abgedeckt.

Was genug ist, ist genug...

...dachte sich daher auch die Belegschaft des Kinos und begann Ende 2008 sich zu organisieren. Ein Betriebsrat wurde gewählt und über eine gewerkschaftliche Organisierung nachgedacht. Erste Anfragen an die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di stießen auf Desinteresse, bereits anberaumte Treffen wurden nicht wahrgenommen. Wegen dieser Behandlung und Dank guter Erfahrungen mit der FAU Berlin bei der Unterstützung eines ehemaligen Mitarbeiters, wandten sich Teile der Belegschaft an diese, um sich dort zu organisieren. Sofort wurde sich daran gemacht mit der Belegschaft den Entwurf für einen Haustarifvertrag auszuarbeiten, in dem sämtliche Proble-



in Senatskreisen keine Eile zur Intervention in Sachen Arbeitsbedingungen im Babylon Mitte bestand. So verwiesen die verantwortlichen Stellen, gerade in der Hand der Berliner Linkspartei, gern non-chalant auf ihre Nicht-Zuständigkeit oder auf die Tarifautonomie.

Eine Erklärung, warum zwar Gelder an das Babylon vergeben werden, nicht aber kontrolliert wird, was mit diesen geschieht, obwohl ein entsprechender Senatsbeschluss existiert, blieb die Linke indes schuldig. Zudem hätte die „Neue Babylon GmbH" beim Berliner Senat eine Erhöhung der Zuschüsse zur Deckung würdiger Löhne beantragen können, was aber ausblieb. Lieber versuchte man, sich mit knappen Finanzen aus der Bredouille herauszuwinden.

Taler, Taler du musst wandern

Dass sich Arbeitgeber gerne mit mangelnden Geldern aus der Affäre ziehen wollen, ist wohlbekannt. Im Falle Babylon Mitte kommt diese Ausrede allerdings einer Realsatire gleich. So sehr sich die Geschäftsleitung auch bemühte, sich in der Öffentlichkeit als bettelarme Betreiber eines alternativen Lichtspielhauses in teurer Citylage zu verkaufen, so sehr wurde gleichzeitig das Geld für Gerichtprozesse mit dem Betriebsrat, aktuellen wie ehemaligen Angestellten und für absurde Projekte wie dem Bau einer Terrasse mit beiden Händen zum Fenster hinausgeschmissen. Zudem wurde im Jahr 2008 der Gegenwert eines guten Drittels der öffentlichen Zuwendungen für die Gehaltszahlungen an die Geschäftsleitung verwandt. Dass da für die gemeinen Angestellten nicht mehr als Krumen vom großen Kuchen übrig bleiben, erklärt sich fast von selbst. Wohl um dieser Geisteshaltung Nachdruck zu verleihen, me der Angestellten behandelt wurden und der sich an der spezifischen Lage im Babylon Mitte orientierte. So wurde insbesondere darauf geachtet, Klauseln, die eine Spaltung der Belegschaft mit sich ziehen würden (allzu unterschiedliche Lohnkategorien, Gültigkeit nur für die bei Abschluss Beschäftigten etc.) zu vermeiden und so den Konflikt gemeinsam zu einem positiven Ende zu führen.

Die unbekannte Dritte

Am 03.09.2009 war dann der Presse zu entnehmen, dass sich ver.di nun doch in den Konflikt einschaltet und die Geschäftsleitung des Berliner Traditionskinos ebenfalls zu Verhandlungen lädt und den Konflikt sogar durch Landesbezirksvize Andreas Köhn zur „Chefsache" erklärt.

Interessanterweise wurde dieser Vorstoß auch promt per Zeitungsnotiz erklärt, jedoch nicht mit den Beschäftigten oder der FAU besprochen. Worin diese Initiative mündet, bleibt abzuwarten. Es sollte der ver.di jedoch klar sein, dass sich ein Tarifabschluss hinter den Rücken der Beteiligten und der bislang einzigen im Betrieb aktiven Gewerkschaft nur sehr schlecht verkaufen lässt.

Die FAU Berlin betonte derweil, dass sie durchaus zu Gespächen mit ver.di zur Sondierung einer etwaigen Tarifgemeinschaft bereit sei. Allerdings nicht als Juniorpartner, sondern als stärkste und aktivste Gewerkschaft im Betrieb. Ob ver.di nun tatsächlich die betriebliche Kanzlerfrage stellt oder den Alleingang wagen will, wird sich zeigen. Sicher ist, dass jeder unüberlegte Schritt in der Sache unweigerlich auf ver.di zurückfallen wird.

Lars Röhm



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

BRD: Erneuter Datenangriff bei der „Deutschen Bahn"

Die „Deutsche Bahn" kommt im Zusammenhang mit Datenmissbrauch nicht zur Ruhe. Nachdem wir vor einiger Zeit darüber berichteten, dass unter dem Vorwand der Korruptionsbekämpfung über lange Zeiträume MitarbeiterInnen systematisch bespitzelt und ausgeforscht wurden, gelangte Anfang August ein weiterer Komplex von systematischen Datenmissbrauch an die Öffentlichkeit. Betroffen ist im aktuellen Fall die Tochterfirma „DB Sicherheit". Diese ist u.a. für die Bewachung der Bahnhöfe und die Sicherheit in den Zügen verantwortlich, war aber auch bereits in die erste Datenaffäre verwickelt. In dem neuerlich bekannt gewordenen Fall von Datenmissbrauch haben die Regionalbereiche von „DB Sicherheit" Listen mit Krankheitsdaten von Bahn-MitarbeiterInnen geführt und diese Daten innerhalb des Konzerns weitergegeben. Dabei handelt es sich nicht um arbeitsplatzspezifische Daten, deren Haltung unter bestimmten Voraussetzungen gesetzlich erlaubt ist, sondern vielmehr um Gesundheitsdaten allgemeiner Natur. Nach Angaben der Bahn will man sich angeblich von den für diesen Datenangriff „verantwortlichen Mitarbeitern trennen".

Österreich: Ministerium blockiert kritischen Journalisten

Wie sich Filtersysteme „kreativ" zur Blockierung unerwünschter Web-Inhalte nutzen lassen, zeigt ein aktueller Fall aus Österreich. Die Website eines Journalisten, der sich kritisch mit der Politik des Justizministeriums auseinandersetzt, war für MitarbeiterInnen des Ministeriums vom einen auf den anderen Tag nicht mehr erreichbar. Stattdessen erhielten sie bei Aufruf der Website den Hinweis: „die von Ihnen angeforderte Seite enthält Inhalte aus den Bereichen Glücksspiel, Computerkriminalität, Pornografie, Soziale Netzwerke und Phishing". Ergänzend wurde angedroht: „Internet-Zugriffe werden automatisch protokolliert und können im Falle eines konkreten straf- oder disziplinarrechtlichen Verdachtes ausgewertet werden". Wie es der Zufall will, war just am Tag, an dem die Sperre eingerichtet wurde, der erste Teil einer Artikelserie des betroffenen Journalisten erschienen, in der dieser sich kritisch mit einer ganzen Serie von Verfahrenseinstellungen in der Zuständigkeit des Justizministeriums zum Vorteil von PolitikerInnen, ManagerInnen, AmtsärztInnen, RichterInnen, PolizistenInnen und StaatsanwältInnen auseinandersetzte. Das Ministerium bestritt jeden Zusammenhang und schob die Schuld — nach Protesten — auf einen im Bundesrechenzentrum installierten automatischen Filter. Da auch in der BRD solche Systeme — zunächst in Schulen, Behörden und Verwaltungen — immer mehr Einzug einhalten, wird es sicherlich nur eine Frage der Zeit sein, bis wir auch hierzulande über den ersten solchen Fall berichten werden.

Iran: Siemens stellt Repressionsmittel zur Verfügung

Während der jüngsten Unruhen im Iran spielten die neuen Kommunikationsmedien eine wichtige Rolle in der Verbreitung von regierungsfeindlichen Informationen und in der Koordination von Aktionen gegen das klerikal-terroristische Regime. Insbesondere Blogs, SMS und Twitter sind wichtige Medien für verschiedenste Widerstandsbewegungen. Dieser Gefahr ist sich die iranische Regierung seit längerer Zeit bewusst gewesen. Der staatlich kontrollierte iranische Netzwerkbetreiber TCI hat deshalb bereits im Jahr 2008 ein System in Auftrag gegeben, mit dem sich fast jede Form elektronischer Kommunikation überwachen und bewerten lässt. Den Zuschlag erhielt das System „Intelligence Platform" des deutsch-finnischen Konzerns Nokia Siemens. Dieses System kann nach Angaben aus Firmenkreisen nicht nur das Netz, sondern auch den Telefonverkehr — der sich im Iran ebenfalls in staatlicher Hand befindet — überwachen. Durch Unterstützung von Nokia Siemens hat das Regime die Mittel an die Hand bekommen, Nachrichten auf Schlüsselworte hin zu durchsuchen, sie mitzulesen und ggf. sogar zu verändern. Auf Nachfrage erklärte der Konzern lapidar, man habe sich an alle Exportbeschränkungen gehalten; im Übrigen habe man solche Systeme bereits in mehr als 60 Ländern installiert.

Großbritannien: Eine Party, Facebook und die Folgen

Als George Orwell im Jahr 1948 seinen Roman *„1984"* veröffentlichte, hatte dieser in seiner düsteren Zukunftsvision versucht, die Funktionsweise der faschistischen und stalinistischen Terrorregime seiner Zeit auf eine andere Art zu beschreiben. Er wird wohl weniger daran gedacht haben, dass ausgerechnet auf seiner Heimatinsel 60 Jahre später seine Visionen von Überwachungstechnologie und sozialer Kontrolle am weitesten fortgeschritten sein würden. Wir haben schon mehrfach darüber berichtet, wie die Behörden in Großbritannien die Freibriefe, die sie sich selbst mit einer Unzahl von „Antiterror"-Gesetzen ausgestellt haben, dazu nutzen, immer mehr gegen vermeintlich „sozial abweichendes Verhalten" vorzugehen. Wie das funktioniert musste jüngst ein Mann namens Andrew Poole erfahren. Zur Feier seines 30. Geburtstages hatte er eine Grillparty auf einer Wiese bei Sowton in der Grafschaft Devon organisiert. Sein Fehler war, dass er diese Party über seinen Facebook-Account angekündigt hatte. Dort scannen mittlerweile auch britische Behörden mit. Die Polizei befürchtete offenbar eine nicht genehmigte Massenveranstaltung und rückte mit gepanzertem Mannschaftswagen und Hubschrauber an, während 15 Menschen Burger grillten. Als Begründung erklärte ein Polizeisprecher auf Nachfrage, in der Vergangenheit hätten sich solche Partys häufiger zu unkontrollierbaren Massenveranstaltungen entwickelt.

Beschäftigte als Datenträger

Die Kontrolle von MitarbeiterInnen hat Konjunktur — Überwachungsfälle bei Lidl und Airbus

Nach den Enthüllungen über die Ausforschung von Beschäftigten bei der Telekom und der Deutschen Bahn wurde im April 2009 bekannt, dass auch der Airbus-Konzern die Bankverbindungen seiner 22.000 Angestellten in Deutschland von 2005 bis 2007 flächendeckend ausgeforscht hat. Auch von dem skandalträchtigen Unternehmen Lidl wurden weitere arbeitnehmerfeindliche Praktiken auf dem Gebiet der Überwachung bekannt.

„Nach unserer bisherigen Erfahrung gibt es leider eine zunehmende Tendenz, die Mitarbeiter zu überprüfen", erklärte der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Schaar, gegenüber der *WAZ* im Hinblick auf heimliche Kontrollen bei Airbus. Der Grund: die technischen Möglichkeiten für die Ausforschung der Beschäftigten haben sich durch die Computerisierung enorm erhöht, ein Abgleich von Dateien mit digitalisierten Kontonummern ist schnell gemacht.

Das Prinzip Lidl

Schaars Vorhersage, dass weitere Überprüfungen von Beschäftigten „stückweise hochkommen" werden, bestätigte sich recht schnell: Der *Spiegel* enthüllte in seiner ersten Aprilausgabe, dass der Lebensmitteldiscounter Lidl über seine 50.000 Angestellten systematisch Krankendatenlisten geführt hat: In einem Formular wurden die Gründe der Krankschreibungen aufgelistet, neben einer Rubrik für Maßnahmen. Ein Vorgesetzter bei Lidl hat entsprechende Listen im März in einem Mülleimer an einer Tankstelle in Bochum so dilettantisch entsorgt, dass sie dort eine Kundin fand, die sie dem *Spiegel* übergab. Was der *Spiegel* zitierte, legt eine systematische, gnadenlose Ausforschung der Beschäftigten nahe, um diese bei Krankheit unter Druck zu setzen — oder eben rauszuschmeißen.

Diese Enthüllung wird wenig ändern am Druck auf die Kassiererinnen und Packer bei Lidl: „Diejenigen, die zugeben, Probleme zu haben, werden zuerst rausgekickt", so Agnes Schreieder von der Gewerkschaft ver.di. So steht bei einer Frau aus Bochum als Grund für die Krankschreibung nur ein Wort: „Psychologe". In der Rubrik „Maßnahmen" daneben heißt es: „Mehrmals telef. versucht. Freund mitgeteilt, sie solle sich dringend melden. Kündigung! Zum 31.7.08." Zwei Tage nachdem der *Spiegel* am Kiosk lag, gab es bei Lidl ein Bauernopfer: Deutschland-Chef Frank-Michael Mros wurde durch einen anderen Lidl-Manager ersetzt.

Der Lebensmitteldiscounter hoffte, so sein arg ramponiertes Image aufzupolieren, um keine KundInnen zu verlieren. Denn bereits im März 2008 gab es eine Enthüllung über Lidl — damals war es der *Stern*, der berichtete, dass Lidl systematisch Detektive und Videoüberwachung in Filialen eingesetzt hatte, um heimlich die Angestellten zu observieren. Datenschützer erreichten, dass Lidl wegen Datenschutzverstößen eine Geldbuße von über einer Mio. Euro zahlen musste. Das sind bei einem Umsatz von 15 Mrd. Euro im Jahr zwar Peanuts, der Imageschaden jedoch war immens: In der Öffentlichkeit wurde Lidl mit Angestelltenüberwachung gleichgesetzt. Dass allerdings auch bei den Lebensmittelketten Edeka und Plus Angestellte heimlich per Video observiert wurden, fand kaum Beachtung.

„Vorsorge-Untersuchung" bei Airbus

Nicht nur im Niedriglohnsektor und bei geringqualifizierten Arbeitskräften wie bei Lidl wird ein für Außenstehende kaum vorstellbarer Druck aufgebaut. Selbst im Tariflohnsektor der Besserqualifizierten in der Auto- oder Luftfahrtindustrie wird die sozialpartnerschaftliche Einbindung früherer Jahre zunehmend mit Druck durch Kontrollen kombiniert. Zum Beispiel mahnten im Januar Datenschützer in Baden-Württemberg den Autokonzern Daimler, weil dort im Werk Stuttgart-Untertürkheim mit Krankendaten von Beschäftigten zu lax umgegangen worden sei. Betriebsräte von Daimler rieten „aus gegebenem Anlass", vorsichtig zu sein, etwa in Mitarbeitergesprächen nach längerer Krankheit.

Beim Luftfahrtkonzern Airbus kam die Buchhaltung auf die Idee, doch mal alle Kontonummern von Beschäftigten mit denen von Zulieferern abzugleichen, um mögliche Korruptionsfälle zu entdecken. Anscheinend nach dem Motto: Alle sind erstmal verdächtig. So wurden im Jahr 2005 einmal und von 2006 bis Mitte 2007 vierteljährlich die Kontodaten aller MitarbeiterInnen gescreent, ohne dass ein Fehlverhalten festgestellt wurde, wie eine Unternehmenssprecherin erklärte. Dabei gab es noch nicht einmal einen konkreten Anlass — es sei eine Art „Vorsorge-Untersuchung" gewesen.

Das Datenscreening sei „zum damaligen Zeitpunkt als rechtlich zulässig angesehen" worden, teilte Airbus mit. Noch unter dem früheren Management sei die Praxis 2007 beendet worden. „Im Rahmen der öffentlichen Diskussion um Datenvergleiche" habe die neue Geschäftsführung von Airbus Deutschland im Dezember 2008 eine Untersuchung eingeleitet, um festzustellen, „ob in der Vergangenheit Mitarbeiterdaten mit externen Daten verglichen worden sind". Der Konzernbetriebsrat sei umgehend über das Ergebnis unterrichtet worden, am 23. März auch die Belegschaft in Hamburg, so die Firmensprecherin Nina Pretzlick. Auch ein entsprechendes internes Rundschreiben an alle Airbus-Mitarbeiter unter dem Titel „Interner Datenvergleich durch Audit aufgeklärt", das dem Autor vorliegt, legt nahe, dass alles einvernehmlich geklärt sei: „Umgehend nach Abschluss des Audits wurde der Airbus Deutschland Gesamtbetriebsrat über die Aufklärung dieses internen Datenvergleichs informiert. Kurz danach wurden die Mitarbeiter in einer ordentlichen Betriebsversammlung über den Sachverhalt in Kenntnis gesetzt. Freundliche Grüße, interne Kommunikation".

Informationskanäle

Ganz so sozialpartnerschaftlich ist es in Wirklichkeit nicht gelaufen: „Wenn so der Eindruck erweckt werden soll, dass wir seit Dezember mit im Boot sind, ist das falsch", sagt Rüdiger Lütjen, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Airbus Deutschland, sichtlich enttäuscht darüber, dass der Betriebsrat hier übergangen word en ist. Erst am 6. Februar sei er auf eigenes Nachfragen von einem Personalmanager über den Vorgang aufgeklärt worden — und musste dann noch mal sechs Wochen auf genauere Informationen warten. Am 23. März wurden dann die Beschäftigten auf Betriebsversammlungen informiert. Gerald Weber, seit Anfang 2008 Chef von Airbus Deutschland, habe dort erklärt, dass er das Vorgehen — die Einleitung eines Kontenabgleichs ohne Einbeziehung des Betriebsrats — nicht gut heißt. Am 2. April titelte das *Hamburger Abendblatt*: „22.000 Beschäftigte bei Airbus überprüft".

Seitdem ist der heimliche Kontenabgleich öffentlich und rief Hamburgs Datenschützer auf den Plan. Hans-Joachim Menzel, stellvertretender Hamburger Datenschutzbeauftragter, erklärte: „Wir halten den Vorgang nach bisherigen Erkenntnissen nicht für einwandfrei", denn „alle Mitarbeiter wurden überprüft, es gab keine Beschränkung auf mögliche Verdächtige." Der Datenschützer kritisierte, die Aktion bei Airbus sei „nicht dem Betriebsrat oder dem betrieblichen Datenschutzbeauftragten abgestimmt" gewesen.

Gar nicht informiert wurden die im Rahmen des konzernweiten Sanierungsprogramms „Power 8" ausgegliederten Beschäftigten in den Werken Laupheim und Nordenham: „Keiner von uns wusste davon", sagt Betriebsrat Stefan Hammer aus Laupheim. „Auch wenn wir inzwischen nicht mehr zu Airbus gehören, hätte man uns auf jeden Fall unverzüglich über den Sachverhalt informieren müssen. Wir waren ja offensichtlich alle von der Aktion betroffen." Aber, so Airbus-Sprecherin Nina Pretzlick: „Eine zusätzliche Information an Laupheim gab es aufgrund der Ausgliederung nicht."

Auch die Kontonummern der Mitarbeiter des Nordenhamer Flugzeugwerks, das seit Anfang 2009 zur neu gegründeten Premium Aerotec GmbH gehört, wurden gescreent. Betriebsratsvorsitzender Michael Eilers hält das für einen „Skandal"; das hätte sich im illegalen Raum abgespielt. Der Betriebsratschef betrachtet die heimliche Kontrollaktion der Geschäftsführung als einen Verstoß gegen die Daten- und Personenschutzrechte der Mitarbeiter. In der Belegschaft habe der Vorfall „Entsetzen ausgelöst".

Spitze des Eisbergs?

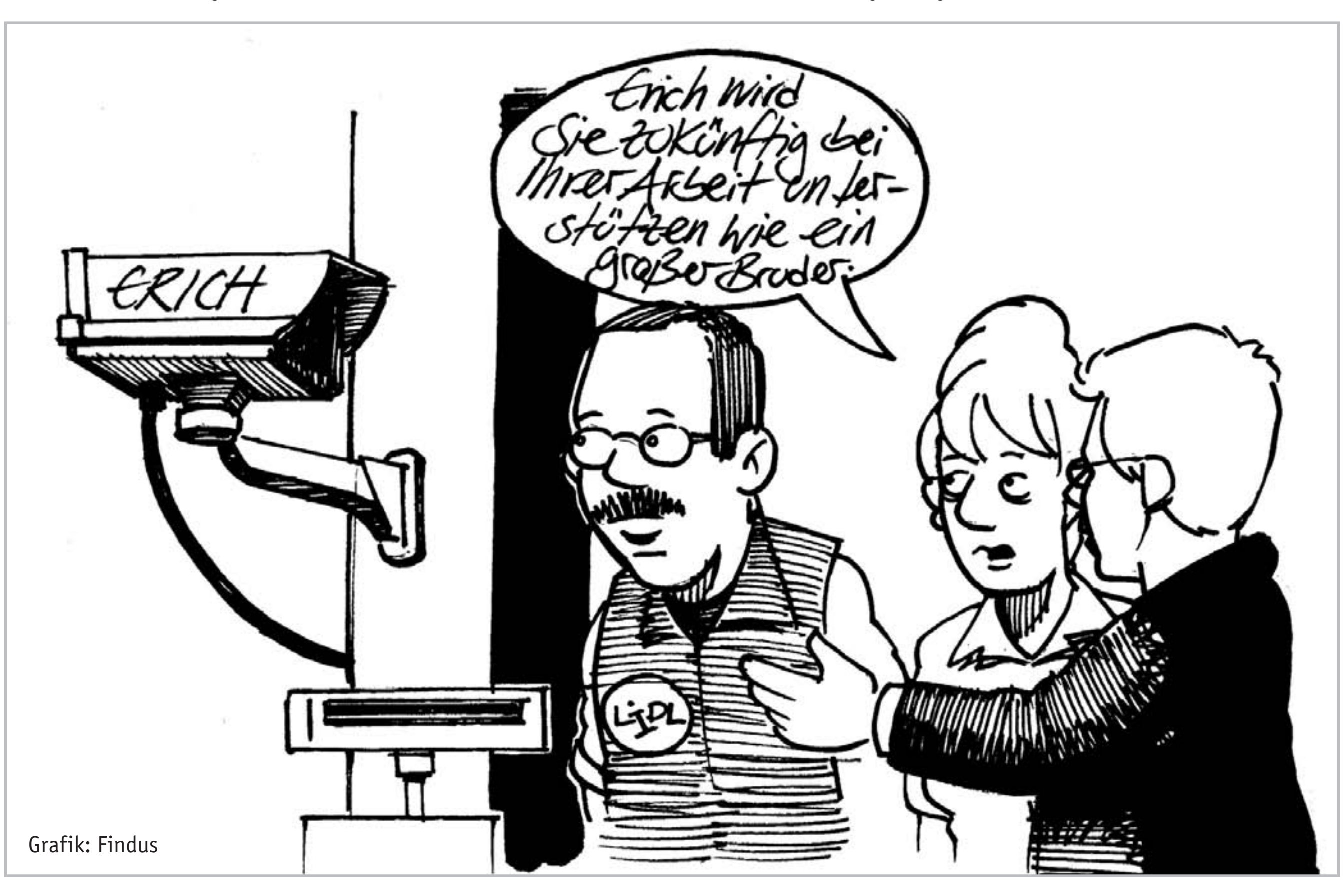
Michael Eilers verlangt Aufklärung. Er begrüßt es, dass der Airbus-Gesamtbetriebsrat Fachanwälte mit einer Überprüfung der juristischen Konsequenzen beauftragen will. Außerdem müsse transparent gemacht werden, wie der Datenabgleich technisch vonstatten ging und ob es wirklich nur um die Kontonummern ging. Michael Eilers will, dass „geeignete Maßnahmen" ergriffen werden: „So etwas darf nicht noch einmal vorkommen".

Dass die seit 1997 bei Airbus bestehenden Vereinbarungen zum Datenschutz von der Geschäftsführung gebrochen wurden, hat laut Michael Eilers bei den Beschäftigten großes Misstrauen geschürt — und Verunsicherung: Wann wird einem, ohne es selbst zu wissen, bei der Arbeit am Computer elektronisch über die Schulter geschaut? Keinesfalls habe es bei Airbus eine Überprüfung des E-Mail-Verkehrs oder andere Formen von Bespitzelung gegeben, betonte ein Konzernsprecher gegenüber dem *Hamburger Abendblatt*. Er musste aber zugeben, dass er nicht wisse, ob bei der vom Airbus-Chef Weber im Dezember 2008 in Auftrag gegebenen internen Untersuchung überhaupt nachgeprüft wurde, ob E-Mail-Verkehr überwacht worden sei.

Das wäre vor dem Hintergrund eines anderen, in den Medien kaum beachteten Vorfalles aufschlussreich gewesen: Drei Mitarbeitern war fristlos gekündigt worden, weil sie ein internes Dokument an Adressaten außerhalb von Airbus gemailt haben sollen. Die drei hätten Unterlagen zu Mängeln beim Flugzeug A 380 „nach außen gegeben" wie es hieß. Dabei ging es um die Mängelliste des A 380-Großkunden Emirates Airlines, in der laut *Spiegel* detailliert und ungeschönt u.a. von verschmorten Kabeln und verbogenen Verkleidungsblechen die Rede ist. Die Firma hat über die interne „Fire Wall" für den E-Mail-Verkehr von der Weitergabe der internen Datei erfahren.

Die Pressestelle von Airbus erklärte dazu, dies sei ein Notfall und eine Kündigung wegen Verrates von Betriebsgeheimnissen sei in Betrieben allgemein üblich. Auch der Airbus-Betriebsrat hätte gegen die Entlassung der drei keine Einwände erhoben. Das ist aus dessen Warte auch logisch — versteht sich der Betriebsrat doch als Verfechter der Sozialpartnerschaft mit dem Management. Wer der Konkurrenz Vorteile verschafft durch die Weitergabe von Betriebsgeheimnissen, ist offensichtlich selbst schuld, wenn er oder sie entlassen wird.

Gaston Kirsche



Grafik: Findus



„Kommunikation ist das Wesen der Freiheit.
Zwang kann nicht überzeugen.
Macht die Menschen weise und ihr macht sie frei."
- William Godwin -

Horst Stowasser

7. Januar 1951 – 30. August 2009

In deinen Werken und in unseren Gedanken lebst du weiter

Möge die Erde dir leicht sein!

FAU Ortsgruppe Neustadt a.d.Wstr.
Deine Freunde

Streikrecht für Beamte?

In Bremen laufen derzeit Disziplinarverfahren gegen 756 verbeamtete Lehrkräfte wegen Beteiligung an Arbeitskämpfen. Die GEW fordert die Einstellung dieser Verfahren und nimmt diese nun als Anlass, dass Streikrecht für Beamte einzufordern. Sie beruft sich dabei auf die International Labour Organisation (ILO) der UNO. Diese hat die Bundesregierung bereits in den 90ern darauf hingewiesen, dass die diesbezügliche Praxis in Deutschland den von der BRD ratifizierten ILO-Konventionen zuwiderläuft, die keine Einschränkungen der Gewerkschafts- und Organisationsfreiheit vorsehen.

Neues zum Kampf der LeiharbeiterInnen bei VWN

Mit spektakulären Aktionen hatten im Frühjahr Beschäftigte der konzerneigenen Leiharbeitsfirma Wolfsburg AG bei VW Nutzfahrzeuge Hannover-Stöcken (VWN) auf sich aufmerksam gemacht: selbstorganisiert, an den Strukturen ihrer Gewerkschaft IG Metall vorbei (die DA berichtetete). Spät estens mit ihrem Hungerstreik gewannen sie auch bundesweite Aufmerksamkeit. Ihre Forderungen zielten dabei nicht nur auf eine Weiterbeschäftigungsgarantie für die rund 200 vom Auslaufen ihrer Verträge betroffenen LeiharbeiterInnen ab. Sie gipfelten sogar in der Zielsetzung, die Leiharbeit überhaupt abzuschaffen. Am 11. August fand ihr langer Kampf nun vor dem Arbeitsgericht Hannover sein vorläufiges Ende: VWN wurde zur befristeten Weiterbeschäftigung von zehn Leiharbeitern verdonnert, die — anders als ihre KollegInnen — damals nicht mal ein Konzernangebot vorgelegt bekamen. Der Grund: VWN hatte nicht nur soziale Auswahlkriterien außer Acht gelassen, sondern die Leiharbeiter, die sich aktiv an den Protesten beteiligten, gezielt ausgebootet. Dem Gericht war von Konzernseite eine für die Auswahl ausschlaggebende Punkteliste vorgelegt worden, die sich schlicht und ergreifend als „schwarze Liste" entpuppte.

Nandor Pouget
(FAU Hannover)

Ein Nachruf der FAU Neustadt a.d.W. findet sich auf www.fau.org. Eine ausführliche Würdigung des Lebens und Wirkens von Horst, der unerwartet von uns ging, wird es in der nächsten Ausgabe geben. (Red.)

Call for a Union

Münsters CallCenter-AgentInnen organisieren sich. Ein Interview mit der „Telefonzelle"

In Münster haben sich CallCenter-AgentInnen unter dem Namen ‚Telefonzelle' zusammengeschlossen, um sich gemeinsam gegen die Ausbeutungsverhältnisse in der Branche zu wehren. Die Direkte Aktion sprach mit einem von ihnen.

DA: Warum habt ihr angefangen, euch als CallCenter-AgentInnen zu organisieren?

Die Wirtschaftskrise hat ja zuerst die LeiharbeiterInnen getroffen — und ArbeiterInnen in CallCentern sind meist outgesourct und arbeiten dort, wo man schnell und einfach kürzen oder aber den Leistungsdruck erhöhen kann. Deshalb hatten einige, die im CallCenter arbeiten, das dringende Bedürfnis, auf so eine Situation vorbereitet zu sein. Wir sind nicht den Weg einer öffentlichen Veranstaltung gegangen. Es ist aus viel zu vielen Organisationsprojekten klar geworden, dass das nicht klappt, wegen einer verständlichen Angst davor, im Betrieb denunziert zu werden. Stattdessen lief die Organisierung über eine persönliche Ansprache.

DA: Wo liegen denn momentan die Hauptprobleme in den CallCentern?

Das hängt von der Form des CallCenters ab. Zum Einen gibt es sog. ‚Inhouse'-CallCenter. Die Leute, die da arbeiten, sind eben nicht outgesourct und fallen unter einen betreffenden Tarifvertrag. Und es gibt die outgesourcten Callcenter. Bekanntestes Beispiel dafür sind die Telekom-eigenen CallCenter, die erst vor kurzem ausgegliedert wurden. Die Bertelsmann-Tochter arvato, Deutschlands größter CallCenter-Konzern, hat sich neun CallCenter der Telekom eingefahren. Für die KollegInnen heißt das: Absenkung des Lohns, vier Tage weniger Urlaub und 3,5 Stunden mehr Arbeit in der Woche.

Außerdem muss man klar zwischen den Inbound- und Outbound-Jobs trennen. Inbound heißt, du wirst angerufen. Du hast dann kaum Einfluss auf deinen Arbeitstakt. Denn nach einem Anruf kommt der nächste rein. Oft ist der Kunde dann einfach in der Leitung.

Outbounder, die meistens was verkaufen sollen oder Umfragen machen, werden dagegen oft nach Erfolgsquote bezahlt.

Das führt auch direkt zur nächsten Unterscheidung, nämlich der zwischen den Konzernen und den Scheinselbständigkeitsklitschen. Letztere zahlen keinen festen Stundenlohn, sondern nur nach Quote. Die Klitschen nehmen oft Studierende oder MigrantInnen — wegen fremdsprachlicher Telefonie — und die Leute haben überhaupt keine soziale Absicherung.

Da werden banalste Rechte nicht gewährt. Die Leute machen meist nicht mal Pausen, weil sie dann einen Anruf und damit reales Geld verlieren. Und natürlich ist es auch von Konzern zu Konzern unterschiedlich, selbst wenn dieselben Projekte telefoniert werden.

Es gibt auch ein paar gemeinsame Probleme: zum Beispiel Datenschutz — nicht den der Kunden, sondern den der ArbeiterInnen. Das betrifft den Mitschnitt von Gesprächen sowie Krankenrückkehrgespräche. Die Durchsetzung der Regelungen für Bildschirmarbeit ist auch ein Problem. Die komplette Kontrolle und Erfassung, die technisch in CallCentern möglich ist, ist äußerst relevant. M.E. ist das deutlichste gemeinsame Manko aber immer noch der Lohn.

DA: Wie wollt ihr gegen diese Missstände vorgehen?

Das A und O in dieser Phase ist der Austausch. In den Scheinselbständigkeitsklitschen kann man m.E. gerne mal den juristischen Weg wählen und seine Selbständigkeit in ein festes Arbeitsverhältnis umdefinieren. Dass die Leute aus den Konzernen dann den Scheinselbständigen die normalen Arbeitsbedingungen erklären, ist auch wichtig.

Der Austausch unter den ArbeiterInnen in den Konzernen ist genauso relevant: Die Arbeitgeber kommen ja immer mit dem Argument, dieses oder jenes sei nicht wirtschaftlich. Wenn ich dann aber hingehe und sagen kann: ‚Warum geht denn das in dem anderen Betrieb?' habe ich zumindest schon mal ein gutes Argument. Und nicht zu vergessen die Tipps und Tricks für den Alltag: Bei uns treffen ja auch alte Hasen auf Neulinge. Es wird sich also auch über Dinge ausgetauscht wie ‚Wie tickt ein bestimmter Vorgesetzter?' oder über Kleinstformen der direkten Aktion: Wie manipuliere ich die Quote? Wie trickse ich die automatische Zeiterfassung aus? Und für einige dieser Aktionen, die man sich alleine nicht traut, hilft es, durch die Treffen zu wissen: Andere machen das auch. Sowas muss auch über die Gruppe hinaus getragen werden, denn viele trauen sich vielleicht nicht zur Telefonzelle, würden aber an einem kollektiven Dienst nach Vorschrift teilnehmen.

Fünf Leute in einem CallCenter entfalten noch keine Arbeitermacht. Sie sind ersetzbar, die Leute auf den ARGEn stehen zwangsweise Schlange. Aber von den CallCentern geschulte Leute mit Erfahrung werden nicht so einfach ausgetauscht. Mit 20 Leuten stellst du in jedem CallCenter schon eine ziemlich konkrete Macht dar. Da sind wir noch nicht, aber uns sprechen monatlich neue Leute an. Eigentlich sind CallCenter-AgentInnen als KommunikationsarbeiterInnen durchaus TrägerInnen einer ganz passablen Arbeitermacht. Aber eben erst kollektiv.

DA: Mit wem arbeitet ihr zusammen, um gegen die Ausbeutungsbedingungen zu kämpfen?

Zum Einen gibt es da soziale Organisationen, die als Bündnispartner in Frage kommen und zum Anderen die Statusgruppen, um die es geht. Natürlich arbeiten wir mit Leuten von chefduzen.de und vom CallCenter-Forum 1Og-links aus Köln, die sich gegen Tectum stark gemacht haben, zusammen. Für unser Gründungstreffen hatten wir GenossInnen von kolinko eingeladen, da diese ja vor einigen Jahren eine Untersuchung zu CallCentern gemacht haben. Wir treten auch sowohl an die FAU wie auch an ver.di heran, wobei letztere sehr zurückhaltend sind, während die FAU zu allen Schandtaten bereit ist.

Zu den Statusgruppen: Das sind einmal die KundInnen am Telefon, die kann man m.E. nur per Öffentlichkeit erreichen. Die andere Statusgruppe sind die Auftraggeber. Ich denke, wir können in CallCentern viel erreichen, wenn wir die auftraggebenden Konzerne unter Druck setzen. In dem Sinne würde ich auch gerne mit den ArbeiterInnen dieser Konzerne in Kontakt treten. Da sind wir als outgesourcte CallCenter-AgentInnen wieder vergleichbar mit den LeiharbeiterInnen. Wir sind KollegInnen, die zu schlechteren Bedingungen arbeiten. Da müssen wir, genau wie die LeiharbeiterInnen, auch die Solidarität der ArbeiterInnen aus den Mutterkonzernen einfordern.

Das Interview führte Findus

Kontakt zur Telefonzelle bekommt ihr über die FAU Münsterland. Infos der ‚Telefonzelle' sind auch unter *www.netzwerkit.de/author/ccms* zusammengestellt.

Weitere Links zum Thema:

http://userpage.fu-berlin.de/~hagen66/
(veraltete Homepage der CallCenter Offensive Berlin, leider nicht mehr aktiv, aber mit vielen nach wie vor wichtigen Infos)

http://www.nadir.org/nadir/initiativ/kolinko/lebuk/d_lebuk.htm
(die CallCenter-Untersuchung der Gruppe kolinko online)

http://www.eavi.info/hmportal.php
(Portal der ver.di Betriebsgruppe im Premiere-CC Schwerin)

http://1oglinks.de/
(die News- und Info-Seite für CallCenter-AgentInnen in NRW)

http://www.chefduzen.de
(Infos für Ausgebeutete)

Keine Arbeit ohne Lohn!



Hausarbeiterin ohne Papiere klagte

Im letzten Jahr zog eine migrantische Hausarbeiterin ohne Papiere vor Gericht und forderte ihren Lohn ein. Der Fall sorgte für Aufmerksamkeit und wurde Gegenstand eines Filmes. „Mit einem Lächeln auf den Lippen" von Anne Frisius – der pikanterweise seine Filmpremiere im prekären Kino Babylon Mitte Berlin hatte – zeigt eindrucksvoll die Bredouille moderner SklavInnen auf.

Im Mittelpunkt des Filmes steht die 28-jährige Peruanerin Ana, die zunächst in ihrer Heimat bei einer deutschen Familie als Kindermädchen arbeitet. Dann soll sie mit dieser nach Deutschland kommen. Ihr werden knapp 350 Euro pro Monat versprochen. In Hamburg heißt es dann: drei Kinder hüten, Wäsche waschen, Haushalt erledigen, mindestens zehn Stunden am Tag, sieben Tage die Woche, für die nächsten drei Jahre. Von den Gehalt bekommt sie nur einen Teil als „Taschengeld", den Rest „spart" der **Herr** für sie auf; dazu gibt es noch Kost und Logis.

Die ersten drei Monate hat Ana ein Visum als Au-pair-Mädchen, das um neun Monate verlängert wird. Schließlich fragt die **Herrin** Ana, ob sie weiter bei ihnen arbeiten wolle, auch wenn sie illegal sei. Ana will in Peru ein Haus für ihre zwei Kinder und sich fertig bauen, weswegen sie das Geld braucht und bleibt, obwohl sie ihre Kinder und Freunde vermisst. Ana tut alles für die Kinder – ihren einzigen sozialen Kontakt –, doch irgendwann spürt sie sich vor Arbeit selbst nicht mehr. Zufällig lernt sie eine Frau im Park kennen. Sie freunden sich an und Ana erzählt von ihrer Sklavenarbeit. Die Freundin ist entsetzt und verständigt eine Beraterin für Menschen ohne Papiere.

Nach kurzer Zeit wird auch ver.di eingeschaltet. Es kommt zum Arbeitsgerichtsprozess, auch wenn Ana keine Papiere hat und jeder Zeit abgeschoben werden kann. Die Angeklagten und Ana verhandeln, eine außergerichtliche Einigung soll den Konflikt klären. Der Anwalt von ver.di rät ihr, es nicht zu einem Urteil (Präzedenzfall) kommen zu lassen, da es für sie langsam gefährlich würde (Abschiebung).

Ursprünglich wurden 47.000 Euro gefordert und anfangs waren die Beklagten bereit, 12.000 Euro zu zahlen. Die Parteien werden sich irgendwo dazwischen geeinigt haben, ein genaues Ergebnis durfte nicht öffentlich genannt werden. Ana muss jetzt wieder nach Peru. In Deutschland darf sie, obwohl sie hier noch etwas Geld verdienen möchte, nicht mehr bleiben.

Die Tatsache, dass ver.di etwas für papierlose Menschen mit Arbeitsproblemen unternimmt, kann als großer Fortschritt gewertet werden, wenn man bedenkt, dass es bis vor Kurzem noch ein „Schwarzarbeitertelefon" bei ver.di Hamburg gab, wo Mitmenschen ohne genehmigte Tätigkeit denunziert werden konnten. Menschen ohne Papiere verdienen in einer Gewerkschaft immer besonderes Interesse. Denn diese sind in großer Gefahr, um ihren Lohn betrogen zu werden, weil ihr Chef die Macht der Ausländerbehörde hinter sich hat.

Willi Kufalt

Mehr Infos zum Film unter:
http://www.kiezfilme.de

Serie zu Erwerbslosenprojekten

Durch die Vereinzelung außerhalb des Arbeitslebens ist es für Erwerbslose oft schwer, sich zu organisieren. Dies könnte sich noch verstärken, wenn der drohende Anstieg der Arbeitslosenzahlen tatsächlich Realität werden sollte. Dann wird es umso wichtiger sein, Möglichkeiten der gegenseitigen Hilfe zu finden. Die DA nimmt dies als Anlass, auf die Suche nach Beispielen der Selbstorganisierung von Erwerbslosen zu gehen — Projekte, Ideen und Konzepte, die wir in den nächsten Monaten hier in Form einer kleinen Serie vorstellen möchten.

Erwerbslosenprojekte in Deutschland

Teil I: Das Sozialwerk in Leipzig

Als Anfang 2005 die Proteste gegen die Hartz-Gesetze verebbten, wurde auch den Letzten klar, dass dieser Gesellschaftszustand nicht so einfach wegzudemonstrieren ist. Nach den Montagsdemonstrationen mussten andere Möglichkeiten gefunden werden, um die Lage der ALG-II-EmpfängerInnen konkret zu verbessern.

Aus dieser Situation heraus entstand im Leipziger *Aktionskreis für Demokratie und Soziale Politik (DSP)* die Idee, eine Tafel zu organisieren, mit der nicht nur Abhilfe geschaffen werden sollte, was die entwürdigenden Zustände betrifft, wie sie bei existierenden Angeboten vorherrschen. Die BesucherInnen sollten auch angeregt werden, selbst aktiv zu werden. Jener Aktionskreis gründete daraufhin den Verein „Sozialwerk-DSP Kleider und Tafel e.V." als Trägerverein des Projektes. Die ersten Besucher waren u.a. TeilnehmerInnen der Montagsdemonstrationen.

Für das Projekt wurde ein „Wächterhaus", d.h. ein leerstehendes Haus, das im Rahmen eines kommunalen Programms zu günstigen Konditionen an sanierungswillige NutzerInnen übergeben wird, angemietet und notdürftig saniert — alles in ehrenamtlicher Arbeit. Ehrenamtlich ging und geht auch das Heranholen und Verteilen von Lebensmittelspenden vonstatten. Desweiteren gehen regelmäßig Kleider- und Haushaltswaren-Spenden ein, die sortiert und verteilt werden. Durch Haushaltsauflösungen können, neben normalen Möbeln, auch Fernseh apparate, Videorecorder oder Kühlschränke verteilt werden. Diese „höherwertigen Haushaltsgegenstände" werden in erster Linie an die Helfenden abgegeben, die — zu 30 bis 50 Prozent — auch im Projekt mitarbeiten.

Die zentrale Aktivität ist die Lebensmittelausgabe, welche samstags und in geringerem Maße dienstags und freitags stattfindet. Jeden Freitag können Haushaltswaren und Kleidung mitgenommen und eine Rechtsberatung in Anspruch genommen werden. In der Wartezeit sitzen die BesucherInnen bei Kaffee und Kuchen. Bei der folgenden Ausgabe teilen sie einfach mit, was sie benötigen.

Wegen des guten Images des Sozialwerkes wechselten sowohl BesucherInnen als auch SpenderInnen von der Tafel e.V. über. Hetzartikel in der *Leipziger Volkszeitung* und eine „anonyme" Anzeige beim Gesundheitsamt änderten daran nichts und führten zu noch mehr InteressentInnen, während dagegen die alte, etablierte Tafel tatsächlich aus hygienischen Gründen geschlossen werden musste.

Finanziert wird das Sozialwerk hauptsächlich über eine Teilnehmergebühr (5 Euro bei ALG II), die nur in den Monaten gezahlt wird, in denen man das Angebot nutzt. Neben materieller und rechtlicher Hilfe finden zudem ein monatlicher Spieleabend und politische Veranstaltungen statt, z.B. mit dem Sozialforum, dem Neuen Forum oder der FAU. Eine Bibliothek ist momentan im Entstehen.

Koordiniert wird die Arbeit bei einem monatlichen Mitarbeiter- und Teilnehmerabendbrot. Da der Vorstand des Sozialwerkes bei allen angestrebten Aktivitäten formal das letzte Wort hat, kann zwar von Hierarchiefreiheit nicht die Rede sein, doch bisher fand nichts statt, was die Beteiligten nicht wollten. Zur Umsetzung einer Idee müssen immer Leute gefunden werden, die auch mitmachen. Hier beginnt die Möglichkeit und Notwendigkeit zur Selbstorganisation. Die ehrenamtliche Arbeit geschieht nicht für andere, sondern für sich selbst und gleichsam Betroffene. Das Sozialwerk ist eine Möglichkeit, sich jenseits von amtlicher und parteipolitischer Bevormundung eigenverantwortlich mit Kopf, Hand, Interessen und Fähigkeiten einzubringen, Kontakte zu knüpfen und unabhängig aktiv zu werden.

Thomas Bloch

Sozialwerk DSP
Eisenbahnstr. 109
04315 Leipzig

Öffnungszeiten:
Di. & Fr. 13-15 Uhr; Sa ab 18 Uhr

§§§-Dschungel

Rechtliches zum Boykott als Arbeitskampfmittel

Boykott — Begriffsursprung

Während der irischen Agrarkrise im vorletzten Jahrhundert war Hauptmann Charles Cunningham Boycott Verwalter der Ländereien von Lord Earne in der Grafschaft Mayo. Als 1879 die Pächter von ihren Grundherren mit unzumutbaren Abgaben belegt wurden, rief der Führer der irischen Radikalen die „Landliga" dazu auf, die habgierigen Herren wie Aussätzige zu isolieren. Das erste Opfer wurde Hauptmann Boycott: Die Tagelöhner verweigerten ihm die Arbeit, die Briefträger brachten ihm keine Post mehr usw.

Betriebsboykott und Warenboykott

Hierbei geht es darum, ArbeitnehmerInnen davon abzuhalten, in einem bestimmten Betrieb zu arbeiten. Diese Aufforderung kann beispielsweise an StreikbrecherInnen gehen. Oder es können z.B. auch alle BauarbeiterInnen aufgerufen werden, auf einer bestimmten Baustelle nicht zu arbeiten, da die Sicherheitsvorschriften nicht eingehalten werden.
Das hat diese Form des Boykotts als zulässig erklärt, da es sich hierbei um ein historisches Kampfmittel handelt, mit dem der Unternehmer gezwungen werden soll, einen Tarifve rtrag abzuschließen oder sein Verhalten zu ändern.
Daneben gibt es noch den Warenboykott zu dem z.B. ein Verbraucherverband aufruft, auch als „Konsumentenstreik" bezeichnet.

Boykott als Arbeitskampfmittel

Im Arbeitskampfrecht wird mit „Boykott" der Versuch bezeichnet, die gegnerische Partei (Arbeitgeberseite) vom wirtschaftlichen Verkehr abzuschneiden. Ziele können u.a. sein: der Abschluss von Arbeitsverträgen, Tarifverträgen oder deren Einhaltung. Der Boykott als Arbeitskampfmaßnahme soll hier genauer besprochen werden.

Das **Bundesarbeitsgericht** hat dazu folgendes ausgeführt:

BAG Az: 1 AZR 611/75
Ein schuldrechtlicher Vorvertrag zum Abschluss eines genau bestimmten Tarifvertrages ist zulässig und bedarf nicht der Schriftform des § 1 Abs. 2 TVG i. V. m. § 126 BGB. Die Anfechtung eines derartigen Vorvertrages unterliegt den Regeln des BGB und hat also Rückwirkung. Boykottmaßnahmen und damit auch der Boykottaufruf stellen gegenüber dem Boykottierten nicht ohne weiteres eine widerrechtliche Handlung in Form einer Drohung dar, da Boykottmaßnahmen zu den rechtlich zulässigen Arbeitskampfmitteln gehören.
(TVG § 1 Abs. 2, BGB § 123 Abs. 1, BGB § 126, BGB § 142 Abs. 1, GG Art. 9 Abs. 3)

BAG Urteil zu Art. 9 Abs. 3 GG
Die gewerkschaftlich organisierte Boykottmaßnahme von HafenarbeitnehmerInnen gegen einen ausländischen Billigflaggen-Reeder ist ein grundsätzlich zulässiges Arbeitskampfmittel.
(Arbeitsgericht Bremen, 7. 10. 1999 — 9 Ga 79/99 [rechtskräftig])

Aber auch das **Bund esverfassungsgericht** hat sich mit dem Boykott im Allgemeinen beschäftigt:

Das Lüth Urteil: BVerfG, Urteil vom 15.1.1958 — 1 BvR 400/51
Erich Lüth war Hamburger Senatsdirektor und rief über einen offenen Brief in der Presse deutlich und direkt dazu auf, dass deutsche Filmhäuser den damals aktuellen Film von Veit Harlan boykottieren sollten. Dieser ist bis heute als Regisseur des „Films" mit dem Titel „Jud Süß" bekannt — für Lüth war es unvorstellbar, ausgerechnet Harlan als „Vertreter des deutschen Films" zu sehen, was er in seinem Brief auch darlegte. Es kam (natürlich) zum Streit mit der Produktionsfirma.
Ergebnis: Die „allgemeinen Gesetze" (welche die Meinungsfreiheit beschränken können — etwa solche des Zivilrechts) müssen im Lichte der besonderen Bedeutung des Grundrechts ... ausgelegt werden. [Ein Boykottaufruf] kann bei Abwägung aller Umstände des Falles ... gerechtfertigt sein.
Die Entscheidung kann nur aus einer Gesamtanschauung des Einzelfalles unter Beachtung aller wesentlichen Umstände getroffen werden. Für eine Demokratie ist das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung (Artikel 5 GG) „schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist."

Zusammenfassend

Der Boykottaufruf ist auch im Zusammenhang mit einem Arbeitskampf rechtlich zulässig. Allerdings gilt es, jeden Einzelfall detailliert vorzubereiten. Außerdem wollen die Gerichte wie beim Streik, so auch beim Boykott ein „Ultima Ratio"-Prinzip erkennen: Die proletarischen Kampfmittel sollen erst dann zum Einsatz kommen, wenn Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen oder wenn die Gegenseite nach mehrmaligen schriftlichen Aufforderungen nicht bereit ist, Verhandlungen aufzunehmen.

Thersites

Fortsetzung von Seite 1 „Godots Sieg ..."

speziell für Kampfhandlungen ausgebildet und konzipiert sind, und die eher offensiv denn defensiv eingesetzt werden.

Auch wenn genaue Informationen über die tatsächlichen Aktivitäten der Bundeswehr dank der restriktiven deutschen Informationspolitik, die eine unabhängige Berichterstattung nicht zulässt, rar sind, ergibt sich doch das klare Bild, dass deutsche Verbände längst in die neue aggressive Afghanistanpolitik eingebettet sind. Deutsche Soldaten kämpfen, sterben und töten am Hindukusch.

Das sonderbare Zieren des Verteidigungsministers Jung, in Bezug auf den Auslandseinsatz in Afghanistan von „Krieg" zu sprechen, muss dazu nicht unbedingt im Widerspruch stehen. Sicher kommt hier auch der für Politiker im Allgemeinen und für militärische Operationen im Besonderen übliche Euphemismus zum Tragen, der das Blutige am Kriegshandwerk verschleiern soll. Doch geht es dabei auch um juristische und völkerrechtliche Aspekte einerseits und wirtschaftliche andererseits.

Kein Opiumbürgerkrieg

Das Völkerrecht versteht unter einem Krieg eigentlich einen bewaffneten Konflikt zwischen Staaten, um den herum mannigfaltige Regularien existieren, was im Krieg erlaubt ist und wer wann über welche Rechte verfügt. Doch der Krieg gegen Afghanistan ist längst beendet. Richtigerweise müsste man wohl von einem Krieg in Afghanistan sprechen; anders formuliert: von einem Bürgerkrieg. Dies käme aber einer politischen Bankrotterklärung gleich und verbietet sich von selbst. Im juristischen Zustand des Friedens jedoch muss jede Kampfhandlung deutscher Soldaten im Ausland Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nach sich ziehen, eine Konsequenz, die nicht nur den Verteidigungsminister ins Schwitzen bringt.

Dass der Einsatz der Bundeswehr auch mit wirtschaftlichen Motiven zusammenfällt, mag auf den ersten Blick nicht unbedingt einleuchten. Afghanistan hat nie zu den herausragenden Handelspartnern deutscher Unternehmer gezählt, und solange der Opiumhandel nicht legalisiert wird – wovon nicht auszugehen ist – dürfte sich hier auch keine Perspektive abzeichnen. Übersehen wird jedoch häufig, dass das Militär selbst – direkt und indirekt – ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist.

Das blutige Geschäft

Zuerst muss hierbei natürlich an die Rüstungsindustrie gedacht werden. Die Bundeswehr bzw. der deutsche Staat sind zahlungskräftige und darum viel umworbene Auftraggeber. Desweiteren hängen an der Rüstungswirtschaft nicht wenige Arbeitsplätze, die die deutsche Politik um des „sozialen Friedens" willen im Auge behält. In diesem Zusammenhang kommt Auslandseinsätzen besondere Bedeutung zu, da sie die seltene Gelegenheit bieten, Waffentechnologien in der Praxis auf ihre Tauglichkeit zu testen. Das wiederum ist für die Rüstungsbranche in Hinblick auf Exporte von zentralem Stellenwert.

Der Rüstungsexport zählte in den letzten 15 Jahren zu den internationalen Boombranchen. Laut Bericht des Wirtschaftsministeriums hat sich der Export von Waffen zwischen 1997 und 2005 knapp verdoppelt. Gefragt sind dabei vor allem leichtere Waffensysteme, wie sie im Rahmen von Auslandseinsätzen der Bundeswehr eher eingesetzt werden als bei denen der USA, die mehr auf schwereres Gerät zurückgreifen.

Darüber hinaus wirkt sich die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer kämpfenden Eingreiftruppe auch für solche Industrien einträglich aus, die nicht direkt zum militärischen Bereich gehören. So beziffert sich der 2006 an Siemens und IBM erteilte Auftrag zur Modernisierung der Kommunikationsstruktur der Bundeswehr auf 7,2 Mrd. Euro.

Warten auf Soldat Godot

Aber worin besteht nun der von McChrystal angemahnte Strategiewechsel? Und welche Ziele verfolgt dabei die deutsche Politik? Abgesehen von dem bereits angesprochenen pakistanischen Problem scheint sich für Afghanistan selbst keine neue Strategie zu ergeben, mit der die Lage auf irgendeine Weise stabilisiert und befriedet werden könnte. Dass die deutsche Politik die Bundeswehr zu einem Werkzeug eigenständiger aggressiver Außenpolitik umfunktionieren wolle, muss dagegen eher im Fabelreich verortet werden. Derartige Absichten sind kaum bei den führenden Eliten erkennbar. Vielmehr schließt sich die deutsche Militärpolitik der der Bündnispartner an. Und dabei wirkt sie letztendlich konzept- und kopflos. Selbst der Münchner Bundeswehr-Professor Michael Wolffsohn kommt zu dem Schluss, dass die Bundeswehr in Afghanistan weder eine zivile noch militärische Strategie verfolge, sondern überhaupt keine: „Tatsache ist, sie hat keine".


Grafik: Findus

Und Stanley McChrystal? Worin sollte der Erfolg bestehen, den er in Afghanistan für möglich hält? Ginge es hier nicht um Opfer, ums Töten und Sterben, gerne würde ich an die Antwort erinnern, die der österreichische Verbündete der OHL auf die von ihr ausgegebene Durchhalteparole erteilte: „Die Lage ist zwar hoffnungslos, aber nicht ernst". Leider trifft dies hier nicht ganz zu.

Matthias Seiffert

Versammlungsgesetz weiter außer Kraft

Das Bundesverfassungsgericht verlängerte im August die Suspendierung bedeutender Teile des bayrischen Versammlungsgesetzes von 2008. Gegen grundlegende Bürgerrechte verstößen u.a. die umfassende Mitwirkungspflicht des Versammlungsleiters, die Bußgeldkompetenzen sowie die Dokumentationsbefugnisse der Polizei. 13 Organisation, darunter Gewerkschaften, hatten Klage eingereicht, nachdem Proteste keine Wirkung gezeigt hatten (DA berichtete). Der Urteilsspruch soll im September fallen. Derweil lässt der von CSU und FDP angekündigte Neu-Entwurf weiter auf sich warten.

Videoüberwachung rechtswidrig

Das Verwaltungsgericht Münster hat die polizeiliche Videobeobachtung einer Demonstration im Juni 2008 gegen Urantransporte für rechtswidrig erklärt (AZ: 1 K 1403/08). Die ‚präventive' Videoüberwachung während einer Demonstration beeinträchtige das allgemeine Persönlichkeitsrecht und entbehre jeder rechtlichen Grundlage. Schon die ‚bloße Aufnahme' des Geschehens – was die Polizei gern als „Routine" darstellt – sei ein rechtswidriger Grundrechtseingriff. Laut VG Münster müssen dazu Anhaltspunkte für ‚erhebliche Gefahren' gegeben sein, wozu z.B. Ordnungswidrigkeiten nicht zählen.

Nach Utopia

Nachruf auf einen Genossen

Unser lieber Freund und Genosse Christian Enders starb am 3. Juli 2009 an Herzversagen. Seine aufrichtige Menschlichkeit und seine Liebe zur Freiheit werden uns immer in schöner Erinnerung bleiben.
Christian wurde 1971 in Lübeck geboren. Sein unbändiger Freiheitsdrang war elementarer Bestandteil seiner Persönlichkeit. Schon in seiner Jugend war er Mitglied der Freien ArbeiterInnen-Union in Hamburg. Dort lernte er die Schriften von Erich Mühsam, Rudolf Rocker und Johannes Most kennen.
Nachdem Christian viele Jahre nicht mehr aktiv war, kehrte er ab 2003 mehr und mehr zu seinen Wurzeln zurück. Mit einem guten Freund sprach er oft über Anarchismus sowie über seine Zeit in der FAU Hamburg. Langsam wuchs die Idee, gemeinsam eine Ortsgruppe der FAU in Bad Segeberg aufzubauen. Diese Idee wurde dann im September 2007 in die Tat umgesetzt.
Der erste Schritt war geschafft. Nun gab es viel zu tun. Christian war sehr engagiert. In zahlreichen Gesprächen entfachte er in den Herzen seiner Mitmenschen die Flamme der Freiheit und die Liebe zur Anarchie.
Besonders viel Freude machte ihm die Arbeit im Café Freiheit, welches jeden Mittwoch im selbstverwalteten Jugendkulturzentrum HaK (Hotel am Kalkberg) stattfindet. Dafür räumte er das Café jede Woche gründlich auf, putzte und schmückte es und sorgte mit Teelichtern und Räucherstäbchen für eine angenehme Atmosphäre. Viele Gäste fühlten sich deshalb dort sehr wohl und kamen vorbei, um in gemütlicher Runde ihren Feierabend zu genießen.
Christian, wir werden Dich niemals vergessen und wir sind sehr traurig, dass Du schon so früh von uns gegangen bist. Noch oft und gerne werden wir an Dich denken.

Mach´s gut, Christian. Möge die Erde Dir leicht sein!

Deine FAU Bad Segeberg

Utopia

Komm mit mir nach
Utopia!
Dort lass uns eine
Stadt erbauen, ja!
Wir krönen uns zu
Königen,
dann brauchen wir
nirgendwo mehr
hinzugehen!

Wir schaffen uns die
beste Welt,
wo nicht regiert noch
Macht noch Geld;
wo nur die Liebe das
Sagen hat
und die edle
Freundschaft.

Christian Enders

„Eine Revolution machen nie die Alten.“

Zur Geschichte der syndikalistisch-anarchistischen Jugendbewegung in Deutschland seit 1918

Das Zitat in unserer Überschrift stammt von Abel Paz, dem Biographen des spanischen Anarchisten und Revolutionärs Buenaventura Durruti.



September 1939: Im Ernteeinsatz

1991: Gemeinsames Transparent der ASJ Stuttgart und der Anarcho-Skins Stuttgart

Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden überall in Deutschland Gruppen, die sich „Freie Jugend“ nannten. Einer ihrer Hauptangriffspunkte war der Militarismus, ihr Symbol war das zerbrochene Gewehr. Das Freizeitverhalten dieser jungen Menschen wurde vor allem bestimmt durch Wanderungen, gemeinsames Singen und Musizieren, durch Lesungen und gemeinsamen Diskussionen. Die Natur spielte eine besonders große Rolle, dazu kamen Feste zur Sonnenwende oder Jugendweihe, denn diese Jugendgruppen glaubten nicht an Gott. Sie waren antiautoritär eingestellt, und lehnten daher alles an bevormundenden Zentralinstanzen ab, wozu nicht nur Kirche und Militär zählten, sondern auch die Staatsmacht im Allgemeinen und besonders auch das kapitalistische Wirtschaftssystem. Sie suchten nach Wegen, eine neue und freie Gesellschaftsform aufzubauen, frei von Ausbeutung und Unterdrückung. Dazu setzten sie auf die Herausbildung selbstbewusster und integrer Persönlichkeiten ganz im Sinne des libertären Pädagogen Francisco Ferrer.

Entstehung und Ausrichtung

Die FJ, welche in den Städten normalerweise Gruppenstärken von mehreren Dutzend Arbeiterjugendlichen erreichten, entstanden frei und unabhängig und hatten dem gemäß unterschiedliche Schwerpunktsetzungen.

In der „Freien Jugend“ Heilbronn etwa vereingten sich neben syndikalistischen Jugendlichen auch etwa 30 Mitglieder aus der Wandervogelbewegung, freireligiöse (Monisten) und Guttempler, die dem Anarchismus nahe standen.

Gegen die offiziellen nationalistischen Stellungnahmen zur Besetzung des Ruhrgebietes im Jahre 1923 protestierten sie singend auf dem Marktplatz: „Nie, nie, wollen wir wieder Waffen tragen ... laß doch die großen Herren sich alleine schlagen“. Daraufhin wurden sie von Kirchenbesuchern mit Prügel und Fußtritten attackiert. In der folgenden „Schutzhaft“ starb der 21-jährige Eugen Brecht unter fürchterlichen Schmerzen. Die Behandlung einer akuten Blinddarmentzündung war ihm verweigert worden.

In den SAJD-Gruppen waren Mädchen und Jungen gleichberechtigt, und junge Frauen hatten einen hohen Anteil, manche Aktivisten verliebten sich ineinander. Seit 1922 organisierten sich viele dieser Gruppen in der „Syndikalistisch-Anarchistischen Jugend Deutschlands“ (SAJD). Diese hatte klaren syndikalistischen Bezug und stand sowohl auf dem Boden der kommunistisch-anarchistischen Weltanschauung nach Kropotkin als auch auf dem der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands“ (FAUD) und ihrer Prinzipienerklärung des Syndikalismus. Die Prinzipien der rein anarchistisch orientierten „Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands“ (FKAD) wurden gleichermaßen anerkannt: „Ihr [der SAJD] können alle jungen Menschen angehören, die revolutionären Klassenkampf auf der Basis des Syndikalismus im Sinne des kommunistischen Anarchismus zu führen bereit sind.“

Organisation und Verbreitung

Die SAJD, die auch über eigene Statuten und Leitsätze verfügte, richtete regionale Sekretariate ein, die sog. „Bezirksinformationsstellen“, sowie eine eigene Reichsinformationsstelle ein und hielt Kongresse ab. Sie organisierte bis zu 3.000 Mitglieder in 120 Ortsgruppen (1924) und brachte mit „Die junge Menschheit“ und „Junge Anarchisten“ (bis zu 5.000 Exemplare) zwei Presseorgane heraus. SAJD-Gruppen existierten zumeist an Rhein und Ruhr, jedoch insgesamt beinahe flächendeckend bis in die hintersten und reaktionärsten Winkel. In Ostpreußen hieß die Jugend „Sturmvolk – Bund revolutionärer Jugend Deutschlands“/“Sturmscharen“, in Berlin „Freie Arbeiter-Jugend“ – die Gruppennamen unterschieden sich von Ort zu Ort.

In manchen SAJD-Gruppen politisierte sich mittlere bis hohe Prominenz, darunter beispielsweise ein Landtagsabgeordneter (Erich Gerlach, SPD), ein Reichstagsabgeordneter (Paul Albrecht, KPD) und mit Herbert Wehner einer der prominentesten deutschen Nachkriegspolitiker (SPD). Wehner vertrat allerdings in der Dresdener SAJD einen antisyndikalistischen Standpunkt. Wahrscheinlich unter seinem tatkräftigen Mitwirken trat die Dresdener SAJD aus der Reichsföderation im Jahre 1926 aus und gründete sich als „Anarchistische Tatgemeinschaft“ neu.

Innere Konflikte

Innerhalb der anarcho-syndikalistischen Bewegung existierten die unterschiedlichsten Auffassungen über die Anwendung von Gewalt. Die einen befürworteten lediglich den Generalstreik als Niederlegung von Arbeit, andere würden auch gewaltsam gegen Streikbrecher vorgehen und generell nur die Streiks verteidigen. Der Umsturz sollte auf betrieblicher Ebene erfolgen, da die Syndikalisten im allgemeinen bewaffneten Kampf die Gefahr der Neukonstituierung politischer Macht mit totalitären Tendenzen sahen.

Dennoch: Der Trend in dieser Frage inhaltlicher Ausrichtung ging Mitte der 1920er Jahre gerade bei der SAJD zum Undogmatischen hin. „Da das Prinzip des Anarchismus sich gegen jegliche Gewalt richtet, lassen wir uns keine Richtlinien vorschreiben, sondern handeln frei, täglich und stündlich, je nach den Erfordernissen“, so Erich Gerlach aus Heilbronn. Dazu zählte nach Paul Albrecht (Berlin) auch, „gegen die Staatsgewalt jedes Mittel, auch den bewaffneten Kampf anzuwenden.“ Damit wurden diejenigen SAJD-Gruppen verdrängt, welche unter geistiger Führung des Schriftsteller Ernst Friedrich („Krieg dem Kriege“) einen strikt „gewaltlosen“ Widerstand einforderten. In einem Nachruf auf diejenigen Gruppen fasste der Stuttgarter Wilhelm Bötzer zusammen: „Gewiß, vor zirka einem halben Jahr hatten derartige Leutchen noch einen Einfluß auf die Stuttgarter Jugend mit ihrem In-Nackt-Kultur-machen. Heute jedoch liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Wir haben jetzt auch die letzten von dieser Sorte, alle ‚Schöngeister‘ und ‚Nacktkulturmenschen‘ rücksichtslos ausgemerzt (...) Gerade in Stuttgart taucht alle Augenblicke so ein ‚Wahrheitsapostel‘, ‚Freiheitssuchender‘ und ‚Übermensch‘ auf, so daß wir uns jetzt veranlaßt gesehen haben, diesen Schmarotzern an der Arbeiterbewegung auf gut proletarische Art die Meinung zu sagen.“ Ein zweiter Trend ging in Richtung Syndikalisierung und damit Annäherung an gewerkschaftliche Fragen und Tätigkeiten. Das ging soweit, dass sich um 1927 viele SAJD-Gruppen in die FAUD assimilierten, führende Repräsentanten, wie beispielsweise Helmut Rüdiger, Fritz Linow oder Reinhold Busch Funktionen in der FAUD übernahmen, aber nur wenige Jugendgruppen nachwuchsen. 1930 waren noch knapp 500 Jugendliche organisiert.

Schwarze Scharen

Aus manchen Gruppen gingen Ende der 20er Jahre die „Schwarzen Scharen“ hervor, so z.B. in Schlesien, im Ruhrgebiet oder Kassel (siehe dazu Seite 16). Während ältere Syndikalisten zu Beginn der 1930er Jahre noch mit organisatorischen Dingen in der Legalität beschäftigt waren, nahmen die jungen die direkte Konfrontation mit den Faschisten frühzeitig auf: Sie sammelten und versteckten Schusswaffen und wurden von anderen anarcho-syndikalistischen Gruppen zum Schutz von Veranstaltungen engagiert. Sie lieferten sich in der Illegalität ab 1933, mancherorts in Eintracht mit den „Edelweißpiraten“, militante Kämpfe mit der HJ. Einen offeneren Kampf gegen den Faschismus suchten nicht wenige während der Spanischen Revolution ab 1936 und überschritten illegal die Grenzen. Denn die Nazi-Diktatur machte jede offene und effektive Neuorganisation in Deutschland zunichte.

Jugend nach 1945

Als nach 1945 die ersten anarcho-syndikalistischen Gruppen versuchten, sich als „Föderation Freiheitlicher Sozialisten“ (FFS) zu reorganisieren, waren die allermeisten noch lebenden Aktiven bereits jenseits der Vierzig. Sie vermochten es in den Folgejahren nicht mehr, eine Jugend neben sich aufzubauen. Im Zuge der 68er-Kulturrevolution entstand im Jahre 1977 die „Initiative Freie Arbeiter Union“ (I-FAU), welche jedoch ähnlich wie die FFS im Vergleich zur Vorkriegsbewegung keine nennenswerten Mitgliederzahlen, geschweige denn Einfluss erlangen konnte. Die FAU, wie sie sich nach einigen Jahren nannte, hatte in großen Teilen selbst den Charakter einer Jugendbewegung, weshalb eine Jugendorganisation zunächst überflüssig erscheinen musste.

Neue Organisationsversuche

Einen besseren Anlauf nahm seit 1990 die mehrere Dutzend Mitglieder zählende „Anarchosyndikalistische Jugend“ (ASJ) im Großraum Stuttgart. Sie konnte einige deutliche Akzente in der Öffentlichkeit setzen, beteiligte sich an den Protesten gegen den Golfkrieg, an einer Hausbesetzung, führte einen erfolgreichen selbstorganisierten Streik durch und wurde ein entscheidender Motor für die militante Entnazifizierung Stuttgarter Kernbereiche. Dies war mit vielen persönlichen gesundheitlichen wie strafgesetzlichen Risiken verbunden, und um so anspruchsvoller, als in den Jahren, welche die ASJ existierte (1990-1993), Neonazis und ihre brandschatzenden Schlägerbanden sich deutlich in der Offensive befanden.

Wegen ihrer verstärkt syndikalistischen Ausrichtung seit der Jahrtausendwende erfolgte eine Zunahme an Mitgliedern in der FAU. So treten die unterschiedlichen Bedürfnisse zwischen Alt und Jung seit wenigen Jahren wieder deutlicher hervor. Denn in vielen Regionen hat die FAU hat ihre Funktion als „Durchlauferhitzer“ abgelegt – ein Großteil der älteren Aktiven bleibt dabei. Die Jugend kann in ihrem Umfeld dort ansetzen, wo es für Erwachsene schwierig wird, Gespräche zu führen, nämlich beim ganz Grundsätzlichen, beim Philosophischen. Die Älteren haben es dagegen eher mit Menschen zu tun, die sich in dieser kapitalistischen Welt längst eingerichtet haben, und an die fast nur noch über rein syndikalistische Positionen heranzukommen ist: Die Jugend muss bei Gleichaltrigen viel weniger Mauern durchbrechen, da junge Menschen in der Regel offener und aufnahmebereiter sind.

H. (FAU-Bremen)

Die schwarze Fahne Der Jugend der Internationalen Arbeiter-Assoziation!

Herzen, erglühend für Freiheit,
Stirnen, trotzend dem Tod,
haben als Sinnbild erkoren
dich, schwarze Fahne der Not.
Duster Panier, wo du wehest
birgt sich der Hunger voll Graus,
rufst du doch laut in die Lande
unsere Botschaft hinaus:
„Arbeiter, nimm die Maschine!
Bauer, nimm dir das Feld!
Kämpf' um die Heimat der Zukunft,
stürmende Jugend der Welt!“

Lang hielt uns Knechtschaft gefangen,
druckt' uns die Stirn in den Staub –
Hoffnungen, Freuden, Beglückung
fielen Maschinen zum Raub.
All unser' blühende Jugend
fraß die Fabrik, das Kontor,
bis aus verzweifelten Kehlen
gellte der Kampfruf hervor:
„Arbeiter, nimm die Maschine!
Bauer, nimm dir das Feld!
Kämpf' um die Heimat der Zukunft,
stürmende Jugend der Welt!“

Uns're verdurstenden Seelen
wurden da stiller und klar,
unsere leuchtenden Blicke
suchten der Mitkämpfer Schar,
suchten die nachtschwarze Fahne,
hörten ihr forderndes Weh'n:
„Auf, Anarchisten, zum Kampfe!
Auf, – eine Welt will erstehn!
Arbeiter, nehmt die Maschinen!
Bauern, nehmt euch das Feld!
Vorwärts, erzwing' dir die Zukunft,
stürmende Jugend der Welt!“

H.G. Grimm, „Sturmvolk“(1923)

Literatur:

Linse, Ulrich: Die anarchistische und anarcho-syndikalistische Jugendbewegung 1918-1933. Zur Geschichte und Ideologie der anarchistischen, syndikalistischen und unionistischen Kinder- und Jugendorganisationen, Frankfurt/M. 1976

Veith, Martin: Eine Revolution für die Anarchie. Zur Geschichte der Anarcho-Syndikalistischen Jugend (ASJ) im Großraum Stuttgart 1990–1993, Verlag Edition AV, Lich 2009

„Direkte Aktion“: „Von Null auf Hundert. Die Organisierung von Jugendlichen in der und um die FAU“, Nr. 193 (Mai/Juni 2009)

www.syndikalismusforschung.info

ASJ-Gruppen, aktuell: www.fau.org/jugend/art_090402-103936



Rotaru im Interview mit Yorex. Foto: Yorex

Im Gewerkschaftsraum bei Arcelor Mittal. Foto: Yorex

Kein Raum für Illusionen

Über die Rückzugsgefechte einer kleinen rumänischen Gewerkschaft

Die alte Straßenbahn müht sich auf verbogenen Schienen über die breite Ausfallstraße auf ihrem Weg vom Stadt- zum peripheren Industriezentrum. Ein Werbeplakat verkündet „8.12.2007 – Abschiedsfest an der Endhaltestelle Stammheim" und verrät die Herkunft der Tram; nun bahnt sie sich ihren Weg über die Hügel von Iasi, einer 300.000-Einwohner-Stadt im Südosten Rumäniens, an der östlichen Außengrenze der EU.

Nicht viele Fahrgäste nutzen so kurz vor der Endhaltestelle die Bahn. Wir steigen aus und folgen dem Trampelpfad neben der weitläufigen Betontrasse zwischen massigen Kombinatsblöcken. Auf Industriehallen wachsen Birken, die Fensterreihen dienen seit Jahren der lückenlos zelebrierten Entglasung. Dazwischen tauchen einige neuere Komplexe auf, mit bunten Firmenbezeichnungen verziert und von Sicherheitspersonal bewacht. An einer langgestreckten Kantine vorbei, deren sozialistisches Wandmosaik ihre Betriebszeiten überdauerte, gelangen wir zu unserem Ziel, den Werkhallen des Arcelor Mittal, „Global Stahl-Player Nr.1". Wir sind gekommen, um ein Gespräch mit Vertretern der hiesigen Metallarbeitergewerkschaft zu führen.

Investition und Intervention

Vor den Werkstoren bleiben wir vor einer steinernen Büste mit frischen Blumen stehen. Sie ist Virgil Sahleanu gewidmet, der im September 2000 während Gewerkschaftsprotesten ermordet wurde.

Nach einem kurzen Sicherheitscheck seitens der Werksleitung führt uns Constantin Rotaru, Vorsitzender der Virgil-Sahleanu-Gewerkschaft in einen kleinen Seminar- und Büroraum. Er nimmt auf einem hölzernen Stuhl Platz und berichtet: Vor der Wende hatten Gewerkschaften hauptsächlich soziale Funktionen, unter anderem die Versorgung der Familien mit Wohnungen und Urlaubsplätzen. Eine Ausnahme bildete der erfolgreiche Streik 10.000er Bergleute 1979 für Arbeitssicherheit und eine warme Mahlzeit mehr am Tag; nicht ihr Gehalt, sondern rationierte Lebensmittelvergabe und die leeren Läden waren damals ein Problem. Mit der ersten Privatisierungswelle 1992/93 kamen auf die Gewerkschaften neue Aufgaben zu. Die Regierung übernahm, soweit keine Investoren vorhanden, Mehrheitsanteile der alten Kombinate. Absatzschwierigkeiten und nicht gezahlte Löhne waren charakteristisch, Korruption und Spekulation, wie der Verkauf der Maschinen anstelle einer Betriebssanierung, die Folge dieser Phase.

Rotarus Betrieb sollte erst 1998 privatisiert werden. Mit einem tschechischen Investor musste nun über Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt werden. Einige GewerkschafterInnen unterschrieben ein Papier, das 700 anstatt der geforderten 1.200 Entlassungen vorsah, ohne sich jedoch mit dem Rest der ArbeiterInnen abzusprechen. Es kam zur Revolte, Sahleanu und Rotaru wurden unter anderen als neue Gewerkschaftsfunktionäre gewählt. Der mehrjährige Kampf gegen Entlassungen und für pünktliche Lohnzahlungen führte von gescheiterten Gesprächen mit PolitikerInnen und Investoren über Demonstrationen bis hin zu kleinen Riots in der Innenstadt von Iasi. Viele Menschen beteiligten sich, denn die Situation war in anderen Branchen ähnlich, wenige GewerkschafterInnen wagten den offenen Konflikt mit Investoren und korrupter Politik.

Presseberichte aus dieser Zeit waren wenig solidarisch. Rotaru fasst deren Tenor zusammen: „Die Arbeiter verstehen nicht, was Privatisierung bedeutet, denn hier gibt es eine Person, die 3,5 Millionen Dollar Sanierungskosten investiert und den Arbeitern reicht das nicht." Die Betriebssanierungskosten hatte jedoch in Wirklichkeit der Staat bezahlt, um den Betrieb verkaufbar zu machen, das gehörte zum Deal mit dem neuen Besitzer. Die Gewerkschaft verklagte daraufhin den Investor wegen Vertragsbruch und erzwang so Wiedereinstellungen als auch die Rückzahlung der Investitionskosten an den Staat.

Anschließend ging die Werksleitung in Revision, um nachträglich die Änderung der Kaufbedingungen zu modifizieren und engagierte zusätzlich einen Sicherheitsdienst, um die Revoltierenden einzuschüchtern. Diese wehrten sich erfolgreich gegen Streikbruch, drohten gar an, die mittlerweile besetzte Fabrik zu sprengen; an den Hauptpfeilern der Gebäude wurden Gasflaschen befestigt. Am 7.9.2000, im Vorfeld des zweiten Gerichtsurteils und einer weiteren Großdemonstration erschlugen drei Männer des Sicherheitsdienstes im Auftrag der neuen Werksleitung den Wortführer der Streikenden, Virgil Sahleanu.

Recht und Realität

Den Revisionsprozess gewann die Gewerkschaft wie erwartet. Es folgte ein Prozess, der die Mörder und Auftraggeber überführte. Während der rumänische Direktor einsitzt, gilt der ebenfalls für schuldig befundene tschechische Investor bislang als flüchtig, da ihn die tschechischen Behörden nicht auslieferten.

Zwei Jahre später, nach einem „unfriendly takeover" in der zweiten Privatisierungsphase Rumäniens 2002/03, gab es einen neuen Besitzer: Arcelor Mittal. „Die Zahl der Arbeiter ging zurück. Es waren etwa 1.500 und jetzt sind es 500." Rotaru verweist in diesem Zusammenhang auf Outsourcing, weniger Ausbildung, Zeitarbeit und „die Krise". Unter den verbliebenen 500 ist die gewerkschaftliche Organisierung mit 96% hoch. Landesweit sind es 50%.

150 Euro beträgt der Mindestlohn. „150 Euro für 172 Stunden Arbeit!" betont Rotaru. „2004 konnten wir mehr kaufen als heute für unsere leicht gestiegenen Löhne."

30 Euro monatlich gibt es zusätzlich zum Werkslohn für die Gewerkschaftsarbeit, welche die zwei Funktionäre in ihrer Freizeit erledigen. Mit den Mitgliedsbeiträgen von zwei Euro werden Gewerkschaftstreffen, ein Stipendium für Sahleanus Tochter und kleine Geschenke zum 8. März – dem Internationalen Frauentag – für die Belegschaft finanziert. Für Streikgeld reicht es nicht. Proteste für bessere Arbeitsbedingungen sind erfolgreich, für bessere Löhne aber kaum. „Nach dem dritten Streiktag sagen die Leute: Ich verliere Geld und muss Raten bei der Bank bezahlen." Auf Unterstützung von Staat oder Arbeitgebern will sich Rotaru nicht verlassen: „Wir ziehen es vor, autonom zu sein!"

Kürzlich berichtete ein Freund aus Iasi, dass die Hälfte der restlichen Arbeiter von Arcelor Mittal entlassen wurden; die alles rechtfertigende Begründung: „die Krise".

Wasja Budei

Dieser Artikel entstand nach einer Recherchereise in Rumänien im Rahmen des politischen Netzwerkes YOREX. Hier organisieren sich Menschen aus verschiedenen Städten in Südosteuropa und Berlin gegen Rassismus, Nationalismus, Homophobie und andere unangenehme Begleiterscheinungen unserer Zeit.

Umfassende Informationen zur Gewerkschaftsarbeit in Rumänien siehe auch in: Direkte Aktion Nr.177, September/ Oktober 2006, Seite 11. www.direkteaktion.org/177/da_177.pdf/at_download/file

Arcelor Mittal

Nach eigenen Angaben operiert der Konzern in 60 Ländern und ist mit einem Anteil von 10% der weltweiten Stahlproduktion und einem Jahresumsatz 2008 von fast 125 Milliarden Dollar der größte Stahlproduzent in der Branche. In den 1990ern hervorgegangen aus dem Mittal Steel Konzern übernahm Arcelor Stahlwerke aus vielen Ländern wie Thyssen Duisburg oder Sidex aus Rumänien.

Gewerkschaftliche Organisierung in Rumänien

Kleinere Branchengewerkschaften organisieren sich in fünf Dachverbänden. Ab 15 Mitglieder ist die Gründung einer Gewerkschaft legal möglich.

Länger atmen lohnt sich

15 Monate Besetzung und Arbeitskampf bei der INNSE enden siegreich

In den letzten Monaten gab es weltweit eine erneute Welle von Arbeitskämpfen und Fabrikbesetzungen. Die Kämpfe bei Ssangyong in Südkorea, bei Ford-Visteon (siehe DA194) und Vestas in England sowie in zahlreichen französischen Fabriken haben für Aufsehen gesorgt. Einer der langwierigsten dieser Konflikte war die Besetzung der Maschinenbaufabrik INNSE in Mailand, die am 12. August mit langjährigen Beschäftigungsgarantien für alle kämpfenden Arbeiter endete.

Die in den 30er Jahren gegründete Fabrik war erst 2006 an den Turiner Spekulanten Silvano Genta weit unter Wert verkauft worden. Dabei nutzte Genta ein unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Romano Prodi verabschiedetes Gesetz aus, das den Verkauf in finanzielle Schwierigkeiten geratener Betriebe zu sehr niedrigen Preisen fördert, unter der Bedingung, dass die neuen Besitzer die Produktion fortsetzen, die Belegschaft beibehalten und Investitionen tätigen. Die Pläne Gentas und des Besitzers des Werksgeländes sahen allerdings anders aus. Am 31. Mai 2008 kündigte Genta den 50 Arbeitern, um die Fabrik zu schließen und die Maschinen gewinnbringend zu verkaufen. Da es in Italien de facto kein Arbeitslosengeld gibt, kann der Verlust des Arbeitsplatzes die Betroffenen schnell in extreme Armut, bis hin zur Obdachlosigkeit, stürzen.

Die Arbeiter ließen sich die Abwicklung ihres Betriebes, in dem einige schon seit 30 Jahren arbeiten, nicht gefallen. Sie besetzten kurzerhand die Fabrik und nahmen am 3. Juni die Produktion wieder auf. Genta versuchte seinerseits die Räumung der Fabrik zu erwirken, was im Morgengrauen des 17. September erfolgreich schien, als Polizisten und Carabinieri in die Werkshalle eindrangen, die Arbeiter aus der Fabrik warfen und der Frühschicht den Zutritt verwehrten. Das bedeutete jedoch nicht das Ende des Kampfes. Die Arbeiter errichteten mit der Unterstützung von AnwohnerInnen, Studierenden und AktivistInnen aus Mailands sozialen Zentren ein Camp vor der Fabrik, um den Eingang zu versperren. Die nächsten Monate waren von zähen Auseinandersetzungen mit Gerichten, dem Fabrikbesitzer, potentiellen Investoren und nicht zuletzt der Polizei gezeichnet. So wurden bei einem Angriff der Polizei im Februar 2009 einige AktivistInnen verletzt, die Blockade konnte aber nicht durchbrochen werden. Vor allem die breite öffentliche Unterstützung und die große mediale Aufmerksamkeit hielten die Polizei von einem brutaleren Vorgehen gegen die BesetzerInnen ab. Ebenfalls im Februar starb ein 50-jähriger Arbeiter an einem Herzinfarkt, wahrscheinlich durch Stress und Überlastung infolge des Kampfes. Die ArbeiterInnen gaben aber trotzdem nicht auf.

Eine Räumung wurde immer wahrscheinlicher. Trotz des Versprechens der lombardischen Regionalregierung, dass im August 2009 keine Räumung stattfinden würde, verschaffte sich am 2. August ein großes Aufgebot der Polizei und Carabinieri Zutritt zur Fabrik, um den Abtransport der Maschinen, von denen einige bereits verkauft worden waren, zu ermöglichen. Doch kurz darauf drangen vier INNSE-Arbeiter mit einem Funktionär der Metallarbeitergewerkschaft FIOM in die Werkshalle ein und besetzten acht Tage lang einen 15 Meter hohen Industriekran, um eine Einigung zu erzwingen und zusätzliche mediale Aufmerksamkeit zu erregen. Während des gesamten Kampfes fanden Kundgebungen in Mailand und vor der Fabik statt.

Obwohl eine Räumung zu diesem Zeitpunkt unausweichlich schien, zeigte der aufgebaute Druck Wirkung. Am 12. August wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, der zufolge die Aktiengesellschaft Camozzi die Fabrik kauft und die Produktion bis mindestens 2025 ohne Stellenabbau weiterführt. Ein Datum für den Produktionsstart lag bei Redaktionsschluss allerdings noch nicht vor. Bis zu diesem Zeitpunkt wird das Camp vor der Fabrik bestehen bleiben, um auch die neuen Besitzer an ihre Versprechen zu erinnern. In jedem Fall hat der siegreiche Kampf bei der INNSE ein Zeichen gesetzt. Ein Zeichen dafür, dass Arbeitskämpfe auch in scheinbar ausweglosen Situationen gewonnen werden können, gerade mit unkonventionellen Mitteln und einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung. Auch die internationale Unterstützung von Seiten verschiedener europäischer Gewerkschaften und anderer kämpfender Arbeiter war groß, u.a. gab es Solidaritätsbekundungen der BesetzerInnen von Visteon und polnischer MinenarbeiterInnen. So kann der Erfolg der ArbeiterInnen der INNSE und ihrer UnterstützerInnen ein Beispiel für zukünftige Kämpfe sein und über die Grenzen Italiens hinaus Signalwirkung entfalten.

Daniel Colm

TERMINE

Recklinghausen
So, 13. Sept., 18.00 Uhr
Alternatives Kulturzentrum,
König-Ludwig-Str. 50
Schwarz-roter Tresen
Der ASJ Recklinghausen/Herne.
Mit Lesung.

Wiesbaden
12. Sept., 14.00 Uhr
Marcobrunner Str. 9
Straßenfest: 25 Jahre Cafe Klatsch Kollektiv
mit FAU-Büchertisch.

Weitere Termine im Internet, unter www.direkteaktion.org/termine

Guadeloupe: Der Kampf geht weiter

Die DA berichtete bereits (#193) über den massiven Generalstreik im französischen Übersee-Departement Guadeloupe, der Anfang März nach Lohnerhöhungen und Preissenkungen für Waren des täglichen Bedarfs ausgesetzt wurde, aber in zahlreichen Teilstreiks fortlebte. Die übrigen Forderungen – Preissenkungen für Mobilität, Telefon, etc. sowie Strukturänderungen in Wirtschaft, Bildung, Umwelt, etc. – sollten bis zum Sommer in Nachverhandlungen abgeschlossen werden. Inzwischen sind Preisstabilisierungen u.a. für Wasser und Sozialmieten vereinbart. Um die Preissenkungen zu überwachen, gründete die LKP im August ein statistisches Büro, das die Preisentwicklung unabhängig beobachten soll. Auch die 200 Euro Lohnerhöhung für Geringverdiener sind weiter umstritten: Bis 2012 zahlt der Staat ergänzend maximal 150 Euro, danach sollen die Unternehmer voll dafür aufkommen – so steht es in Artikel 5 des Abkommens. In dem Dekret, das das Abkommen für allgemeingültig erklärte, weil nicht alle Unternehmer unterzeichnet hatten, wurde eben dieser Artikel gestrichen! Somit droht einem Drittel der ArbeiterInnen in wenigen Monaten eine Lohnkürzung. Man wird sich also auch weiterhin auf harte Auseinandersetzungen einzustellen haben. (AE)

Kein kalter Kaffee

Die IWW setzt nach wie vor auf Konfrontation – Ein Einblick



Die Bosse brauchen uns, aber wir brauchen die Bosse nicht. Foto: Diane Krauthamer.

Die Wobblies – wie sich die Mitglieder der Industrial Workers of the World (IWW) auch nennen – sind auch über hundert Jahre nach der Gründung der Gewerkschaft nicht von der Bildfläche verschwunden. Im Gegenteil: Momentan wächst die Organisation in den USA schneller als die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Mit tausenden Mitgliedern im Land und einer wachsenden Anzahl von Militanten weltweit setzt die „One Big Union" den Kampf gegen die Bosse in etlichen Branchen fort. Sie führt ihre Konflikte nach wie vor auf der Basis des Grundprinzips, welches sie sich bei ihrer Gründung auf die Fahnen schrieb: Die Arbeiterklasse und die Bosse haben nichts gemein! Dieser Artikel beleuchtet einige der aktuellen Konflikte der Wobblies.

Die momentan sicherlich aktivste Gewerkschaft in der IWW ist die Starbucks Workers Union (SWU). Seit 2004 hat sie weltweit Hunderte von Baristas organisiert. Sie feiert in diesem Jahr ihr fünfjähriges Bestehen.

Am fünften Mai dieses Jahres gab die SWU die Gründung der ersten Gewerkschaft von Starbucks Workers in Lateinamerika bekannt, dem Sindicato de Trabajadores de Starbucks Coffee Chile S.A. Die ArbeiterInnen in Santiago fordern unter anderem einen verlässlichen Dienstplan, einen respektvollen Umgang am Arbeitsplatz und einen Lohn, von dem man leben kann. „Starbucks gibt es jetzt seit 6 Jahren in Chile. In diesem Zeitraum wurde die Kommunikation des Managements mit den ArbeiterInnen permanent schlechter", sagt der Organizer Andrés Giordano. „Es gab einige Schikanen gegen KollegInnen, welche konstruktive Kritik am Management aufgrund von Entlassungen und den mangelnden Aufstiegsmöglichkeiten für Baristas äußerten", fügt er hinzu. Dagegen wollen sie sich zukünftig zur Wehr setzen.

Am 14. Juli gaben Baristas in Quebec (Kanada) ihren Eintritt in die Gewerkschaft bekannt, sie sind die ersten ArbeiterInnen der Kaffeekette, die sich in der Provinz organisieren. Der Arbeiter Simon Gosselin meint, der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, seien die „unfairen" Veränderungen der Arbeitsbedingungen. Die mehrheitlich studentischen Lohnabhängigen sollen nun mindestens 24 Stunden die Woche arbeiten oder gehen. „Bisher habe ich 12 bis 16 Stunden gearbeitet, die meisten anderen Beschäftigten auch und niemand von uns wird mehr in der Lage sein, es so zu machen," sagt Gosselin. Das Studium und die Lohnarbeit zu verbinden, wird auch in Kanada zunehmend unmöglich, wogegen die Starbucks Workers in Quebec nun Widerstand leisten.

Das Bollwerk der SWU bleibt aber die Region der „Twin Cities", Minneapolis und St. Paul in Minnesota. Am 8. Juli feuerte Starbucks eine migrantische Barista namens „Aizze" in St. Paul. Das Management beschuldigte sie des Diebstahls, ohne allerdings Beweise vorzulegen. Anschließend legte die Regionalgeschäftsleiterin der Starbucks-Kette, Claire Gallagher, nach, indem sie die schlechten Englischkenntnisse der Entlassenen ausnutzte und sie dazu brachte, einen Schuldschein zu unterzeichnen, in dem sie sich dazu verpflichtete, den willkürlich festgelegten Betrag von 1.200 Dollar zu bezahlen. Die Gewerkschaft organisierte dagegen eine Kampagne mit der Aizzes sofortige Wiedereinstellung, die sofortige Rücknahme der finanziellen Forderungen seitens Starbucks und eine formelle Entschuldigung gefordert wird.

Die Kampagne gegen die Werbeagentur

In letzter Zeit protestieren gekündigte ArbeiterInnen gegen die Havas Media Planning Group (MPG). Die Werbeagentur, die mehrstellige Millionenumsätze macht und einige der größten Konzerne der Welt zu ihren Kunden zählt, entließ ungefähr 11% ihrer Belegschaft, in erster Linie in der Zentrale in New York. Die Firma begründete dies damit, dass sie Ressourcen frei machen müsse, um ihr Wachstum zu fördern. In einem Artikel im „Media Buyers Planner" schrieb der Geschäftsführer für MPG-Nordamerika, Shaun Holliday, dass „die Reduzierung der Arbeitsplätze nicht erfolgt, weil das Geschäft auf einen profitablen Kern reduziert werden soll, sondern – im Gegenteil – weil das Wachstum angefeuert werden muss." Doch der Mediengigant rechnete nicht damit, dass einer seiner ehemaligen Angestellten, das IWW-Mitglied Joseph Sanchez, seine arbeiterfeindliche Praxis an die Öffentlichkeit tragen würde. „Dieser extrem profitable Konzern hat mich entlassen, nur um sich Extrageld in seine Taschen stecken zu können", sagt Sanchez, der in der Buchhaltung arbeitete. IWW Mitglieder haben deshalb damit begonnen, die Kunden der Einzelhandelskette „Kmart", die sehr gute Geschäftsbeziehungen zu MPG unterhält, über deren Machenschaften zu informieren. Jede Woche verteilen AktivistInnen in New York Flugblätter an die KundInnen von Kmart. Dadurch soll Kmart dazu gebracht werden, sich nicht mehr von MPG bewerben zu lassen, bis faire Abfindungen für die entlassenen ArbeiterInnen ausgehandelt würden. „Kmart sollte seinen Einfluss geltend machen, um sicherzustellen, dass MPG seinen ethischen Verpflichtungen gegenüber seinen Angestellten nachkommt", meint Mykke Holcomb, Organizer der IWW New York. „In dieser Wirtschaftsordnung ist eine angemessene Abfindung unverzichtbar", fügt er hinzu.

2008 hatte die MPG-Muttergesellschaft Havas – der sechstgrößte Medienkonzern weltweit – wachsende Profite von 25% zu verzeichnen. Im Januar 2009 entschied sich Virgine Mobile dafür, bei MPG anzudocken. Virgin bezahlt schätzungsweise 15-20 Millionen Dollar jedes Jahr für die Beratung. Im Februar 2009 entschied sich CBS-Film für MPG, was schätzungsweise 100 Millionen Dollar pro Jahr einbringen dürfte. Obwohl es der Firma derart gut geht, gewährt sie ihren ehemaligen ArbeiterInnen nur eine Abfindung, die für ca. vier Wochen zum Leben reicht. Sanchez meint, dass es einfach nicht möglich ist, in dieser Zeit einen neuen Job zu finden. „Statt meinen Lohn verdienen zu können, bin ich nun auf Arbeitslosengeld und Essensmarken angewiesen." Als Sanchez und seine KollegInnen entlassen wurden, legte MPG ihnen ein „Trennungsabkommen" vor, welches sie unterzeichnen sollten, bevor sie ihre Abfindungen erhielten. Darin war die Klausel enthalten, dass die ehemaligen Angestellten die Firma „in keiner Weise schlecht machen werden". Nichtsdestotrotz fordern die ehemaligen Angestellten nun die Auszahlung von fairen Abfindungen.

Die IWW in Portland unterstützt währenddessen SozialarbeiterInnen bei Streetlight/Porchlight Youth Shelters, einem Verein, der Unterkünfte für obdachlose Jugendliche zur Verfügung stellt. Die ArbeiterInnen werden von Janus Youth Programs bezahlt und befanden sich mit diesen seit Januar 2009 in Verhandlungen, um höhere Löhne zu erreichen. Das Management von Janus verschleppte jedoch eine Einigung und enthielt den Beschäftigten wichtige Informationen vor. Die IWW reichte daraufhin eine Beschwerde beim National Labor Relations Board (NLRB) ein und legte Beweise vor, die belegen, dass Janus Scheintarifverhandlungen führte, um die Beschäftigten zu zermürben. Janus verweigert weiterhin jede Einigung, auch zu den einfachsten Forderungen der Gewerkschaft. Die IWW beantwortet dies mit einer internationalen Telefon- und E-Mail-Kampagne gegen Janus.

No one is illegal!

Seit April 2009 setzen sich lokale Organizer gemeinsam mit der Southwest Workers' Union und Mitgliedern der IWW für Gerechtigkeit im Abschiebeknast von Port Isabel (PIDC) in Texas ein. Sie unterstützen dort Menschen im Hungerstreik, unter anderem durch wöchentliche Besuche bei den Inhaftierten.

Der Hungerstreik wird eingesetzt, um ein Ende der inhumanen Haftbedingungen durchzusetzen, unter denen die migrantischen ArbeiterInnen leiden. Der Hungerstreik weitete sich aus, bis 200 Häftlinge beteiligt waren. Sie fordern ein ordentliches Gerichtsverfahren, ausreichende medizinische Versorgung für alle Häftlinge, Zugang zu juristischen Verteidigungsmöglichkeiten und ein Ende der physischen und psychischen Misshandlungen durch die Wärter der Einrichtung. Der Sprecher der Hungerstreikenden ist Rama Carty. Er wurde in der Demokratischen Republik Kongo von haitianischen Eltern geboren und lebt seit über 38 Jahren in den USA. Am 3. Juni um ca. 6.15 Uhr bekam das Mitglied der Southwest Workers' Union Nadezhda Garza einen Anruf von einem Häftling aus dem PIDC. Rama Carty war von vier privaten Sicherheitskräften und einem Beamten um 5.45 Uhr angegriffen worden. Zwei offizielle Beobachter von Amnesty International waren bereits seit dem 2. Juni im PIDC gewesen, um über die Bedingungen in der Einrichtung zu berichten. Sie trafen Carty am Tag vor dem Übergriff. Seine Bitte, mit ihnen erneut reden zu dürfen, ignorierten die Sicherheitskräfte. Als sich Rama Carty beschwerte, wurde er von den Wärtern mit Gewalt in eine Zelle geschleppt.

Die SWU und die IWW organisierten um 13.30 Uhr eine Kundgebung vor dem PIDC und forderten den sofortigen Stopp der Abschiebung von Rama Carty. „Die Hungerstreikenden sind die Speerspitze der Bewegung gegen die inhumane Inhaftierung von migrantischen ArbeiterInnen, wir sollten diesen Kampf als einen Teil des allgemeinen Klassenkampfes sehen", schrieb der IWW-Organizer Greg Rodriguez.

Am 22. Juli unterstützten Mitglieder der IWW eine Demonstration, die von der Unified Taxi Worker Alliance (UTWA) organisiert wurde. 5.000 Taxifahrer protestierten vor der City Hall für eine faire Praxis im Bezug auf Strafzettel, eine Reduzierung der Steuern für die Taxibranche und die Rückgabe von Geldern, die den Fahrern aus Kreditkartenzahlungen vorenthalten werden. Nach einem Bericht des IWW-Mitglieds J. Pierce war jede Taxifirma der Stadt vor Ort durch FahrerInnen vertreten. FahrerInnen, die sich nicht am Protest beteiligten, wurden durch die AktivistInnen nachdrücklich dazu aufgefordert, ihre Haltung zu überdenken. Die Proteste mündeten in einen zweistündigen Streik, der im Getriebe der Stadt deutlich zu vernehmen war.

Die IWW wird auch weiterhin ihre Doppelstrategie verfolgen, einerseits eigene Kämpfe auszufechten und andererseits die allgemeinen Klassenkämpfe in den USA und weltweit zu unterstützen. Dieser Artikel gibt nur einen flüchtigen Einblick in die Arbeit, die unsere Gewerkschaft leistet. Wir sind vertreten in verschiedenen Branchen in Kanada, Deutschland, Großbritannien, Australien und sogar Japan, um nur einige Länder zu nennen. Als Gewerkschaft arbeiten wir unter den Prinzipien der Direkten Aktion und der Solidarität und bleiben unserer Verpflichtung treu, die Flamme des Klassenkampfes hoch zu halten.

Diane Krauthamer

Mit Beiträgen von Greg Rodriguez, J. Pierce und der IWW Starbucks Workers Union. Übersetzung: Robert Ortmann

Diana Krauthamer ist freie Journalistin und Redakteurin des „Industrial Worker", der Zeitung der IWW. Kontakt: iw@iww.org

Mehr Informationen über diese und weitere aktuelle Konflikte der Industrial Workers of the World finden sich auf www.iww.org.



Support für migrantische ArbeiterInnen im Hungerstreik. Foto: Diane Krauthamer.

Wut macht erfinderisch

Frankreich: Mit der Krise kommt die Angst. Nicht nur auf Seiten der ArbeiterInnen!

Der Frühling in Frankreich war heiß: die Nachrichten über Streiks in Großstädten und in der Provinz, in großen wie kleinen Unternehmen reißen nicht ab. Brennende Reifen vor Fabriken von Continental und Michelin, fast so wie beim Aufstand in Argentinien 2001. Fabrikbesetzungen breiten sich beinahe aus wie ein Lauffeuer, begleitet von dutzenden Beispielen des sog. „Bossnapping“, also der Festsetzung einzelner Bosse. Andernorts drohen kämpfende ArbeiterInnen damit, Waren und Maschinen zu vernichten. Die bislang vier gewerkschaftlichen Aktionstage genügen der Wut der ArbeiterInnen aber nicht mehr.

Wir sind jetzt keine Schafe mehr, sondern Löwen!

Bei der bisher letzten, landesweiten Mobilisierung der Zentralgewerkschaften Mitte Juni brachen die Teilnehmerzahlen um 90 bis 95% ein. Seither ist es ruhig geworden um die Gewerkschaftsallianz, aber von allgemeiner Ruhe an der sozialen Front kann indes keine Rede sein. Eine Mischung aus Absatzkrise und Überproduktion, Kreditklemme und ganz normaler Restrukturierung heizt die Auseinandersetzungen an. Damit kommt Bewegung in die Privatwirtschaft, denn selbstverständlich wehren sich die Betroffenen. Der CGT-Delegierte bei Continental prägte dafür das Bonmot „Wir sind jetzt keine Schafe mehr, sondern Löwen!“

Die erste Festsetzung eines Bosses ziehen die ArbeiterInnen des Auto-Zulieferers Fulmen Ende Januar durch: sie laden ihren Direktor zur Teilnahme an einer Gewerkschaftsdemo ein. Dieser hatte auf einer Versammlung gesagt, er sei – angesichts der Entlassungen – mit ihnen. Und da nahmen sie ihn beim Wort. Eine durch und durch symbolische Aktion also. Bis Mitte August hat sie aber ein Dutzend Nachahmer gefunden, die ihr Gewicht in Verhandlungen so erhöhen wollen. Denn selten sind Fälle wie jener der 350 Entlassenen des Chemie-Konzerns Celanese, die im April 70.000 Euro Abfindung erhalten – und zwar ohne Auseinandersetzungen. Viel gängiger ist der Versuch, ArbeiterInnen mit der gesetzlichen Mindestabfindung abspeisen will, die z.B. nach fünf Jahren Betriebszugehörigkeit einem ganzen Monatsgehalt entsprechen. Kein sehr beruhigendes Trostpflaster angesichts einer Erwerbslosenrate, die im ersten Quartal so schnell gestiegen ist wie seit 1970 nicht mehr. So sieht denn auch der Soziologe Norbert Alter „die Gewalt [als] eine Antwort auf die Verachtung“ seitens der Unternehmensleitungen.

Kein Streik ohne Spektakel

Die radikalen Aktionen bieten vor allem eines: spektakuläre Bilder für die Medien. Die ArbeiterInnnen wissen sehr genau, dass sie einen Psychokrieg an der Front der „öffentlichen Meinung“ führen. Und die Aktionen zeigen Wirkung. Beispiel New Fabris, Auto-Zulieferer: 360 ArbeiterInnen sollen entlassen werden. Das Gros der Aufmerksamkeit erlangten sie in den Medien mit der Drohung, die Fabrik in die Luft zu sprengen. Oberste Staatsmänner wiesen diese proletarische „Gewalt“ zwar zurück, wagten es aber nicht, Polizei einzusetzen. Die ArbeiterInnen erstritten rund 30.000 Euro Abfindung, sie haben das Unternehmen zur Verdopplung gezwungen. Bereits Anfang Juni konnten die Continental-ArbeiterInnen 50.000 Euro zusätzlich und netto einstecken. Diese Zahlen werden zum Ansporn.

Sicher, diese diffuse „Bewegung“ beschränkt sich bisher auf das produzierende Gewerbe. Von daher ist sie nicht mit einem allgemeinen Aufbegehren gegen die kapitalistische Krise zu verwechseln. Dennoch kann sie ein Leuchtfeuer sein, denn die Aktionen finden in der Privatwirtschaft und in mittelgroßen Betrieben statt, nicht im gewerkschaftlich stärker organisierten öffentlichen Sektor. Vielleicht bilden diese ArbeiterInnen, die nun in alle Winde zerstreut werden, künftig woanders den handgreiflichen Beweis dafür, dass kämpfen möglich ist. Damit könnten sie das hergebrachte Streikverständnis jenseits des Rheins gehörig durcheinander bringen: Heutzutage ist ein Streik die normale Form der Meinungsäußerung von Lohnabhängigen. Wo Gewerkschaften in Deutschland eine Kundgebung veranstalten, rufen sie in Frankreich zum Streik auf. Damit gerät aber auch der ökonomische Druck aus dem Blick, der Streik gerät zum Spektakel.

Die Rückkehr des revolutionären Syndikalismus?

Vor diesem Hintergrund erkennen manche Beobachter in den verschärften Auseinandersetzungen mit Massenbeteiligung eine Rückkehr anarchosyndikalistischer Methoden. Keine Frage: Zu kämpfen verstehen die ArbeiterInnen in Frankreich, ungeachtet der Gewerkschaft, der sie angehören. Das Arsenal im Arbeitskampf reicht von Demonstrationen und Petitionen, über Streiks und Besetzungen bis hin zu Blitzaktionen und planmäßiger Sabotage. Letztere kam zuletzt massenhaft im Arbeiterkampf bei EDF/GDF zur Anwendung (siehe Randspalte).



Der ehemalige Premierminister Villepin spricht im April sogar vom „Risiko einer Revolution“, zweifelsohne in bewusster Übertreibung. Sarkozy verwies indes seit Oktober auf die Härte und Tiefe der Krise: Die Zeit für Einschnitte sei gekommen. Seit den gewerkschaftlichen Aktionstagen werden nun die Konjunkturprogramme, in erster Linie Infrastrukturprogramme, mit sozialstaatlicher Rhetorik geschmückt. Denn wenn auch eine Revolution nicht auf der Tagesordnung steht, so ist die Regierung doch realistisch: „Das Risiko für Frankreich ist [...] das einer sozialen Explosion“, sagte ein Berater Sarkozys – Mitte Juli!

Aktuell: Sackgasse als letzter Ausweg

Das Bild einer „Explosion“ ist recht treffend, die Bossnappings der ersten Stunde waren zwar im Voraus geplant, aber andere „radikale Aktionen“, wie die Erstürmung der Unterpräfektur von Compiègne, entstehen aus der Situation heraus. Spontane Wut und gefühlte Ausweglosigkeit treiben die Beschäftigten voran – die Gewerkschaften folgen nach.

Diese Spontaneität macht sich aber weniger Luft in Angriffen auf staatliche Stellen als vielmehr in Blitz-Bossnappings anlässlich „normaler“ Verhandlungsrunden. Die Beschäftigten drängen als Akteure auf die Bühne. Gleichzeitig wirkt die angekündigte Fabrikschließung offensichtlich wie ein Betäubungsmittel – das Kollektiv zum Tode verurteilt, das Firmengelände (scheinbar) nicht mehr von Bedeutung. So halten sich die ArbeiterInnen an das Greifbare, den Chef in seiner schlichten Körperlichkeit. Eine Grenzüberschreitung, die von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert wird und die sich auszahlt. Mehr aber auch nicht, denn die ArbeiterInnen haben kein klares Ziel, kein Projekt, das über den Arbeitsplatz bzw. die Abfindung hinausginge. In den meisten Fällen steht nicht einmal die Ausweitung des Kampfes, geschweige denn die Übernahme des Betriebs zur Debatte. So kämpft man mit dem Rücken zur Wand.

Wie weit die soziale Revolution noch entfernt liegt, erkennt man auch daran, dass während der Strom-Sabotage in Cannes allein die Luxushotels noch erleuchtet waren – denn die haben Generatoren im Keller stehen. Erst wenn eines Tages auch bei ihnen das Licht ausgeht, weil die Gewerkschaftsmitglieder im Haus wissen, wo der Generator steht, dann können wir ernsthaft drüber reden, ob die gesellschaftliche Umwälzung vor der Türe steht.

André Eisenstein, STICS 13 CNT, Marseille

Die **Justiz** hält sich zurück bei Arbeitskämpfen, glücklicherweise: Wegen der Stürmung der Unterpräfektur von Compiègne durch 200 Streikende des Continental-Werks in Clairox, standen Mitte Juli 7 ArbeiterInnen vor Gericht. Der Staatsanwalt beantragte Bewährungsstrafen – damit sind langjährige Gefängnisstrafen und hohe Geldbußen vom Tisch. Das Urteil soll Anfang September fallen.
Anders bei Gewerkschaftsmobilisierungen auf der Straße: Am 29. Januar war es in St.-Nazaire zu Straßenschlachten gekommen, als die „Ordnungskräfte“ angriffen. Mehrere Leute wurden festgenommen und saßen teils 3 Monate in Untersuchungshaft. Hier verknackte das Gericht die Betroffenen zu mehrmonatigen Haftstrafen – die der Revision aber teils nicht standhielten.

Die hierzulande vergessene **Sabotage** erfreut sich in Frankreich anhaltenden Zuspruchs unter Streikenden: Im April und Mai unterbrachen ArbeiterInnen von EDF-Tochterfirmen immer wieder die Strom- und Gasversorgung, sowohl im Pariser Raum und Nordfrankreich als auch beim Film-Festival in Cannes. Dabei waren u.a. zehntausende Haushalte ohne Strom bzw. Gas, aber auch Krankenhäuser waren von der Aktion betroffen. Dieser Fauxpas rief unter Belegschaften des Gesundheitswesens starke Kritik hervor.

Tod der Diktatur!

Zur politischen und sozialen Situation im Iran

Im Iran hat eine neue Ära begonnen. Die Massenproteste nach den Wahlfälschungen im Juni 2009 haben die sozialen und politischen Rahmenbedingungen derart umgestürzt, dass eine Rückkehr zu alten Zuständen unmöglich erscheint. Doch die Wurzeln der Proteste liegen nicht nur im Ausgang der Wahlen, sondern zu weiten Teilen in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der letzten Jahre.

Trotz der Einnahmen aus der Ölförderung ist die Schere zwischen Arm und Reich im Iran noch weiter auseinander gegangen. Das Regime versuchte – wie so oft – die aus der Ungleichverteilung sozialen Reichtums entstehenden Konflikte mit Repression einzudämmen. So wurde beispielsweise die Zensur verschärft und die Unterdrückung nicht-persischer Minderheiten intensiviert. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Ermordung von SystemkritikerInnen waren an der Tagesordnung. Die Schlinge um den Hals der Bevölkerung zog sich immer enger.

Die jetzigen Massenproteste vergleichen viele IranerInnen daher mit einem Vulkanausbruch, die Wut hatte sich lange aufgestaut und brach mit einem Mal heraus. Und der Aufstand flaut trotz Repression von Seiten der Regierung nicht ab. Dabei hat sich die Dynamik der Proteste deutlich verändert, inzwischen wird im Iran fast täglich irgendwo gestreikt, auch sind die Forderungen der Protestierenden radikaler geworden. Inzwischen wird nicht mehr nur das Wahlergebnis angefochten, sondern das System an sich in Frage gestellt. Aufgrund des Massencharakters und der Spontanität sind die Kämpfe nicht unter Kontrolle zu bekommen, auch wenn sie durch die Präsenz der Repressionsorgane und Milizen aus unserer medialen Öffentlichkeit verschwinden und im Iran selbst als vom Ausland aus angezettelte Verschwörung diffamiert werden.

Prekäre Arbeitsbedingungen

Die eigentliche Ursache des Aufstands zeigt sich in der desolaten Lage, in der die Mehrheit der Bevölkerung lebt. Im Iran sind Arbeitsverhältnisse extrem prekär, oft gibt es keine schriftlichen Verträge, feste Arbeitszeiten oder Stundenlöhne. Zudem sind die meisten ArbeiterInnen TagelöhnerInnen, die z.B. in der Landwirtschaft oder auf dem Bau arbeiten und von den Bossen tageweise angestellt werden. Gezahlt wird auch tageweise, die Zukunft der ArbeiterInnen bleibt dadurch ungewiss und sie selbst in umso größerer Abhängigkeit von der Willkür der Bosse.

Die Situation der ArbeiterInnen im wichtigen staatlichen Sektor, der neben der Verwaltung, Gesundheit und Bildung auch z.B. Industrie und Bergbau umfasst, sieht auch nicht viel rosiger aus. LehrerInnen müssen Zweitjobs annehmen, um ihre Miete zu bezahlen, während sie in einer Klasse bis zu fünfzig SchülerInnen betreuen. Verträge und feste Löhne gibt es dort immerhin. In vielen Betrieben werden Lohnzahlungen auch komplett verschleppt, das ist der häufigste Grund für Streiks im Iran. Dennoch sind Jobs in Staatsbetrieben aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit sehr begehrt. Zudem müssen BewerberInnen sich ideologischen Prüfungen und Kontrollen auf ihre Regimetreue hin unterziehen.

Die Gegenwehr ist schwierig, weil jede Art von unabhängiger Organisation im Iran verboten ist. Außerdem arbeiten viele IranerInnen isoliert oder nur kurzzeitig an der gleichen Stelle. In Staatsbetrieben unterliegen Beschäftigte der Kontrolle durch offizielle „ArbeiterInnenorganisationen“ wie dem Dachverband der islamischen Arbeiterräte „khaneye karegar“ (Haus der Arbeiter), die Aufdeckung von Organisationsversuchen kann Kündigung, Knast oder Folter zur Folge haben. Nichtsdestotrotz haben sich auch unabhängige Gewerkschaften bilden können, die sogar kleinere Siege erkämpft haben.

Diese Bedingungen haben sich in den letzten Jahren verschärft, seit die traditionelle Landwirtschaft durch die fortschreitende Industrialisierung und den Import billiger Agrarprodukte aus dem Ausland weitestgehend zerstört wurde. Deshalb suchen jetzt viele LandbewohnerInnen in der Stadt Arbeit, was die dortige Jobknappheit noch weiter verschärft hat. Auch aus der voranschreitenden Privatisierung resultiert eine immer ungleichere Verteilung von Reichtum. Das hat zu teils heftigen Protesten geführt, die sich vor allem gegen Lohndumping und Entlassungen richteten. Der Höhepunkt dieser Proteste waren die letztjährigen Protestmärsche, Autobahnblockaden und Streikversammlungen in der Region Haft Tape, einem Zuckerrohranbaugebiet. Daran beteiligten sich nicht nur die ArbeiterInnen, sondern fast alle BewohnerInnen dieser Gegend.

Es liegt auch an uns

Unter diesen Bedingungen ist es wahrscheinlich, dass sich in nächster Zeit verschiedene Arbeitskämpfe zusammenschließen und weitere ArbeiterInnen sich solidarisieren. Mittlerweile steht sogar wieder die Möglichkeit eines Generalstreiks im Raum. Ein solcher hat auch 1979 das Schahregime in die Knie gezwungen. Das harte Vorgehen der jetzigen Regierung gegen die aktuellen Proteste, die Kontrollen in den Betrieben und die Repression von AktivistInnen scheinen vor diesem Hintergrund auch zur Verhinderung eines Generalstreiks zu dienen.

Die antikapitalistischen Kräfte im Iran sind innerhalb dieser Massenproteste äußerst präsent, sie wollen sich aus diesem riesigen Knast in der Größe eines Landes befreien. Wichtig dabei ist unsere Solidarität. Beispielsweise hat die FAU im Februar 2006 Geld für streikende Busfahrer in Teheran gesammelt. Eine andere Möglichkeit sind öffentlichkeitswirksame Solidaritätsaktionen. In jedem Fall ist es wichtig, dass die sozialen Bewegungen in der BRD mit denen im Iran solidarisch sind.

Adel Moradi, Maria Hoffmann

Das Langweiligste der Welt

Die Gewerkschaft als Mittel der Transformation. Zur Theorie der gesellschaftlichen Veränderung im Syndikalismus

Debatten über gesellschaftliche Transformationsstrategien stehen wieder hoch im Kurs. Vor allem die non-parlamentarische Linke bricht langsam mit dem gewohnten Unisono und macht sich tastend auf die Suche. Betriebliche und soziale Kämpfe, die Ökonomie als Kampffeld und Klassenfragen rücken immer mehr in den Mittelpunkt und lösen den narzistischen Ansatz einer Politik des „richtigen Bewussteins" allmählich ab. Dieser Trend kann durchaus als Indiz dafür verstanden werden, dass das syndikalistische Konzept etwas zu bieten hat, was die heutigen Erfordernisse einer emanzipatorischen Bewegung betrifft.

Dennoch wird der Syndikalismus häufig als relativ konzeptionslos wahrgenommen, seine Annahmen und Folgerungen sind wenig bekannt bis verkannt – ein Umstand, der mit Sicherheit auch auf die eigene mangelnde Theoriepflege zurückzuführen ist, die einer klaren Artikulation im Wege steht. Jahrzehntelange Prägung durch graue Literatur, die häufig nur eine Kanonisierung von Phrasen darstellte und sich zudem vielfach auf (Früh-) Theoretiker eines allgemeinen, häufig diffusen Anarchismus beschränkte, haben ihre Spuren hinterlassen. Originäre Theoriebeiträge aus dem bewegungsspezifischen Konzept „Syndikalismus" gingen häufig unter. So kursierten im modernen Syndikalismus zwar allerorts die zentralen Schlagwörter (Selbstorganisation, direkte Aktion, Föderalismus usw.), doch traten sie einem meist nur als grobe und somit breit interpretierbare Hüllen entgegen.

Auch die FAU war lange davon geprägt und entfaltete ihr syndikalistisches Profil erst allmählich. Einiges ist noch aufzuholen, denn das hinterlassene Erbe ist reichhaltig. Es beinhaltet nicht wenige Überlegungen, die in vielerlei Hinsicht auch den Marxisten das Wasser reichen können, denen ja eine Führungsrolle in Sachen revolutionärer Theorie nachgesagt wird. Der Syndikalismus glänzt dabei vor allem im Bereich der Organisationsfrage und der Revolutionstheorie, wo schon früh Feststellungen kursierten, die sich mit Erkenntnissen aus der modernen Soziologie decken. Man könnte sogar sagen, dass die syndikalistische Gedankenwelt ein originäres Erklärungspotential in sich trägt, das nicht nur zu einem besseren Verständnis über das Scheitern der Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert, sondern über die Abgründe dieser Zeit generell beitragen kann.

Sicher, der Syndikalismus war ursprünglich weniger ein Projekt, das aus der Theorie erwachsen ist. In einer Art Reflexion seines Erfolges, der gewissermaßen „das Resultat einer langen Praxis [war], die durch die Verhältnisse geschaffen wurde" (V. Griffuelhes), entwickelte sich jedoch ein theoretisches Grundgerüst, in dem die wesentlichen Grundsätze und die Wirkmechanismen des Syndikalismus definiert wurden.[1] Geschah dies mitunter auch unzureichend, so bleibt der eigentliche Kern seiner Ideen davon unberührt. Sein Niedergang und seine lange Marginalität mögen es erschweren, das Interesse auf ihn zu lenken; als „historischer Verlierer" ist sein Gehalt aber nicht unbedingt falsch.[2]

Olle Kammellen frisch serviert – der Marxismus-Disput als Strukturfrage

Für viele leidig, aber unumgänglich: Die syndikalistische Konzeption lässt sich am besten verstehen, wenn man sie in den Kontrast zu anderen Konzepten revolutionärer Emanzipation stellt, insbes. zum *politischen Marxismus*.[3] Denn der Syndikalismus, dessen Grundlagen sich im Rahmen der Ersten Internationale herausbildeten, verstand sich von Anfang als Gegenentwurf zum Organisations- und Revolutionsmodell des Marxismus. Wesentlich beeinflusst durch die anarchistische Tradition der frühen Arbeiterbewegung, von französischen Syndikalisten wie Émile Pouget als eigenständiges Konzept theoretisch umrissen und im frühen 20. Jahrhundert international zu seinem Höhepunkt gelangt, behielt er trotz aller Radikalität (oder besser: gerade deswegen) eine starke Ablehnung gegen die marxistischen Organisationen – zunächst die der Sozialdemokratie, später auch die der Kommunisten – bei. Zugrunde lag dem die Annahme, dass bestimmte Organisationsformen und Methoden nicht für emanzipatorische Prozesse geeignet seien, da sich aus ihren Grundkonfigurationen Eigendynamiken entwickeln, deren tatsächlichen Effekte selbst den ehrbarsten Zielen zuwiderlaufen. Mit der Behandlung dieser Struktur- und Methodenfrage antizipierten Anarchisten/Syndikalisten gewissermaßen die spätere Organisationssoziologie, wie sie z.B. von dem Politologen Robert Michels entwickelt wurde.[4]

Titelbild der Broschüre *„Was will der Syndikalismus" (1920) von Max Baginski*

Was unsere Vorfahren eher intuitiv formulierten, weiß die moderne Soziologie, die sich dem Zusammenhang von Handlung und Struktur widmet, zu bestätigen: Denn die tatsächliche Praxiswirkung wird entscheidend herbeigeführt durch die Strukturen von Organisationen; sie wirken konstitutiv, kanalisieren Interaktionsprozesse und bestimmen das Feld und die Form des aktiven Handelns. Zum anderen wirkt das damit verbundene politisch-strategische Konzept sozialisierend; es befördert bestimmte Rationalitäten, Mentalitäten und Bewusstseinsformen.[5] Intention und Funktion einer Organisation oder gar Bewegung sind somit klar voneinander zu trennen.

Auf dieser Ebene findet sich denn auch ein entscheidender Schlüssel, um z.B. die Degeneration der sozialistischen Revolutionen zu erklären. Weder erklärt sich deren Tragödie durch falsche Personalentwicklungen (z.B. ob Lenin, Trotzki oder Stalin) noch durch spezifische politische Entscheidungen, die bspw. auf Grundlage einer falschen Marxismusinterpretation getroffen worden seien. Der Lauf der Geschichte ist keine Frage der richtigen Analyse. Kollektive Prozesse der Integration, Oligarchiebildung, Machtdynamik usw. sind größer als der Handlungsspielraum einzelner Persönlichkeiten, der wesentlich durch die umgebenden Strukturen bedingt ist. Die sog. „antiautoritäre" Kritik am Marxismus war deshalb niemals ein moralischer Selbstzweck, sondern galt immer dem Zusammenhang von Struktur bzw. Methode und Wirkung.

Die häufig im innerlinken Disput zu hörende Aussage: „Wir wollen doch das Gleiche!" geht insofern völlig am Thema vorbei. Es geht nicht darum, was die vermeintlich gemeinsame Zielvorstellung ist. Der noch so gefestigte Glaube an das richtige Reiseziel nützt dem Zugreisenden nichts, wenn er sich auf dem falschen Gleis befindet. Syndikalismus kann deshalb auch als Versuch verstanden werden, den zum Ziel führenden Streckenverlauf ausfindig zu machen.

Versucht man nun, die Eckpunkte der syndikalistischen Konzeption zu systematisieren, so kristallisieren sich verschiedene Aspekte heraus, deren Implikationen sich gegenseitig bedingen und insofern nicht klar voneinander zu trennen sind:

1. Bestimmung des Kampffeldes

Der Syndikalismus lehnt das Primat des staats- und parteipolitischen Kampfes ab und betont die Notwendigkeit der ökonomischen Aktion. Dem zugrunde liegt das Verständnis, dass die gesellschaftlichen Machtverhältnisse wesentlich (doch nicht nur) durch die Produktionsverhältnisse bestimmt sind – ähnlich der materialistischen Gesellschaftsauffassung der Marxisten. Der Syndikalismus zieht daraus die Schlussfolgerung, dass Menschen am meisten Gegenmacht in ihrer Rolle als Produzenten von Gütern und Dienstleistungen und nicht als Bürger entfalten können. Denn „in dieser Eigenschaft sind sie nicht nur in der Lage, ihre Arbeitskraft zurückzuhalten, sondern auch die Produktionsmittel und die Verteilung demokratisch zu übernehmen."[6] In ihrer Rolle als Bürger, in der sie vermeintlich gleich und frei wären, sind sie überwiegend auf indirekte politische Betätigung zurückgeworfen, die den Hebel nicht an der gesellschaftlichen Basis ansetzt. Eine nachhaltige Veränderung der Gesellschaft ist jedoch im Wesentlichen eine materiell-ökonomische Angelegenheit. Das ist die ganze Quintessenz, wenn es um den Gegensatz zwischen proletarischem und bürgerlichem Standpunkt geht. Der anscheinend für viele irreführende Begriff des Klassenkampfes kann insofern gerne als die Methode des ökonomischen Kampfes übersetzt werden.

Auch der häufig als ausschließend empfundene Begriff der „Arbeiterklasse" oder „Arbeiterbewegung" ist durchaus nicht hermetisch gemeint[7], sondern *dynamisch* zu verstehen. Er ist keine Kategorie, die empirisch genau zu bestimmen ist und in die sich Menschen definitiv rein- oder rausrechnen lassen. Cornelius Castoriadis bringt es auf den Punkt: „Das Proletariat ist keine durch seine Lage innerhalb der Produktionsverhältnisse objektiv oder durch seine historische Mission mythologisch definierte Klasse. Es *erzeugt* sich als Proletariat im und durch den alltäglichen Kampf gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse."[8] Zwar kann die Stellung zu den Produktionsmitteln und die direkte oder indirekte Lohnabhängigkeit als vages Kriterium gelten[9], die Sondierung erfolgt praktisch aber in den alltäglichen Interessenkonflikten. Ein mangelndes Bewusstsein über diese Interessen, sagt erstmal noch nichts über Existenz von Klassen aus. Marx kannte dafür die Begriffe der Klasse „an sich" und „für sich". Wenn von der Arbeiterklasse als „revolutionärem Subjekt" die Rede ist, sollte das deshalb nicht so verstanden werden, sie besitze per se das bessere Bewusstsein.[10] In unserer *Rolle* als ArbeiterInnen – das ist der springende Punkt – haben wir nunmal „die *Möglichkeit* zur Revolution", eben aufgrund dessen, den Hebel an den Produktionsmitteln, dem kapitalistischen Fundament also, ansetzen zu können.[11]

Die Trennung von politischem und ökonomischem Kampf (Partei – Gewerkschaft), wie sie die marxistische Bewegung praktizierte[12], wird in Konsequenz vom Syndikalismus abgelehnt. Stattdessen sollen mit ökonomischen Mitteln gesellschaftspolitische Ziele erreicht werden. Die revolutionäre Gewerkschaft wird dabei als die passende Organisationsform, als Dreh- und Angelpunkt gesellschaftlicher Veränderung, angesehen. Nicht zu unrecht bediente sich der frühere ITF-Sekretär Edo Fimmen aus dem Fundus des Syndikalismus, als er ab 1924 für die Einheit des ökonomischen und politischen Kampfes in Form revolutionärer Gewerkschaften warb. Er sah darin nicht nur den Unterbau für sozialrevolutionäre Prozesse, sondern war sogar der Meinung, dass nur mit diesem Organisationsansatz die Arbeiterbewegung eine Waffe in der Hand habe, um gegen die Gefahren der Reaktion (insbes. des Faschismus) handlungsfähig zu sein.[13]

2. Die Wahl der Waffen

Analog zur Bestimmung des Kampffeldes propagiert der Syndikalismus das Konzept der „direkten Aktion", also ein direktes Eingreifen in die ökonomischen und sozialen Zusammenhänge ohne den Umweg über eine Partei und den Staat (indirekte Methodik). Verstanden als Gegenkonzept zu einer Politik der Stellvertretung, sollen Menschen unmittelbar zur Durchsetzung ihrer Interessen tätig werden, z.B. in Form von Streiks (auch politischen). Durch diese real-ökonomische „Repräsentation der Arbeit" behält die Arbeiterklasse ihre Autonomie und macht sich nicht von Parteiapparaten abhängig, so dass sie den revolutionären Prozess jederzeit selbst bestimmt. Dies verdient einige Beachtung, denn es ist von größter historischer Relevanz:

Mit der Hegemonalisierung des arbeitsteiligen Konzeptes des Marxismus in der Arbeiterbewegung, das die Rolle der Gewerkschaften auf systeminterne Ausgleichsprozedere reduzierte, wurde die „eigentliche Arbeiterbewegung", wie Engels einst die ökonomischen Kampforganisationen der Arbeiterklasse nannte, deaktiviert und entwaffnet. Denn ihre Macht lag im Wesentlichen im Produktionsbereich; der aber wurde entpolitisiert durch das arbeitsteilige Konzept, das politische Artikulation nur auf „bürgerlichem" Wege, d.h. qua Stellvertretung durch die Partei, zuließ. War die Arbeiterbewegung einst auf *sozialer* Grundlage erwachsen, wurde sie so ideologisiert und zu einem Anhängsel von politischen Organisationen, wodurch eine Selbstgenügsamkeit der Bewegung (Autonomie) nicht mehr gegeben war. Es gibt gute Gründe zu behaupten, dass der Arbeiterbewegung – als sie

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Anmerkungen:

[1] Zur syndikalist. Theoriebildung, siehe Oostinga, „Wir kriegen nur, wofür wir kämpfen!", in: Degen & Knoblauch (Hg.), *Anarchismus 2.0*, Stuttgart 2009. Daraus sind auch die Zitate franz. Syndikalisten entnommen.
[2] Wie es so schön heißt: „Die Idee war gut, doch die Welt noch nicht bereit."
[3] Hier muss klar betont werden: Zu Marx´ Theorie steht der Synd. nicht unbedingt im Widerspruch, sehr wohl aber zum (polit.) Marxismus.
[4] Vgl. Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, Leipzig 1911. Die Person Michels ist wegen seines späteren Werdegangs als ital. Faschist selbstredend mit Vorsicht zu genießen.
[5] Siehe z.B. das Einführungswerk von Schimank, *Handeln und Strukturen*, Weinheim 2002.
[6] Jakopovich, „Eine machtvolle Synthese", DA Nr. 191.
[7] Ein häufiger Irrtum, damit seien z.B. nur klassische Fabrikarbeiter gemeint.
[8] Siehe Castoriadis, „Was heißt eigentlich Arbeiterbewegung?", Bielefeld 1996.
[9] Oder negativ: Wer nicht im Besitz von Produktionsmitteln ist und/oder an der Arbeitskraft anderer verdient.
[10] Der sog. „Proletarierkult" hat diese Frage lange dahingehend banalisiert.
[11] Siehe Bewernitz, „Klasse[n] von Gewicht", in: Mümken (Hg.), *Anarchismus in der Postmoderne*, Frankfurt a.M. 2005.
[12] Dies geht zurück auf die *Politiker* Marx u. Engels, die in der IAA eine verbindliche Linie zum Aufbau von nationalen, zentral organisierten Parteien durchsetzten und mit dem Kurs des ökonomischen Kampfes und den föderalen Strukturen brachen.
[13] Siehe Fimmen, *Vereinigte Staaten Europas oder Europa-AG*, Jena 1924.
[14] Mit verheerenden Konsequenzen: Z.B. ist die mangelnde Resistenzfähigkeit der dtsch. Arbeiterbew. und ihre „Nationalisierung" im frühen 20. Jh. wesentlich darauf zurückzuführen. Siehe Herr, *Burgfrieden oder Klassenkampf*, Neuwied/Berlin 1971.
[15] „Partei" im alten Sinne einer Gruppe gemeinsamen Interesses oder Standpunktes.
[16] Pouget, *Parti du travail*, Paris 1997 [1905], S. 226.
17) Im Ggstz. zu Organisationsformen, die „richtiges Bewusstsein" voraussetzen. Van der Walt & Schmidt betonen dies als zentralen Punkt der „broad anarchist tradition"; siehe grundlegend deren *Black Flame*, Oakland 2009.
[18] Siehe z.B. zum aktuellen Problem der gesetzlichen Regelung von Praktika anstelle eines direkten betrieblichen Lösungsansatzes: Ortmann, „Das Prinzip Flächenbrand", DA Nr. 194.
[19] Siehe Marcks, „Basis statt Gipfel", DA Nr. 180. D.h. heißt nicht, diese Formen wären nicht legitim; es sollte nur klar sein, dass sie bestenfalls *Kommunikationsmittel* sind.

Fortsetzung von der vorherigen Seite

sich von einer staatsorientierten Politik abhängig machte und in Konsequenz ihre Organisationen schrittweise in staatliche Strukturen und Prozesse eingebunden wurden – auch ein wichtiger *zivilgesellschaftlicher Raum* mit gesellschaftspolitischer Impulswirkung verlorenging.[14] Dies ist ein Umstand, der uns v.a. in Deutschland noch heute belastet, wo die arbeitsteilige Tradition stets vorherrschend war. Das Unvermögen für politische Streiks rührt nicht unwesentlich daher.

Als „Partei der Arbeit"[15] sind „Taktik und Organisationsform [des Syndikalismus] originär". Denn „auf dem neutralen Feld der Wirtschaft ... verlieren die neu hinzustoßenden Elemente, die von dieser oder jener Denkschule ... geprägt sind, ihre besondere Eckigkeit, um nichts als die allen gemeinsamen Prinzipien zu bewahren: den Willen zur Verbesserung und zur vollständigen Befreiung."[16] Dieser an den unmittelbaren Interessen orientierte Ansatz markiert denn auch den wesentlichen Unterschied von einer revolutionären Organisation *auf sozialer Basis* zur politisch-ideologischen Organisationsform. Der Syndikalismus sieht darin die Möglichkeit, breite Massen in ein revolutionäres Projekt zu integrieren, sie zu aktivieren und emanzipatorische Potentiale freizusetzen.[17]

Nicht zuletzt ist das Konzept direkter Aktion auch als effizientere Methode anzusehen, im Vergleich z.B. zur langwierigen parlamentarischen Tätigkeit, die Verbesserungen – wenn überhaupt – meist erst nach einem Erlangen von Mehrheiten zulässt.[18] Auch die vorherrschende, gewissermaßen doppelt indirekte Protestkultur der Linken, die fast ausschließlich der Logik folgt, über Öffentlichkeit Druck auf die Politik auszuüben oder Menschen zu „politisieren" – z.B. in Form der allseits bekannten Gipfelproteste –, nimmt sich dagegen geradezu virtuell aus.[19] Harald Beyer-Arnesen hat dies bereits direkt nach Seattle 1999 treffend verdeutlicht: „Wenn aus jeder Gemeinde, die vom ... globalen Kapitalismus ... betroffen ist, eine Person unter den Protestierenden ... wäre, wären sie am falschen Ort ..., um Veränderungen ... zu erreichen."[20] Oder anders ausgedrückt: Was sind schon eintausend Demonstranten gegen eintausend Streikende? Die „syndikalistische Artikulation" ist dabei durchaus ein Mittel, das nicht nur in rein ökonomischen Belangen, sondern auch auf anderen sozialen Kampffeldern (Ökologie, Anti-Militarismus usw.), zum Einsatz kommen kann.[21]

3. Willen und Organisation

Im Gegensatz zum zentralistischen Organisationsverständnis sieht der Syndikalismus mit seinem Föderalismuskonzept eine weitgehende Selbständigkeit der Basiseinheiten vor. Der Syndikalismus, so meinte Camus, geht „von der konkreten Grundlage aus"; „er ist die Verneinung des bürokratischen und abstrakten Zentralismus".[22] Pouget sprach vom „syndikalistischen Organismus", bei dem auf jeder Ebene die Autonomie verwirklicht sei.

In der Tradition Proudhons, der den Föderalismus als „empirischen Typ der Ordnung" begriff, sieht man im Föderalismus – als Abbild der sozialen und kulturellen Pluralität – den Garanten für eine vitale, dynamische Bewegung und gesellschaftlichen Fortschritt, während der Zentralismus – als Minderheitenimpulse nivellierendes Prinzip – zu Machtkonzentrationen und sozialer Erstarrung führt.[23] Im Syndikalismus „kommt der Impuls von bewussten Minderheiten, die – durch ihr Beispiel, ihren Elan, und nicht durch autoritäres Vorgehen – die prüde Masse in ihren Bannkreis ziehen und zur Tat animieren."[24] Tatsächlich zeigt sich in der Geschichte immer wieder, dass einzelne beschränkte Kämpfe inspirierend wirken und blitzartig ganze Flächenbrände auslösen können.[25] Denn „wenn sie erfolgreich sind, verbreiten direkte Aktionen eine Nachricht, die über ihre unmittelbaren Ziele hinausgeht und die die eigentliche Saat einer libertären sozialen Revolution mit sich trägt" (Beyer-Arnesen).

Von Anfang an verstand sich der Syndikalismus als „antiautoritärer" bzw. „freiheitlicher" Flügel der Arbeiterbewegung; die Kategorien von Freiheit und Mitbestimmung wurden von ihm als unerlässliche Bedingung für die Realisierung des Sozialismus verstanden. Statt hierarchischem Aufbau soll die Entscheidungsgewalt auf unterer, lokaler Ebene bleiben, so dass die Mitglieder nicht ihre Freiheit an die Organisation veräußern, sondern sie miteinander teilen. Als entscheidendes Instrument gilt das Prinzip des imperativen Mandates, wonach die Entscheidungen ausschließlich von der Basis nach oben zu delegieren und gewählte Funktionäre jederzeit absetzbar sind.

Die Tragweite dieses Aspekts darf nicht unterschätzt werden: Denn neben der Frage nach revolutionärem Zweck und Mitteln und einer effizienten Kampfform ist hierbei v.a. die psychologisch-kulturelle Komponente essentiell. Das Prinzip der direkten Aktion und die föderalistische Organisationsstruktur sollen selbstbewusste, partizipierende und aktive Mitglieder herausbilden[26] und eine Verselbständigung von „Führern" verhindern.[27] Deswegen war für die Syndikalisten der Sozialismus auch schon immer eine „Kulturfrage". Sie kritisierten die meisten marxistischen Organisationsformen deshalb auch dahingehend, dass sie Agenturen der Sozialdisziplinierung seien. In der Tat gibt es gute Gründe zu behaupten, dass z.B. die deutsche Arbeiterbewegung durch diese maßgeblich einer Disziplinierung und Entmündigung unterworfen wurde.

Die aktuellen Lektionen aus Frankreich mögen das verdeutlichen: Wie selbst *Die Welt* richtig feststellte, werden Konflikte in Deutschland „traditionell nicht vor Ort, sondern zentral von den Großverbänden ausgefochten. Anders [ist] das in Frankreich, wo die „direkte Aktion" der Gewerkschaften im Betrieb eine wichtige Rolle [spielt]."[28] Die Folge dessen ist, dass sich Basisdynamiken nicht selten Bahn brechen, häufig in Form radikaler Methoden und weitgehender Forderungen. In Deutschland dagegen werden solche Prozesse durch die zentralisierte Struktur nicht nur gedeckelt, sie haben über die Zeit auch eine Kultur der Passivität geschaffen, so dass die Basis auch von der Führung nur schwer zu mobilisieren ist.

Auch „Iron Lady" Maggie Thatcher hatte die Bedeutung dieser Strukturfrage früh erkannt und zog nicht umsonst den Gewerkschaften in Großbritannien den Zahn, indem sie einfach deren Verhandlungsstrukturen per Gesetz zentralisieren ließ. In Anlehnung an soziologische Erkenntnisse[29] vertreten neoliberale Sozialtheoretiker tatsächlich die Auffassung, es bedürfe strikt zentralisierter Gewerkschaften, um die aus den Klassenantagonismen entspringenden Dynamiken in kontrollierbare Bahnen zu kanalisieren.[30] So betrachtet, erfüllen Strukturen wie die des DGB tatsächlich, unabhängig von ideellen Absichten, eine den Kapitalismus stabilisierende Funktion.

Blick in die Ferne: die Revolutionstheorie

Alle bisher genannten Elemente des Syndikalismus spiegeln sich denn auch in seiner revolutionären Strategie wider, die nicht auf eine *politische*, sondern eine *soziale* Revolution abzielt. Rocker spricht in diesem Zusammenhang von „der Eroberung der Betriebe und des Grund und Bodens" anstelle der politischen Macht.[31] Der Syndikalismus vernachlässigt „diesen äußerlichen Ansatz ... [Er] arbeitet an der Veränderung der Mentalitäten, der Gesellschaftsformen und der wirtschaftlichen Beziehungen."[32] Die Transformation der Gesellschaft soll somit *radikal* sein, also an ihren Wurzeln, an der *sozioökonomischen Basis* erfolgen. Orientiert man sich an Marx´ Basis-Überbau-Schema, wonach die ökonomische Basis den Überbau einer Gesellschaft bestimme, so lässt sich getrost behaupten, die Syndikalisten haben die Revolutionstheorie des politischen Marxismus – wonach der Staat erobert werden müsse, um die ökonomische Basis umzugestalten – vom Kopf auf die Füße gestellt.[33]

In der syndikalistischen Theorie stellt die Aneignung der Produktionsmittel durch die Arbeiterklasse selbst die ultimative direkte Aktion dar.[34] Den Gewerkschaften kommt dabei vor allem die Rolle zu, Produktion und Konsumption neu zu organisieren, nach den Prinzipien des Föderalismus und der Partizipation. Der „syndikalistische Organismus" soll den sozioökonomischen Organismus ablösen und ersetzen. Die syndikalistischen Organisationen sollen deshalb schon in der vorrevolutionären Phase der „Embryo der kommenden Gesellschaft" sein. Zu diesem Zwecke kann er sogar bereits in der Gegenwart eigene alternative Wirtschaftsstrukturen integrieren.[35] Die „Rekonfiguration der Gesellschaft" (Van der Walt & Schmidt) muss dabei nicht auf das Ökonomische beschränkt bleiben; in Form von Sozialorganisationen können auch spezifische Gesellschaftsfelder wie die der Erziehung, des Wohnens, der Kultur usw. einbezogen werden.[36] „Die neue Gesellschaft in der Schale der alten aufbauen" nannten das die Wobblies.

Dieses Revolutionsmodell wird aus verschiedenen Gründen als einzig gangbarer Weg der Emanzipation angesehen. Zum einen sollte selbstverständlich sein, dass eine freie und gleiche Gesellschaft nicht mit Strukturen von Macht und Differenz erreicht werden kann. Zum anderen bergen Revolutionen tatsächlich die Gefahr von Chaos und des Umschlagens in eine Reaktion in sich. Der weit verbreitete „Anti-Chaos-Reflex" (R. Löwenthal) hat insofern eine gewisse Berechtigung. Geradezu fahrlässig ist es, Revolution als Akt statt als Prozess zu verstehen, oder allein auf die spontaneistische Kraft der Massen zu vertrauen. Alexander Schapiro betonte deshalb einst in einer Auseinandersetzung mit der CNT, dass Umwälzungen in „provisorischen" Institutionen die revolutionäre Entwicklung hemmen oder gar vernichten würden. Der Syndikalismus betrachtet in diesem Sinne die organische Transformation des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens als Notwendigkeit, wenn die Arbeiterklasse die Kontrolle über den revolutionären Prozess behalten, unter keiner angeblichen „Übergangsphase" leiden und sich nicht von taktisch gut aufgestellten Ursupatoren die Butter vom Brot nehmen lassen soll. Die Geschichte hat diesen Befürchtungen vielfach recht gegeben. Der späte Karl Korsch gelangte denn auch zu der Erkenntnis, dass der Marxismus nur die „negative Seite des Sozialismus" (Abschaffung des Kapitalismus) benannt habe. Die „positive Seite" des Sozialismus erblickte er im Syndikalismus und seinem „konstruktiven" Revolutionsmodell.[37]

Aufgaben der Gegenwart

Syndikalisten betonen die Rolle der Gewerkschaften als „Schule der Revolution". Denn „wenn die Gewerkschaften notwendig sind für den Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit, so sind sie noch weit wichtiger als organisierte Kraft zur Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und Kapitalherrschaft selbst," stellte schon der 1. IAA-Kongress 1866 fest. „Es gibt kein bloß reformistisches Element im täglichen Guerillakrieg um die Arbeitsbedingungen; wenn wir es darauf anlegen, tägliche Konkurrenz, Gefeilsche, Erpressung, Bestechung und Unterwerfung zu beseitigen, führt auch der Lohnkampf nicht zur Befriedung, sondern zur Ermutigung und Selbstorganisation."[38] Tatsächlich: Auch das aktuelle Beispiel der CNT Sevilla zeigt, wie deren Kämpfe einen Schneeballeffekt auslösen und viele ArbeiterInnen längerfristig aktivieren.[39] Die Behauptung, konkrete Kämpfe würden zur Befriedung der Massen führen und per se eine „Affirmation" des Systems darstellen, ist deshalb streng zurückzuweisen. Dies mag wohl für Stellvertreterapparate gelten, ganz gewiss aber nicht für Organisationsformen, die zur Basisaktivierung konzipiert sind. Die Geschichte des Syndikalismus kann diese Behauptung denn auch nicht bestätigen.

Es ist generell ein immenses Problem der Linken, dass sie ihre Postulate für die Praxis meist nur aus abstrakten Überlegungen ableitet. Die typische „Ums Ganze"-Diskussion ist hierfür ein gutes Beispiel. Es ist wahr, dass die Überwindung des ganzen kapitalistischen Systems her muss und es keinen Frieden, keine Gerechtigkeit mit ihm geben wird. Daraus aber herzuleiten, es dürften keine konkreten Kämpfe geführt werden, ist geradezu absurd. Es verunmöglicht jegliche Praxis.Es ist „Ausdruck eines falschen Menschenbildes" wie Dutschke einst feststellte; und erst recht verkennt es das berechtigte Bedürfnis nach konkreten Verbesserungen.

Dennoch wird der Reformismus, worunter eine parlamentarische Strategie zu verstehen ist, sehr wohl vom Syndikalismus verworfen. Zwischen Reformen selbst und einer Revolution besteht aber kein Widerspruch. Im Gegenteil. Wohl kein Syndikalist ist der Meinung, mit alltäglichen Kämpfen um konkrete Verbesserungen ließen sich schrittweise der Kapitalismus ablösen und der Sozialismus einführen. Das Konzept, an den konkreten Interessen anzusetzen, dient vielmehr der Aktivierung. Es bindet die Menschen an eine revolutionäre Organisation; in ihren alltäglichen Kämpfen werden kollektive Erfahrungen gemacht und spitzt sich das Alltagsbewusstsein zum Klassenbewusstsein zu. In solch einer Bewegung entsteht eine Parallelität von Kämpfen, die sich gegenseitig befruchten und sich letztendlich zu einer revolutionären Entwicklung verdichten können. Fast jede revolutionäre Situation in der Geschichte war die Kulmination einer Reihe von ganz konkreten Kämpfen. Diese Tatsache darf man nicht vergessen. Darin besteht die Dialektik von Tageskampf und Revolution.

Eine revolutionäre Emanzipation ist nur mit der Masse der Gesellschaft möglich. Wer mit dieser nicht „arbeiten" will, hat grundlegende Veränderungen bereits abgeschrieben. Das ist eine große Crux der heutigen Linken. Die Politik der Freiräume und des richtigen Bewusstseins hat sich als tiefe Sackgasse erwiesen. So wichtig auch bestimmte Freiräume sind, als die radikale Linke sich ausschließlich auf diese zurückgezogen hatte, hat sie auch eine zweite Freiraumsphäre geschaffen: nämlich die *vollständige* Abwesenheit emanzipatorischer Unterschwelligkeiten in der Mehrheitsgesellschaft. Über reaktionäre Entwicklungen muss man sich dann nicht wundern. Eine Bewegungskonzeption, die erst mal an den Interessen und nicht ideologisch am Bewusstsein ansetzt, bietet die einzige Perspektive, breite gesellschaftliche Prozesse zu radikalisieren.

Das geradezu Geniale am Syndikalismus ist, dass er sich nicht zwangsläufig am revolutionären Erfolg messen muss. Er verfolgt eine Emanzipationslinie, „ohne die Gegenwart der Zukunft oder die Zukunft der Gegenwart zu opfern" (Pouget). Er kann im Rahmen jeglicher Gesellschaftsverhältnisse seine Position bestimmen und die momentan erforderliche Aufgabe angehen. Heute besteht diese in erster Linie darin, überhaupt Strukturen gewerkschaftlicher Selbstorganisation zu etablieren, damit sich Syndikalistische Dynamiken entfalten können. Auch unabhängig von einer eventuellen Machbarkeit revolutionärer Entwicklungen, kann er zumindest das jeweils Mögliche erreichen. Das Mindeste was er z.B. in Deutschland erreichen kann, ist, mit seinem praktischen Beispiel die etablierten Gewerkschaftsapparate soweit unter Zugzwang zu setzen, dass sie sich zumindest ein stückweit klassenkämpferischer strukturieren und mehr Partizipation zulassen.[40] Wie weit es wirklich gehen kann, hängt nicht nur von unserem Willen ab.

Sicher ist dies eine Strategie, die weniger von großen Spektakeln und wuchtigen Paukenschlägen begleitet wird. Auch das häufig artikulierte Kriterium, dass die Revolution Spaß machen soll, erfüllt sich eher selten. Aber die hohe Kunst der gesellschaftlichen Veränderung kann wohl kaum zu einer Frage solch eitler Bedürfnisse gemacht werden. Wahrscheinlich müssen wir uns wirklich die Revolution als das Langweiligste der Welt vorstellen.

Holger Marcks



[20] Beyer-Arnesen, „Direkte Aktion", zu finden: auf www.fau.org (unter „Texte").
[21] Siehe bspw. den Artikel von Jakopovich (s.o.).
[22] Camus, *Der Mensch in der Revolte*, Reinbek b.H. 1969, S. 241.
[23] Siehe Rocker, *Über das Wesen das Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus*, Frankfurt a.M. 1979 [1923].
[24] Pouget, S. 226.
[25] Für eine Reihe solcher Beispiele siehe Marcks & Seiffert (Hg.), *Die großen Streiks*, Münster 2008.
[26] Vgl. Confederacion Nacional del Trabajo, *¿Que es la CNT?*, o.O. 1977, S. 16f. Dort ist die Rede von der Herausbildung eines „militanten Typus". Pouget wiederum spricht vom „Gewerkschafter als selbständiger Persönlichkeit".
[27] Die Entstehung von Quasi-Managerklassen, die strukturbedingt eine eigene Interessenlage und Rationalität herausbilden, darf nicht unterschätzt oder als Frage persönlicher Integrität banalisiert werden. Im Bezug auf den DGB siehe hierzu Marcks, „Hansen ist überall", DA Nr. 189.
[28] *Welt Online*, „Tätlichkeiten" (30.03.2009).
[29] Siehe grundlegend Calmfors & Driffill, „Bargaining Structure, Corporatism and Economic Performance", *Economic Policy*, Nr. 6 (1988), S. 14-61.
[30] Siehe z.B. Aidt & Tzannatos, *Unions and Collective Bargaining*, Washington (Weltbank) 2002.
[31] Rocker, *Nationalismus und Kultur*, Bd. 1, S. 311 f..
[32] Pouget, S. 209.
[33] Dies markiert den Unterschied zwischen dem Konzept einer *sozialen* und einer *politischen* Revolution. Tatsächlich hat auch Lenin z.B. seine Differenz zur klassischen Sozialdemokratie im Wesentlichen nur als eine *taktische* Frage auf dem Weg zum Sozialismus verstanden. Die *Strategie* (über die politische Macht) sah er in beiden Flügeln unverändert, wobei er diese Strategie klar von der *sozialrevolutionären* des „Linksradikalismus" (u.a. Syndikalismus) abgrenzte.
[34] Siehe z.B. Ramus, *Generalstreik und direkte Aktion im proletarischen Klassenkampfe*, Berlin 1910.
[35] Zum Konzept der Wirtschaftsföderation, siehe Marcks, „Hand in Hand", DA Nr. 193.
[36] Siehe z.B. das Modell der „gewerkschaflichen Sozialorganisation" der portug. Syndikalisten; Merten, *Anarchismus und Arbeiterkampf in Portugal*, Hamburg 1981.
[37] Siehe seine „Zehn Thesen über den Marxismus".
[38] Gerd Fischer in der FAU-*Debatte*, Okt. 2006.
[39] Louis Banos hat dies auf seiner BRD-Rundreise eindrucksvoll geschildert.
[40] Siehe dazu Marcks, „Die marginale Gewerkschaft", DA Nr. 187.

Trabi auf Touren

Historische Aufarbeitung einmal ganz anders



Schräge Seitenhiebe auf Staat und Nation: Chawwerrusch

Ob sich die Landesvertretung von Rheinland-Pfalz das so vorgestellt hat, als sie das Chawwerusch-Theater für den 07.10.2009 in den Gutenberg-Saal ihrer Berliner Landesvertretung einlud? Ausgerechnet aus der Heimat des Propheten der „blühenden Landschaften" kommt das Theaterkollektiv, das nun den Zuschauern nach 20 Jahren Mauerfall einen Spiegel vorhält. Die Handlung[1] ist ein Abbild dessen, was in unserer Gesellschaft allgegenwärtig ist. Der „Trabi auf Touren" – so das Stück – hat den Kofferraum voll mit Vorurteilen, an die sich die Menschen aus „dem Osten" und „dem Westen" hartnäckig klammern, weil sie außer ihrem Fußballnationalismus kaum Gemeinsamkeiten haben.

Ein Theater braucht ein Theater

Bereits von Anfang an greifen Chawwerusch-Stücke gesellschaftsrelevante Themen auf. Der Anfang, das war 1983, als das Theaterkollektiv als Projektarbeiten der Spiel- und Theater Werkstatt Frankfurt ihr erstes Stück entwickelt hat und sich als freies Theater selbst verwirklichen wollte. Bewusst wurde der Name Chawwerusch[2] – Bande – gewählt. Und als solche wollten sie nach alten Traditionen und neuen experimentellen Ausdrucksformen suchen und sich gleichzeitig politisch betätigen. Als bunte Karawane zogen sie anfänglich mit Handkarren und später mit Pferdewagen und Traktor übers Land. „Eintritt frei, Kinder die Hälfte", so lockten sie die Leute in ihr Wandertheater, und nach der Vorstellung ging der Hut rum. Manchmal bestand die Gage auch aus Naturalien.

Doch die Theaterprojekte waren immer auf ein Jahr begrenzt, und mit der Zeit waren sie sich einig, „ein Theater braucht ein Theater". Fündig wurde das Kollektiv im pfälzischen Herxheim. Ein verwaister Tanzsaal einer Dorfkneipe wurde zuerst Probe- und Schlafraum, um dann in viel Handarbeit Stück für Stück in ein ansehnliches Theater umgewandelt zu werden. Anfänglich misstrauisch beäugt – denn schließlich lauerten die Terroristen überall – sind sie heute aus dem pfälzischen Herxheim nicht mehr wegzudenken.

Provinz ist nicht gleich provinziell

Auch wenn der Pferdewagen längst einem LKW gewichen ist, gehört die Freilicht-Sommertournee noch immer zum festen Bestandteil des Chawwerusch-Spielplans. Warum reist eine Gruppe, die mittlerweile mehrere Auszeichnungen erhalten hat, noch immer über die Dörfer? Die Antwort kommt von Ben Hergl. Er ist überzeugt: „Große politische Gebilde wie Europa sind den Menschen zu abstrakt". Er sieht die Notwendigkeit, die Dezentralität zu fördern. Schließlich hat jede Region ein eigenes Gesicht und eine eigene kulturelle Identität, die nicht durch *Daily-Soaps* und andere mediale Auswüchse genormt werden dürfen. „Denn dann wird die Kultur beliebig". Regional heißt für Chawwerusch nicht Grenzen aufzubauen, sondern Grenzen im Denken einzureißen. In diesem Sinne haben sie 2005 den Pamina Kulturpreis[3] für ihr Gesamtwerk bekommen.

Theater der Denkanstöße

Parallel zu ihrem Spielplan arbeiten die Chawweruschler noch als Theaterpädagogen an unterschiedlichen Projekten, bei denen z.T. ganze Dörfer eingebunden sind. Es ist faszinierend zu sehen, wie es Chawwerusch hierbei immer wieder schafft, trotz Widerständen auch geschichtlich heikle Themen aufzuarbeiten, ohne dabei den moralischen Zeigefinger zu erheben. Bei solchen Stationentheatern kommen nicht selten Neubürger eines Ortes zum ersten Mal mit den Alteingesessenen zusammen. Leute, die sich schon seit Jahren kennen, entdecken nicht gekannte Gemeinsamkeiten oder es entstehen immer wieder neue Theatergruppen. Wer einmal erlebt hat, wie über 100 LaiendarstellerInnen freiwillig bei strömendem Regen drei Tage hintereinander auftreten und dabei von über 2.000 triefnassen Zuschauern begeistert gefeiert werden, und wie Menschen aus den umliegenden Häusern mit Fön und Bügeleisen die DarstellerInnen in den Pausen trockenlegen, der kann erahnen, was regionale Kultur ist und wie solche Projekte auf das Zusammengehörigkeitsgefühl wirken. Das ist gelebte Anarchie.

Arbeiten ohne Chef

Wie kann ein solches Engagement über 25 Jahre gerettet werden? Zur Chawwerusch-Philosophie gehört es, das kreative Potential der gesamten Gruppe zu nutzen. Die Spielpläne werden bei einer jährlichen „Kunstklausur" gemeinsam diskutiert und beschlossen. In Teamarbeit wird umfangreich recherchiert, improvisiert und die neuen Stücke werden gemeinsam entwickelt. Gemeinsam erfolgt auch die Auswahl der KünstlerInnen die für die Spielzeit eines Stückes die Rollen abdecken, die für die Authentizität benötigt werden. Denn wie würde z.B. ein Stück wirken, bei dem sich ein Pfälzer im Sächseln versucht und die Tochter der Familie bereits die 50 überschritten hat.

So entstehen Stücke, in denen sowohl situationskomische, als auch menschlich-tragische und herzliche Aspekte im Mittelpunkt stehen, und bei denen die Gradwanderung zwischen Aufklärung und Unterhaltung gelungen ist. Apropos Unterhaltung: Die Begegnung mit den Zuschauern nach der Darbietung ist Teil des Chawwerusch-Theaterkonzeptes. Also, hingehen, anschauen, begeistert sein!

Konrad Armer

[1] Eine Komödie zum Nachdenken!
Vor der Wende haben sie sich im Urlaub am Balatonstrand kennen gelernt – zwei Familien aus Ost und West. An das Versprechen, sich gegenseitig zu besuchen, sofern die Grenze einmal fällt, haben sie nicht wirklich geglaubt. Nun stehen die „Ossis" plötzlich vor dem Weingut der „Wessis". Es gibt ein großes Hallo mit schönen Erinnerungen. Am nächsten Morgen streikt der Trabi und die Reparatur dauert an. In diese turbulente Wartezeit fällt im Juli 1990 das Endspiel der Fußball-WM. Auch zwischen den Familien kommt es zum stürmischen Ost-West-Finale. Während sich die Eltern an einer unsichtbaren Grenze gegenüberstehen, überschreiten die Kinder der beiden Familien bei fetzigem Punk-Rock nicht nur nationale Grenzen.
Teile des spartanischen Bühnenbildes – wie die multifunktionale Deutschlandfahne – werden regelrecht in die Handlung einbezogen. Das ist typisch für Chawwerusch. Ebenso die selbst komponierte Livemusik. So werfen sich z.B. die beiden Familien gekonnt schräg die beiden Nationalhymnen entgegen.
Weitere Informationen unter www.chawwerusch.de

[2] Chawwerusch bedeutet Bande und stammt aus der Vagantensprache Rottwelsch. Seit Anfang des 16. Jahrhunderts beim „fahrenden Volk" bekannt, wird diese Sprache heute meist nur noch innerhalb von Handwerkerschächten (Vereinigungen von Handwerkern) weitergegeben.

[3] PAMINA steht für
PA = Palatina (Pfalz),
MI = Mittlerer Oberrhein und
NA = Nord Alsace (Elsass).

Kulturrevolution im Guggenheim

Wie frei ist die Kunst? Teil 3 der DA-Kulturdiskussion

Nach den Beiträgen der anti-art-action-group sowie des Straßenmusikers Lukas Johannsen gibt es in dieser Ausgabe eine Besprechung der Rauminstallation „Bilbao's Rent Collection Courtyard" des chinesischen Künstlers Cai Guo Quiang, sowie eine Betrachtung des Guggenheimmuseums in Bilbao und seinem Verhältnis zur Wirklichkeit.

Es passt kaum in diese enge, staubige, laute Stadt, der unverändert noch der proletarische Charakter einer Industriemetropole aus dem frühen 20. Jahrhundert anhaftet. Glitzernd und blendend ragen die gewölbten Wände und Dächer an einem der wenigen großzügigen Plätze Bilbaos empor, die extravagante Architektur wirkt beinahe feindselig gegenüber den riesigen Mietskasernen und halbverfallenen Wohnhäusern, in denen die überwältigende Mehrheit der Menschen Bilbaos ihr Dasein fristet. Es ist in vielerlei Hinsicht geradezu paradox, dass ein dermaßen fehlplatziert erscheinender Bau als das Wahrzeichen der Stadt überhaupt gilt. Das Guggenheim Museum Bilbao ist ein Symbol der saturierten Avantgarde-Kunst, ein Anziehungspunkt für Touristen des Bildungsbürgertums und als Teil der Stiftung des Industriemagnaten Guggenheim von vornherein sozial verankert in der globalen Oberschicht. Die hier ausgestellten, unbezahlbaren Werke des abstrakten Schaffens medial gehypter KünstlerInnen stehen in einem direkten Gegensatz zur Subkultur der Straßen Bilbaos. Hier ist die linksradikale Szene nicht bloß von einem anderen Ansatz getrieben als im übrigen Spanien, sie ist auch um ein Vielfaches präsenter, radikaler in ihrer Erscheinungsform und ihrem Auftreten. An allen Ecken sind die zahlreichen Gefangenen der Stadt auf Bildern zu sehen. In den schmutzigen Gassen werden Zorn und kämpferische Energie spürbar, wenn sich der bunte Menschenwirrwarr in der Hässlichkeit der Stadt sein eigenes kulturelles Lebensumfeld schafft. Im Guggenheim dagegen treten die BesucherInnen kühl und diszipliniert auf, machen schlaue Gesichter, genießen die Ruhe vor dem Dreck und den Menschen einer Stadt, die sie nur vorgeben zu besuchen. Tatsächlich flanieren sie durch die Galerien des bourgeoisen New York, Paris, Tokyo.

Mao, die Kunst und das Geld

Welchen Charakter kann nun die Kunst in einer solchen Situation annehmen? Tatsächlich erwecken einige Werke des Guggenheim den Eindruck, Auftragskunst im Sinne der sich selbstbeweihräuchernden, globalisierten Oberschicht zu sein. Exemplarisch etwa die hohen Reklametafeln, die „Liebe und Hoffnung" in verschiedenen Sprachen proklamieren, und dem naiven, lebensfremden Pazifismus und heile-Welt-Nimbus reicher VorstädterInnen aus der Seele sprechen. Doch es wäre fatal, einen kulturkritischen Blick ausschließlich aus einer Klassenperspektive zu begründen und so per se alles in dieser Ausstellung als dekadenten Kitsch abtun zu wollen. Der derzeitige Schwerpunkt des Guggenheim Museum Bilbao liegt auf den Werken des chinesischen Raumgestalters und Experimentalkünstlers Cai Guo Qiang und hat einige Überraschungen zu bieten. Im Zusammenhang mit der befremdlichen Stimmung im Guggenheim und dem Verhältnis dieses Ortes zum industriellen Bilbao sticht dabei vor allem das Werk *Bilbao's Rent Collection Courtyard* ins Auge, eine weiträumige Installation mit mehren Tonfiguren, die in der zweiten Etage des Museums untergebracht ist. Es ist quasi ein Remake eines bis auf den Stadtnamen gleichlautenden Werkes, das 1965 in Chongqing unter der Protektion Maos erstellt wurde. Dieses Original, das Cai Guo Quiang als Vorlage diente, zeigt geknechtete, schuftende chinesische Landarbeiter, die von den Gutsbesitzern unter Peitschenhieben zur Arbeit angetrieben werden, bis die Volksbefreiungsarmee die Armen befreit und die Ausbeuter bestraft. Die Darstellung wurde mit zu den bedeutendsten Kunstwerken Chinas während der Kulturrevolution und von Mao persönlich gewürdigt. Cai Guo Quiang besetzt die ideologische Bedeutung der Vorlage in seiner Version mit einer Reflexion über das Wesen der Kultur, um Fragen nach der Freiheit von Kunst, der Vergänglichkeit von Ideen und der Totalität gesellschaftlicher Zwänge. Schon die Hinzufügung Bilbaos zum ursprünglichen Namen des Werkes macht deutlich, dass es sich hier nicht um eine belehrende Darstellung des Maoismus handelt, sondern einen Bezug zum Hier und Jetzt besitzt.



Das künstlerische Wahrzeichen der Kulturrevolution im Auflösungsprozess.
(Foto: www.guggenheim-bilbao.es)

Zerfall und gesellschaftlicher Wandel

Das prägnanteste Mittel Cai Guo Quiangs in dieser Installation ist das Material. Der grobe Ton, mit denen die ausdrucksstarken Figuren geschaffen wurden, ist porös, an vielen Stellen aufgebrochen. Wie klaffende Wunden zerbröseln die Kunstwerke vor sich hin. Was in China unter Mao für die Ewigkeit geschaffen wurde, zerfällt mit Dauer der Ausstellung in Bilbao, bis nur noch die Gerippe der Holzgestelle übrig bleiben. Jeder Figur ist ein Foto des Originals beigelegt, so dass der Kontrast zwischen der stählernen, grimmigen Konstruktion aus der Kulturrevolution und der zerbrechlichen, bald verschwundenen Installation im Guggenheim sichtbar wird. Der Effekt wird auch ohne die Erläuterungen Cai Guo Quiangs deutlich, die die BesucherInnen durch ihre Audiogeräte zu hören bekommen. Kunst ist durch die sie umgebende Wirklichkeit determiniert, und zerfällt der gesellschaftliche Kontext, geht auch die Kunst in ihrer Bedeutung mit unter. In einem Museum wie dem Guggenheim entfaltet solch ein Werk mit seiner Botschaft eine eigene Dynamik. Die meist bewusst abstrakt, und so angeblich unpolitisch, gar ungesellschaftlich gehaltenen Kunstobjekte werden auf ihren sozialen Kern zurückgeworfen. Was werden sie noch wert sein, wenn diese Gesellschaft einmal nicht mehr ist? Wie werden zukünftige Generationen die heutige Gesellschaft und vor diesem Hintergrund auch die Kunst des Guggenheim bewerten? Cai Guo Quiang sagt ganz offen, dass er die Bedeutung von Politik und vor allem Geld in der Kunst als Zwang empfindet, den er durchaus mit dem im maoistischen China vergleichen würde. Er fragt, ob „wir heute manipuliert werden? Haben wir oder die KünstlerInnen der Kulturrevolution einen stärkeren Bezug zur Kunst? Auch wenn ihr Weg ein tragisches Ende nahm, die Menschen der damaligen Zeit glaubten an eine neue Welt und an ein Ideal der Menschlichkeit." Sowohl in China, das gegen die Installation sogar vor internationale Gerichte zog, wie auch in der zeitgenössischen Kunstszene wird ihm für solch einen ideologiekritischen Ansatz Verrat und Diffamierung vorgeworfen.

Zurück in die Wirklichkeit

Ob sich die BesucherInnen des Guggenheim Museum Bilbao durch dieses Werk in ihrer Weltsicht verunsichern lassen, kann niemand wissen. Dass Cai Guo Quiang sein Werk, das gesellschaftliche Kämpfe thematisiert, offensiv auf Bilbao bezieht, holt die Realität der Stadt letzten Endes doch in das unwirkliche Gebäude hinein. Der Zufluchtsort vor der Realität wird ein Stück weit beschnitten. Draußen, auf den Straßen der Stadt, kann die Botschaft des Werkes *Bilbao's Rent Collection Courtyard* täglich erlebt werden.

Karoline Rother & Marcus Munzlinger

Niederlage der Gefängnisse?

Rezension des Buches „Ritual Knast – Die Niederlage des Gefängnisses. Eine Bestandsaufnahme“ von Hubertus Becker

Uns erreichte diese Rezension aus der JVA Bruchsal. Geschrieben hat sie Thomas Meyer-Falk, der seit 1996 inhaftiert ist. Nach mehreren „Umzügen“ von Knast zu Knast sowie Isolationshaft in Stammheim steht ihm noch eine Zeit im Gefängnis bis 2013 bevor – mit anschließender Sicherheitsverwahrung. Die Höhe seiner Strafe ist vor allem durch seine Weigerung begründet, sich ideologisch vor Justiz und Öffentlichkeit zu ducken, also seine Tat – einen Banküberfall mit Geiselnahme zum Zweck der Erbeutung von Geld für politische Arbeit – nicht gegenüber dem Gericht zu bereuen und seine Überzeugungen zu widerrufen. Eine sehr differenzierte Stellungnahme seinerseits sowie weitere Informationen und Texte findet ihr unter www.freedom-for-thomas.de

Der Autor des hier zu besprechenden Buches hat selbst an die 20 Jahre Hafterfahrung, vor deren Hintergrund er (im Untertitel des Buches) eine „Niederlage des Gefängnisses“ konstatiert.

Bücher von Gefangenen bzw. ehemaligen Gefangenen sind in Deutschland immer noch rar gesät, um so wichtiger erscheint Hubertus Beckers Bestandsaufnahme „Ritual Knast“ (erschienen 2008). Heute als Drehbuchautor in Freiheit lebend, rechnet er in überzeugender Weise mit dem bundesdeutschen Strafvollzug ab. Zwar mit spürbaren Zorn, aber ohne blinden Hass, immer auch den soziologischen Zusammenhang suchend und die gefängnistypischen Phänomene in einen Gesamtkontext einordnend.

Arbeit und Knast

In einer Zeitschrift wie der DA vielleicht von besonderem Interesse, widmet sich Becker in einem der Kapitel des Buches auch dem Thema Zwangsarbeit, der Arbeitspflicht im Strafvollzug. Er bezeichnet die „erzwungende Arbeit [als] verheerend“ für die Psyche der Inhaftierten (a. a. O. S.100) und betont auch deren besonderen, ausbeuterischen Aspekt, wenn Privatfirmen sich der Gefangenen bedienen. Ein weiteres Kapitel (S.143 ff.) befasst sich mit den Möglichkeiten, innerhalb der Knastmauern Widerstand zu leisten, sei es aktiv, sei es passiv. z. b. durch Arbeitsverweigerung.

Mikrokosmos Knast

Wer das Buch von vorn nach hinten liest, der ist „live“ dabei von der Einlieferung der Gefangenen in die Anstalt bis zu deren Haftende. Fast allen wichtigen Stationen innerhalb des Knastes ist ein eigenes Kapitel gewidmet: Über die Wärter, die Gefangenensprache, die Subkultur, aber auch die Sicherungsverwahrung und deren besondere Bedeutung als Disziplinierungsmittel (indem nämlich Gefangenen gedroht wird, man werde für sie bei unbotmäßigem Verhalten eine solche SV beantragen) erfährt die Leserin, der Leser wie das Leben im Knast ist, vor allem, was es aus dem Gefangenen macht.

Es ist ein (von einigen juristischen Unschärfen abgesehen) durchweg empfehlenswertes Buch, dem viele LeserInnen und Neuauflagen zu wünschen sind. Denn noch immer sind Gefängnisse eine terra incognita, das Bild der Menschen draußen, geprägt von Knastserien, verzerrt die Realität. Hier leistet das Buch zugleich auch einen aufklärerischen Beitrag.

Thomas Meyer-Falk

Bibliographische Angaben:

Hubertus Becker: „Ritual Knast – Die Niederlage des Gefängnisses. Eine Bestandsaufnahme“.

ISBN 978-3-931801-65-6,
erschienen 2008 im
Forum Verlag Leipzig,
200 Seiten,
Preis: 16.90 Euro

„... aktiv werden ohne den Mythos von einer Revolution mit großem Feuer“

Bei der „Fête du Combat Syndicaliste“ der CNT in Montreuil bei Paris trafen wir Fred Alpi

Fred, Du wirst im September auf Deutschland-Tournee gehen. Wir haben den Eindruck, dass generell nur sehr wenige französischsprachige Künstler Lust haben, hier aufzutreten?

Es gibt seit langem ein ziemliches Missverständnis zwischen Frankreich und Deutschland. Die Franzosen haben sehr lange nicht gelernt, eine andere Sprache zu benutzen. Mit Französisch konnten sie sehr lange überall hin reisen. Ein bisschen so wie heute die Amerikaner waren sie lange nicht neugierig auf andere Kulturen. Außerdem reisen sie ziemlich wenig ins Ausland. Und wenn, dann zieht es sie eher nach Italien oder Spanien. Es ist aber schon etwas besser geworden.

Du selbst bist ja eher ein Weltenbummler mit schwedischen Wurzeln, hast in Frankreich, Belgien und Deutschland, vor allem in Berlin, gelebt...

Ich bin ja durch die schwedische Kultur geprägt. Schweden reisen nun einmal sehr gerne, selbst der tief im Landesinneren wohnende Bauer fährt gern ins Ausland. Ich habe für mich, als ich Anfang der Achtziger in Berlin gewohnt habe, sehr viel gelernt: Wie man eine alternative Kultur kreiert und am Leben hält, also weitermacht und so eine Kontinuität schafft. In der Berliner alternativen Szene treffe ich auch heute wieder auf Leute, die seit mehr als zwanzig Jahren immer noch aktiv sind.

Das ist in Frankreich nicht der Fall?

Die meisten Aktivisten von vor zwanzig, dreißig Jahren sind aus der alternativen Szene ausgestiegen, sind bürgerlich geworden, entweder in der sog. offiziellen Kultur oder im Business gelandet. In Frankreich ist die Kultur unter staatlicher bzw. industrieller Kontrolle. Hier gibt es auch kein organisatorisch stabiles Netz von alternativen Kulturzentren wie in Deutschland. In Frankreich läuft es entweder unorganisiert alternativ oder organisiert businesslike.



Ruft zum Widerstand gegen den Rechtsruck in Frankreich auf: Fred Alpi

Kommen wir zum System Sarkozy. Es scheint sich immer mehr durchzusetzen. Warum gibt es keinen wirklich spürbaren Widerstand dagegen?

Die französische Sozialdemokratie, also die PS, war schon immer ziemlich rechts. Die Sozialisten waren immer ultraliberaler als die rechten Parteien. Daher sind sie keine glaubwürdige Opposition. Auch die traditionellen Gewerkschaften organisieren ja eher ritualisierte Streiktage, ohne dass sich danach wirklich etwas ändert. Natürlich gibt es Widerstand gegen Sarkozy, aber der ist sehr zersplittert und hat Schwierigkeiten zusammenzuarbeiten. Die Anarchisten sind aktiv, zahlenmäßig aber klein.

In letzter Zeit melden sich Intellektuelle wie der radikal-kommunistische Philosoph Alain Badiou verstärkt zu Wort. Und der Regisseur Jean-Luc Godard wird Ende des Jahres seinen Film „Socialisme“ in die Kinos bringen, in dem Badiou neben Patti Smith (!) eine wichtige Rolle spielt...

Ja, das mit Badiou ist ziemlich interessant, auch wenn er immer noch ein bisschen Maoist ist. Die Intellektuellen in Frankreich haben immer gute Ideen, nur mit der Praxis hapert es. Wenn es keine Kette zwischen Theorie und Wirklichkeit gibt, ist es bloß ein intellektueller Spaß. Wie Chomsky sagt: Du lernst viel mehr, wenn du einen Streik machst oder ein Sozialzentrum aufbaust, als wenn du nur liest. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Ich finde es interessant, was die Intellektuellen zu sagen haben. Auch idealisiere ich die Arbeiter nicht. Es gibt gute Arbeiter, es gibt scheiß Arbeiter, es gibt auch Faschisten unter den Arbeitern. Ich habe nicht diese marxistisch-leninistische, religiöse Sicht bezüglich des Charakters der Arbeiter.

Was macht ihr bei der CNT praktisch?

Wir versuchen, viele Aktionen und Konzerte mit Büchertischen und Filmen zu organisieren, so dass die Leute Spaß und Lust haben, miteinander zu reden. So versuchen wir, politisches Bewusstsein zu schaffen. Als Anarchisten haben wir kein Programm. Die Leute sollen selbst für sich denken und selbstverantwortlich aktiv werden, ohne den Mythos von einer Revolution mit großem Feuer.

Nachtrag

Am 8. Juli kam es in Montreuil im Kontext einer Demonstration gegen die Räumung einer zu sozio-kulturellen Zwecken besetzten ehemaligen Klinik zu brutalen Polizeiübergriffen. Mit „flash balls“ hatten Polizisten auf die Köpfe von Demonstranten geschossen. Der 34-jährige Joachim Gatti verlor dabei sein Augenlicht. Allein in den letzten 12 Monaten haben drei Demonstrationsteilnehmer durch „flash balls“ in Frankreich schwerste Augenverletzungen erlitten bzw. ihr Augenlicht verloren. Wir baten Fred Alpi telefonisch um seine Einschätzung der Ereignisse.

Es ist sicher ein Zufall, dass ausgerechnet Joachim Gatti, der Enkel des bekannten Filmemachers Armand Gatti verletzt wurde. Es ist verboten, mit Gummikugeln auf die Gesichter zu zielen. Die Demo an sich war betont friedlich – mit Essen, Musik und Feuerwerk. Aber die Polizei wollte gerade das nicht haben. Der neue Innenminister will allen zeigen, dass es gefährlich ist, auf die Straße zu gehen.

Es ist aber ein allgemein europäisches Problem: Alles was gegen die ultraliberale Logik geht, wird als Terrorismus betrachtet. Es ist fast schon die Regel, dass sich am Ende von Demonstrationen als Anarchisten verkleidete Polizisten unter die Teilnehmer mischen, um Gewalt zu provozieren. Dabei sind sie überzeugt, dass sie ihren Job gut machen, weil sie das System schützen. In Frankreich gibt es allerdings eine extrem rechte, rassistische Mentalität. Sarkozy hat schon immer sehr deutlich gesagt, dass er die Front-National-Wähler in die „normale“ Rechte reintegrieren wolle. Es ist erschreckend, dass Sarkozy es tatsächlich geschafft hat, fast alle Forderungen von Jean-Marie Le Pen zur Inneren Sicherheit in die Praxis umzusetzen.

Jorinde Reznikoff / Klaus-Peter Flügel

Tourdaten:

Montag, 21. September,
19.00 Uhr
Linkes Zentrum
Hinterhof – Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf

Mittwoch, 23. September,
20.00 Uhr
Räume des SUBVERSIV
e.V. (Brunnenstr. 7 HH / U
Rosenthaler Pl.)
Berlin

Dienstag, 22. September,
20.00 Uhr
Extra-Blues-Bar
Siekerstraße 20
33602 Bielefeld

Donnerstag, 24. September,
20.00 Uhr
Hoffart Theater
Lauteschlägerstraße 28a
(Hofeinfahrt neben dem Café
Blu)
64289 Darmstadt

Freitag, 25. September,
20.00Uhr
Yachtklub (Hausboot)
Deutschherrnufer / Alte Brücke
60500 Frankfurt

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Mehr als nur Antifaschismus

Des letzten Rätsels Lösung: Schwarze Schar

Obwohl die Gründung der „Schwarzen Schar" eine direkte Reaktion vorwiegend junger Mitglieder der Freien Arbeiter Union Deutschlands (FAUD) und der Syndikalistischen-Anarchistischen Jugend Deutschlands (SAJD) auf das Erstarken der faschistischen Bewegung in Deutschland war, so hat sie sich nie einzig und allein als antifaschistischen Kampfbund verstanden. Vielmehr wollte sie dem zahlenmäßigen Niedergang der anarchosyndikalistischen Bewegung entgegenwirken und die Isolation der Bewegung aufheben.

Im Oktober 1929 kommt es im heutigen Racibórz zur ersten Gründung einer Schwarzen Schar. Entgegen allen Gepflogenheiten der FAUD tragen ihre Mitglieder Einheitskleidung: „Zu ihrer Uniform gehören schwarze Bluse, schwarze Baskenmütze, Koppel und Schulterriemen. Das anarchistische Symbol der Gegnerschaft gegen Rechtsordnung und Staatsgewalt, die Darstellung eines zerbrochenen Gewehrs, findet sich auf den Koppelschlössern sowie auf den Mützenkokarden der ‚Schwarzen Schar'."

Noch im Laufe desselben Jahres gründen sich in weiteren Orten in Oberschlesien (Beuthen, Rosenberg, Katscher, Gleiwitz und Bobrek-Karf) Schwarze Scharen. Im Sommer 1930 entsteht dann auch eine Schar in Berlin und ab 1931 folgten weitere Gruppen in anderen Orten der Republik (Wuppertal, Kassel, Suhl und Darmstadt). Denn Übergriffe der Nazis, aber auch Anfeindungen der KPD, machten es immer häufiger nötig, Veranstaltungen der FAUD zu schützen. Letztere kritisierte die „Schwarzen Scharen" zwar ob ihrer Uniformierung und ihres gewalttätigen Auftretens, griff aber immer wieder auf die jungen GenossInnen zurück.



1939: Düssel-Piraten und Schwarze Scharen, Mitte: Hans Schmitz († 22. März 2007), Schwarze Schar Wuppertal

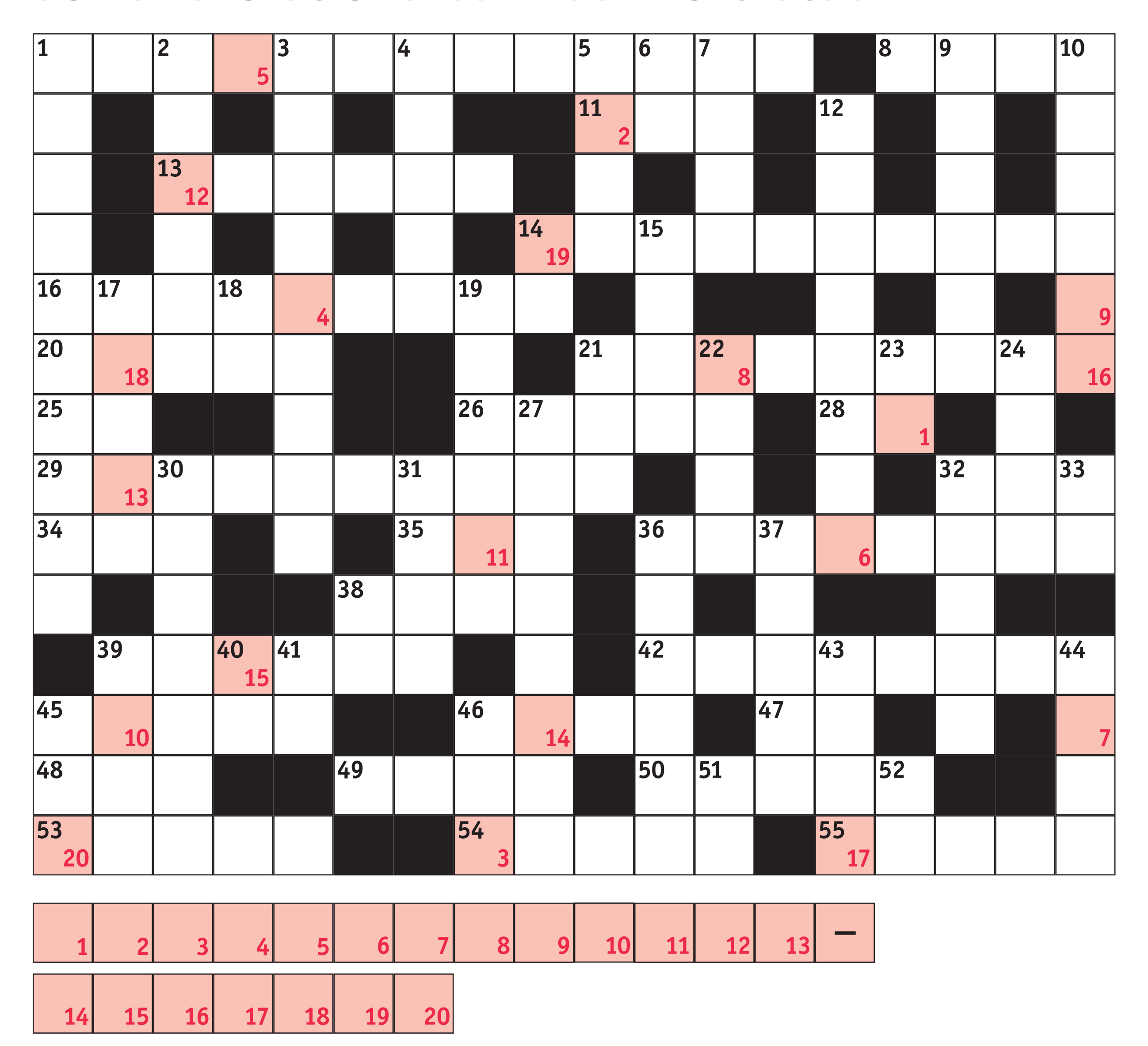
Die Gesamtstärke der Organisation kann leider nicht mehr genau festgestellt werden. Bis zur Machtübergabe an die Nazis lässt sich ihre Mitgliederzahl aber mit 250 bis 500 AktivistInnen veranschlagen. Um die Basis der anarchosyndikalistischen Bewegung wieder zu vergrößern, gingen diese Gewerkschaftsmitglieder neue Wege in der Agitation. Einerseits scheuten sie sich nicht, offensiv aufzutreten (Musikzüge, motorisierte Demonstrationszüge, Theatergruppen usw.). Andererseits gingen sie mit ihren Agitationstouren speziell in die Kleinstädte und das umliegende Land. Ziel ihrer Agitation waren dort vor allem das Landproletariat und die Kleinbauern. Auch wenn sie ihrem selbstgesteckten Ziel nicht gerecht wurden, die FAUD wieder für die Masse der ArbeiterInnen attraktiv zu machen, so blieb ihre Agitationstätigkeit doch nicht ohne Wirkung.

Die Wuppertaler Gruppe der „Schwarzen Schar" besaß mehrere Revolver und einen Karabiner. Um im Kampf gegen den Faschismus erfolgreich zu sein, gingen sie breite Bündnisse ein. So bildeten die Wuppertaler mit der „Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands" (SAPD), der „Kommunistischen Partei-Opposition" (KPO) und den „Partisanen" eine überparteiliche „Kampfgemeinschaft gegen Faschismus und Reaktion".

Bekanntlich ist es den „Schwarzen Scharen" nicht gelungen, die Nazi-Diktatur zu verhindern. Trotzdem leisteten nicht wenige Mitglieder in Deutschland bis zum Untergang des 1000-jährigen Reiches Widerstand. Andere gingen ins Exil und waren an der Gruppe „Deutsche Anarchosyndikalisten im Ausland" (DAS) beteiligt. Dazu gehören neben vielen anderen die ehemaligen Mitglieder der „Schwarzen Schar" Johannes Noll, Paul Brunn, Karl Liereck und Ernst Petri (Berlin), Willy Paul und Fritz Schröder (Kassel), Gustav Doster und Helmut Thomas (Darmstadt) sowie Fritz Benner, Arnold Engels und Helmut Kirschey (Wuppertal).

Nik Topark

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 61



Waagerecht

1. akustische und optische Überwachungsmaßnahmen der Behörden und Geheimdienste, es gibt den *Großen* ~ und den *Kleinen* ~ 8. Scheide <derb> 11. Gehörorgan 13. amerikanische Mardergattung 14. Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und sog. Arbeitgeberverbänden um Löhne 16. Mensch vom am meisten ausgebeuteten, kriegsgeschundenen Kontinent <männl. Form> 20. Kinderbuchheldin: ~ *Räubertochter* 21. da es immer um den parlamentarischen Zirkus geht, wird diese Art Veranstaltung von AnarchistInnen eher gemieden 25. Internet-Top-Level-Domain Brasiliens 26. Ankerplatz für Schiffe 28. römisch vier 29. Problemverhalten, das u.a. aus Stress, geringem Selbstwertgefühl und der Schlankheitswahn der Gesellschaft resultiert und für Betroffene ernsthafte gesundheitliche Folgen haben kann 32. Kfz-Kennzeichen für Wolfsburg 43. Frauenname 35. jemanden dem Richter/Henker ausliefern: *ihn* ~ *Messer liefern* 36. gehässige Medienkampagne mit intendierter oder in Kauf genommener Todesfolge, z.B. die der Springerpresse gegen Rudi Dutschke 38. Ritze, Spalt 39. die zur Beschlussfassung notwendige Anzahl von Mitgliedern 42. Zoo <eindeutschend> 45. Nobelpreisträgerin für Physik (1903) und Chemie (1911), erforschte mehrere radioaktive Elemente; Vorname: Marie 46. essbare Früchte 47. Abkürzung für „keine Ahnung" im Netzjargon 48. größte rechte Partei Griechenlands, ein Sammelbekken neoliberaler, sozialkonservativer, royalistischer und kirchlich-chauvinistischer Kreise: ~ *Dimokratia* 49. Verbannung 50. Anfang der dritten Strophe der Warschawjanka: ~ *und Hunger verderben uns alle, gegen die Feinde ruft mahnend die Not* 53. Geburtsstadt von Karl Marx 54. Industriestadt (v.a. Chemie) in Sachsen-Anhalt 55. Kopplung des Rentenniveaus an die allgemeine Lohnentwicklung: ~ *Progression*

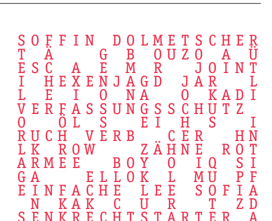
Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Senkrecht

1. flexibles Beschäftigungsverhältnis, ein Einfallstor für Lohndumping 2. Land, in dem sich 1956 ein großer Teil der Arbeiterschaft gegen die stalinistische Herrscherkaste erhob 3. Plastikkarte mit eingebautem integriertem Schaltkreis – ein Grundstein für den Überwachungsstaat 4. ein Laubbaum 5. „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden", schrieb 1918 diese Sozialistin <Vorname> 6. im Hause (d.h. in der Firma) <Abk.> 7. Satz Milly Wittkop-Rockers: *Der Sozialismus wird* ~ *sein oder er wird nicht sein!* 9. ohne dies kriegt man das Bier nicht aus der Flasche 10. Spitzname einer Berliner Kassiererin, die die Supermarktkette Kaiser's wegen angeblicher Unterschlagung von Pfandbons im Wert von 1,30 Euro entließ; gleichzeitig werden Millionen und Abermillionen Euro zugunsten des Finanzkapitals umverteilt 12. Speisepilz, der von laienhaften PilzsammlerInnen leicht mit dem giftigen Pantherpilz verwechselt werden kann 15. Hauptstadt Saudi-Arabiens 17. meist abgegrenzter, bewirtschafteter Wald 18. römisch zwei 19. sichtbarer Beweis der Ehrung für jemanden 21. gilt wohl für BuddhistInnenen genauso wie für freiheitliche SozialistInnen: *Der* ~ *ist das Ziel!* 22. über „geheimes Wissen" verfügende, von der Kirche verteufelte Frau <v.a. im Mittelalter> 24. Großes Gefäß aus Holz oder Stein 27. von Brecht 1949 gegründetes Theater: Berliner ~ 30. Ritter bzw. Angehöriger des Kriegerstandes im alten Japan 31. Weite, Ausdehnung 32. Schiffbauunternehmen (Werften u.a. in Wismar und Rostock-Warnemünde), das im Juni 2009 Insolvenzantrag stellte 33. bei Literaturangaben Abk. für „Band" 36. Schlachtruf „der französischen Revolution: *Krieg den Palästen, Frieden den* ~*!* 37. Schank- oder Ladentisch 38. Abkürzung im Netzjargon für „Fuck you" (Fick dich/Scheiß drauf) 39. Kampagne innerhalb der Anti-Atom-Bewegung: *X-Tausendmal* ~ 40. Musikstil, der in der Skinhead und Punkszene viele AnhängerInnen hat 41. Abkürzung im E-Mail-Verkehr, die eine Antwort kennzeichnet <engl.> 43. so sollen Frauen nach dem herrschenden Schönheitsideal sein: ~ *und schlank* 44. festes Milcherzeugnis 45. Nationale Konföderation der Arbeit <Abk., franz. + span.> 46. in den USA beheimateter Ölmulti (von den 1900ern bis zu den 1980ern): *Gulf* ~ 51. Kfz-Kennzeichen für Landshut 52. dort

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München). Gewonnen hat diesmal Patrick F. aus Zug (Schweiz).

Auflösung # 60





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Holger Marcks

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 196: 16. Oktober 2009